Stadt Nürnberg,
Referat für Jugend, Familie und Soziales
(Hg.)

Sozialbericht der Stadt Nürnberg

Band I: Die soziale Lage in Nürnberg

Struktur und Entwicklung der Armut

Januar 2004

Sozialbericht der Stadt Nürnberg

Band I: Die soziale Lage in Nürnberg
Struktur und Entwicklung der Armut

Herausgegeben von
Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales

Projektleitung:

Georg Hopfengärtner, Dipl.-Sozw., wissenschaftlicher Mitarbeiter
Referat für Jugend, Familie und Soziales, Stadt Nürnberg, Tel. 0911/ 231 2474

Wissenschaftlicher Beirat und Steuerungsgruppe:

Prof. Dr. Johann Bacher, Lehrstuhl für Soziologie, Universität Erlangen-Nürnberg
Werner Dees, Dipl.-Sozw., Lehrstuhl für Soziologie, Universität Erlangen-Nürnberg
Birgit Loës, Dipl.-Math. oec., Amt für Stadtforschung und Statistik
Dr. Henning Schirner, Amt für Stadtforschung und Statistik
Dr. Reinhard Wittenberg, Lehrstuhl für Soziologie, Universität Erlangen-Nürnberg

Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter:

Werner Dees, Dipl.-Sozw., Lehrstuhl für Soziologie, Universität Erlangen-Nürnberg (Kap. 2.1-2.6, 2,9)
Barbara Lux-Henseler, Dipl.-Math., Amt für Stadtforschung und Statistik (Kap.2.1, 2.2)
Norbert Hojenski, Sozialamt (Mitwirkung Kap. 2.4)
Christoph Gürtler, Dipl.-Soz., Gesundheitsamt (Kap. 2.7)
Monika Meusel, Dipl.-Geograph., Gesundheitsamt (Kap. 2.7)
Florian Neumann, cand. rer. pol., Lehrstuhl für Soziologie, Universität Erlangen-Nürnberg (Kap. 2.8)

Grafische Gestaltung und Layout:

Gerhard Preiß (Umschlaggestaltung), Presse- und Informationsamt/ Stadtgrafik,
Helmut Schindler (Textgestaltung), Amt für Stadtforschung und Statistik

Druck:

Stadt Nürnberg, Hausdruckerei

1.Auflage: 250

© Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales
Hauptmarkt 18, 90403 Nürnberg

Nürnberg 2004

Vorwort der Sozialreferentin

Nach 11 Jahren erscheint in Nürnberg der zweite Armuts- und Sozialbericht.
War der erste Armutsbericht eine eher qualitativ ausgerichtete Gesamtdarstellung von Armut in der Stadt, sollte dieser Bericht vorhandene Datenquellen erschließen und für eine auch quantitativ ergänzte Beschreibung und Analyse nutzbar machen.

Es gibt Daten, die eigens für die statistische Analyse erhoben werden und es gibt Daten, die als „Nebenprodukt“ des Verwaltungshandelns entstehen. Die auf viele Dienststellen verteilten Informationsquellen bedürfen der Aufbereitung und Interpretation. In den beiden großen Dienststellen des Soziareferates, Sozialamt und Jugendamt, gibt es zudem einen kontinuierlichen Prozess sich ablösender Softwareanwendungen, die EDV-Unterstützung der Sachbearbeitung und die Generierung aussagekräftiger Prozessdaten leisten sollen. Weder in den Dienststellen des Sozialbereiches noch im Amt für Statistik gibt es Personalkapazität eigens für diese Fragestellungen.

So mussten alle Mitwirkenden des vorliegenden Berichtes dazu gewonnen werden, ihre Beiträge neben und zusätzlich zu ihren normalen Geschäftsaufgaben zu leisten.
Als große Hilfe erwies sich die Kooperation mit dem Lehrstuhl für Soziologie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg und dem Amt für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg.

Allen Mitwirkenden sei an dieser Stelle herzlich für ihr Engagement gedankt.

Ich hoffe, dass dieser Bericht als sachlicher Beitrag in der gegenwärtig intensiv geführten Diskussion um soziale Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich nutzbar gemacht werden kann.

Nürnberg, den 14. November 2003

1. Einleitung und Überblick

1.1 Vorbemerkung

Dieser Bericht wird in zwei Bänden herausgegeben. Der vorliegende **Band I** konzentriert sich auf die soziale Lage in Nürnberg und beschreibt den Umfang, die Struktur und die Entwicklung der Armut in Nürnberg.
Aus Gründen der Aktualität wird Band I unmittelbar nach seiner Fertigstellung vorgelegt. Soweit nicht anders angegeben hat Band I den Datenstand 2002/2003. Soweit als möglich wurden bis vor Drucklegung aktuelle Daten integriert.

Übersicht Band I:
Die soziale Lage in Nürnberg – Struktur und Entwicklung der Armut

1. Einleitung und Überblick

1.1 Vorbemerkung
1.2 Gender Mainstreaming
1.3. Vergleichsdaten
1.4 Kurzfassung der Ergebnisse

2. Die soziale Lage in Nürnberg: Struktur und Entwicklung der Armut

2.1 Bevölkerungsstruktur
2.2 Haushaltsstruktur
2.3 Einkommen, Vermögen und Überschuldung -Einkommensarmut und Niedrigeinkommen-
2.4 Sozialhilfe und Armut
2.5 Wohnen und Armut
2.6 Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit
2.7 Armut und Gesundheit
2.8 Sozialraumanalyse der Stadt Nürnberg
2.9 Städtevergleich

Anhang:
Literaturverzeichnis
Abbildungsverzeichnis
Tabellenverzeichnis
Ausführliches Inhaltsverzeichnis

Band II folgt Anfang nächsten Jahres und wird sich mit der „Dynamik der Armut“, das heißt Wege in die Armut, Verbleib und Wege aus der Armut sowie mit den Leistungen der Sozialpolitik zur Armutsbekämpfung“ beschäftigen.

(Übersicht Band II:
Dynamik der Armut und Leistungen zur Armutsbekämpfung)

3. Entwicklungen: Dynamik der Armut

3.1 Wege in die Armut / Wege aus der Armut

3.2 Risikokumulationen bei ausgewählten Bevölkerungsgruppen

a. Kinder und Jugendliche, Frauen, Alleinerziehende, kinderreiche Familien
b. Arbeitslose
c. Migranten
d. Alte Menschen und Pflegebedürftige
e. Menschen mit Behinderungen

4. Leistungen der Sozialpolitik zur Armutsbekämpfung

1. Leistungen des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD)
2. Jugendhilfe (J)
3. Sozialhilfe (SHA)
4. Wohngeld, sozialer Wohnungsbau
5. Altenhilfe (SenA, NüSt)
6. Hilfen bei Arbeitslosigkeit (AA, NoA, SHA)
7. Schuldnerberatung

5. Defizite: Armut trotz Sozialpolitik

Beschreibungen und Analysen wie die vorliegende versuchen Antworten zu geben, werfen aber gleichzeitig eine Fülle von (Folge-)Fragen auf. Ein Teil dieser Fragen wird im Band II aufgegriffen werden. Weitere sich ergebende Vertiefungen werden Aufgabe der regelmäßigen Fortschreibung in der Sozialberichterstattung sein. Dies können Sonderauswertungen aus dem vorliegenden Datenbestand sein, aber auch gezielte Erhebungen im Stadtgebiet oder bei freien Trägern.

Der vorliegende **Band I** wurde redaktionell überwiegend von Herrn Dipl.-Sozw. Werner Dees (unter Mitwirkung von Herrn Florian Neumann), Universität Erlangen-Nürnberg, mit Unterstützung des Amts für Stadtforschung und Statistik und des Sozialamtes erstellt. Das Kapitel 2.7 „Armut und Gesundheit“ wurde vom Gesundheitsamt bearbeitet.

Die Arbeit am Bericht wurde begleitet von einem Beirat bestehend aus Herrn Prof. Dr. Johannes Bacher und Herrn Dr. Reinhard Wittenberg von der Universität Erlangen-Nürnberg und aus den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Amts für Stadtforschung und Statistik, Herrn Dr. Henning Schirner, Frau Dipl.-Math. oec. Birgit Loës und des Gesundheitsamtes Herrn Dipl.-Soz. Christoph Gürtler und Frau Dipl.-Geogr. Monika Meusel. Die Koordination lag beim Sozialreferat der Stadt, Herrn Dipl.-Sozw. Georg Hopfengärtner.

1.2 Gender Mainstreaming

„Die Armut ist weiblich?!“. An vielen Stellen der vorliegenden Analysen zeigt sich, dass auch in dieser zugespitzten Formulierung Wahrheit steckt, insbesondere wenn sie in Verbindung steht mit familiärer Bindung, Erziehungsaufgaben und Arbeitslosigkeit.

Die Geschlechterdichotomie ist ein Einflussfaktor neben anderen, wenngleich ein bedeutsamer. In jedem Fall aber ist die „Genderperspektive“, d. h., die Frage nach der geschlechtsspezifischen Relevanz von Armut viel zu bedeutsam, als dass sie auf die mittlerweile klassische „Fußnotenbeteiligung“ beschränkt werden könnte[1]:

Gender Mainstreaming bedeutet ungleich mehr als die schlichte Feststellung, dass an Männer und Frauen gedacht wurde. Es bedeutet, an allen Stellen danach zu fragen, ob Frauen und Männer von Armut, Not und mangelnder Teilhabe unterschiedlich betroffen sind, woher das kommt und wie das verändert werden könnte. Diese Vorgabe ist geltendes Recht auf europäischer und nationaler Ebene.[2]

Wenn der an dieser Stelle formulierte Anspruch noch nicht überall gleichermaßen eingelöst worden sein sollte, mag das Anlass zu Diskussion und verbesserter Fortschreibung sein.

Gender Mainstreaming ist ein Prozess und kein Zustand und sicher keine leichte oder kurzfristige Aufgabe. Deshalb wurde in diesem Bericht von Menschen, von Mitarbeiterinnen und teilweise von Männern oder Frauen gesprochen, wenn dies inhaltlich angezeigt erscheint.

Darüber hinaus wird im Band II dem Aspekt geschlechtsspezifischer Maßnahmeangebote in der Sozialen Arbeit besondere Beachtung gelten.

1.3 Vergleichsdaten

Vielfach ist eine Zahl allein, ohne den Hintergrund eines Vergleichs nicht aussagekräftig. Um einzelne statistische Angaben einordnen zu können, wurden Vergleichsdaten im zeitlichen Verlauf herangezogen. Wo die Datenlage dies zulässt, wurden Entwicklungen im 5- oder 10-Jahreszeitraum abgebildet. Zusätzlich wurden weitere Städte des Bundesgebietes als Vergleichsstädte ausgewählt.
Die Auswahl berücksichtigte vergleichbare Städte (nach Größe, Zentralität), sowie die Nachbarstädte im Ballungsraum (Erlangen und Fürth) und Städte, die einen Nord-Süd, bzw. Ost-West-Vergleich zulassen.

[1] „Selbstverständlich sind unabhängig von der Schreibweise immer auch Frauen gemeint, ...“
[2] Als handlungsleitendes Prinzip der Gleichstellungspolitik aller Mitgliedsstaaten der EU wurde Gender Mainstreaming 1999 im Amsterdamer Vertrag festgeschrieben.

1.4 Kurzfassung der Ergebnisse

Im Folgenden werden stichpunktartig und weitgehend in der Chronologie des Textes ausgewählte Ergebnisse zusammengefasst:

1. Das gewichtete Nettodurchschnittseinkommen (sogenanntes Äquivalenzeinkommen unter Berücksichtigung der Haushaltszusammensetzung) in Nürnberg lag 2001 bei 1 225 € für einen Einpersonenhaushalt.
   In Nürnberg ist ein Einpersonenhaushalt arm, wenn er über weniger als 50 % dieses Nettoeinkommens, das sind 613 €, verfügt. Er gilt als reich, wenn er über mehr als 200 % dieses Durchschnitts, das sind 2 449 €, verfügt.
   Gemäß dem Konzept des Äquivalenzeinkommens sind die Beträge z.B. für einen Dreipersonenhaushalt (2 Erw./1 Kind): 1 348 € (50 %) und 5 390 € (200 %).

2. 11,5 % der Haushalte in Nürnberg waren demnach im Jahr 2001 als arm einzustufen, 4,5 % der Nürnberger als reich.

3. Über den Betrachtungszeitraum von 1993 bis 2001 ist der Anteil von Haushalten in „relativer“ Armut (50 % des Durchschnittseinkommens) mit Werten um 11 % etwa konstant geblieben, der Anteil von Menschen in „strenger“ Armut (40 % des Durchschnittseinkommens) ist von 8,7 % auf 7,3 % leicht zurückgegangen, hingegen haben die Haushalte im armutsnahen Bereich (60 % des Durchschnittseinkommens) sogar zugenommen (von 17,5 % auf 22,3 %).

4. Mit steigender Personenzahl im Haushalt nimmt die Armut zu. Ab Dreipersonenhaushalten liegt der Armutsanteil über dem Durchschnitt, bei Fünf- und Mehrpersonenhaushalten liegt die Armutsquote sogar bei 46,6 %. Knapp die Hälfte der Haushalte mit drei und mehr Kindern erhält laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU).

5. Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren sind überproportional von Armut betroffen, darunter insbesondere die Einelternhaushalte, die eine Armutsquote von 45,3 % aufweisen. Bei Alleinerziehendenhaushalten mit zwei Kindern liegt die Armutsquote schon bei 53,1 %, das heißt mehr als die Hälfte dieser Haushalte sind von Armut betroffen. Rund ein Viertel dieser überwiegend weiblich geführten Haushalte ist abhängig von HLU.

6. Die Armutsquoten von weiblichen Haushaltsvorständen liegen insgesamt leicht höher (11,6 %) als die der männlichen (9,9 %).

7. Haushalte mit nichtdeutschen Haushaltsvorständen weisen eine höhere Armutsquote (17 %) auf als Haushalte mit deutschen Haushaltsvorständen (8,2 %).

8. Haushalte mit Haushaltsvorständen unter 35 Jahren sind mit 15 % deutlich häufiger von Armut betroffen als die älteren Haushalte mit Quoten von 6,6 % (55-64 Jährige) oder 7,2 % (65 –74 Jährige). Gleiches gilt auch für die Haushalte von Rentnern und Pensionären.

9. Bei jüngeren Menschen ist die Phase des Niedrigeinkommens zum Teil sicher durch Ausbildung und Studium bedingt und deshalb in der Regel vorübergehend. Bei Älteren ist der Anteil der Armen zwar geringer, aber die Armut dafür eher von Dauer.

10. Die Auswirkungen der Schul- und Berufsbildung auf das Armutsrisiko sind uneinheitlich. Erwartungsgemäß deutlich ist jedoch, dass Haushaltsvorstände ohne schulischen oder berufsbildenden Abschluss mit 36,6% bzw. 25,8 % weit überproportional von Armut betroffen sind. Demzufolge sind An- und Ungelernte überdurchschnittlich von Armut betroffen.

11. Ebenso erwartungsgemäß trifft Armut verstärkt Haushalte von Arbeitslosen. Arbeitslosigkeit ist die Hauptursache von Armut. 35,6 % der Arbeitslosenhaushalte sind von Armut betroffen. Dies gilt auch bei Vorliegen von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, insbesondere bei HLU.

12. Zur Veranschaulichung von Armut im Alltag kann die Aussage dienen, dass es für 22,6 % der Befragten in den letzten 12 Monaten einmal schwierig war, lebenswichtige Ausgaben, wie Lebensmittel oder Miete zu bezahlen. Die Quote dieser Haushalte in prekärer Lage nahm in den letzen Jahren zu: 1995 war es jeder sechste, 1989 jeder neunte. Bei Haushalten von Alleinerziehenden oder von Arbeitslosen sind es gegenwärtig 55,5% bzw. 63,9 %.

13. Der Anteil ausländischer Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) zum 31.12.2002 außerhalb von Einrichtungen betrug 44,6 %. Die Empfängerdichte beim ausländischen Bevölkerungsteil lag bei 140 nichtdeutschen Empfängern pro 1000 nichtdeutschen Einwohnern. Bei den 65jährigen und älteren Nichtdeutschen lag die HLU-Dichte sogar bei 307. Dies macht deutlich, dass die nichtdeutschen Bürger und Bürgerinnen im Allgemeinen und die Älteren dieser Gruppe im Besonderen weit überproportional von Armut betroffen sind.

14. Bei den Hilfeempfängerinnen und –empfängern im erwerbsfähigen Alter sind es neben Arbeitslosigkeit vor allem zwei Gründe für die Nichterwerbstätigkeit und damit auch für die Abhängigkeit von HLU: Häusliche Bindung (nahezu ausschließlich bei Frauen) und Krankheit/Arbeitsunfähigkeit (überwiegend bei Männern).

15. (Langzeit-)Arbeitslosigkeit ist einer der Hauptgründe für den Sozialhilfebezug von Personen im erwerbsfähigen Alter. Fast 60 % der als arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger sind länger als ein Jahr ohne Arbeit, bei 40,5 % dauert die Arbeitslosigkeit bereits mehr als zwei Jahre. Dies ist eine extreme Belastung vor allem für die Betroffenen und auch für die kommunalen Haushalte.

16. Die durchschnittliche Dauer der Hilfegewährung für die Bedarfsgemeinschaften von HLU-Empfängern lag am 31.12.2002 bei 27 Monaten. Bei mehr als der Hälfte der Bedarfsgemeinschaften (53,8 %) konnte die Hilfe innerhalb von zwei Jahren beendet werden.

17. Bei den Bedarfsgemeinschaften von HLU-Empfängern mit Kindern unter 18 Jahren verfügen ein Fünftel (21,4 %) über ein Erwerbseinkommen, das unter dem durch das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) definierten Existenzminimum liegt. Das heißt auch die Beschäftigung der entsprechenden Erwerbsperson(en) ist kein Schutz vor Armut (Sozialhilfe trotz Arbeit). Insgesamt sind rund 10 % aller Hilfebezieher im erwerbsfähigen Alter trotz Erwerbstätigkeit von Sozialhilfe abhängig.

18. Der Anteil der HLU-Empfänger an den Einwohnern am 31.12.2002 schwankt bei den 16 Vergleichsstädten zwischen 3,2 % (Dresden) und 8,7 % (Bremen). Mit 5,8 liegt Nürnberg leicht unterhalb des Städtedurchschnitts von 6,2 %.

19. Die Stadt Nürnberg liegt mit 546 € durchschnittlichen monatlichen Bruttogesamtausgaben je Bedarfsgemeinschaft in der Mitte der Ausgabenspannen von 432 € (Dresden) und 625 € (Essen) und damit leicht unterhalb des Städtedurchschnitts von 573 €.

20. Die Armutsquote der Haushalte in Nürnberg (2001: 11,5 %) ist doppelt so hoch wie die vergleichbare Sozialhilfequote. Die Gründe für diese Differenz könnten in der Nichtanspruchnahme von Sozialhilfe durch einen Teil der Einkommensarmen sowie im Ausschluss bestimmter Personengruppen (wie etwa Studenten) vom HLU-Leistungsbezug liegen.

21. Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Armutssituation und der zur Verfügung stehenden Wohnfläche. Arme Haushalte verfügen im Durchschnitt über 25 m² pro Person, während die durchschnittliche Wohnfläche bei den Nichtarmen 42 m² beträgt. Haushalte von Deutschen haben durchschnittlich über 82 m² Wohnfläche in ihren Wohnungen (42 m² pro Person). Haushalte mit einem ausländischen Haushaltsvorstand verfügen dagegen lediglich über 69 m² (29,5 m² pro Person).

22. Die Mietbelastungsquote, das ist der Anteil der Bruttomiete am Haushaltsnettoeinkommen, liegt für Haushalte mit deutschem Haushaltsvorstand bei durchschnittlich 36 %, bei nichtdeutschen Haushalten liegt die Mietbelastung dagegen bei 42 % des Haushaltsnettoeinkommens. Alleinerziehende müssen im Mittel 50 % ihres Einkommens für Wohnkosten ausgeben. Bei „armen“ Haushalten allgemein liegt die Mietbelastungsquote durchschnittlich bei 65 %. Wohngeld trägt zu einer Entlastung bei. Dennoch liegen auch die Mietbelastungsquoten von Wohngeldempfängern weit über dem Durchschnitt.

23. Mit langfristigen Arbeitslosenquoten von über 10 % ist Nürnberg im bayerischen Vergleich schlechter gestellt. Mehr als ein Viertel der Arbeitslosen ist länger als ein Jahr ohne Arbeit und etwa derselbe Anteil ist ohne Leistungsbezug des Arbeitsamtes. Die Hälfte der Arbeitslosen hat keine abgeschlossene Berufsausbildung; angesichts des anhaltenden Strukturwandels in Nürnberg ist die Wiedereingliederung dieses Personenkreises besonders schwierig.

24. Die wenigen für Nürnberg vorhandenen Daten legen einen deutlichen Zusammenhang nahe zwischen sozialer Lage und Gesundheit. Ökonomisch schwache Familien und Einzelpersonen sehen sich höheren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt und sind mit ihrem Gesundheitszustand insgesamt weniger zufrieden als Einkommensstarke.

25. Die Bildungssituation, die großen Einfluss auf die späteren Erwerbschancen hat, stellt sich in Nürnberg vergleichsweise schlecht dar. So wurde die Hochschulreife im Jahr 2000 nur von 20,5 % der Nürnberger Schulabgänger erreicht, im Städtevergleich sind es durchschnittlich 29,4 %, mit einer Spanne von 18,8 % (Fürth) bis 34,7 % (Stuttgart, Leipzig). Auch mit dem Anteil an Schulabgängern mit „nur“ einem Hauptschulabschluss oder „ohne“ Hauptschulabschluss nimmt Nürnberg im Vergleich der 11 Städte mit 36,3 % bzw. 13,9 % den vorletzten Rang ein.

2. Die soziale Lage in Nürnberg: Umfang, Struktur und Entwicklung der Armut in Nürnberg

2.1 Bevölkerungsstruktur

Bevölkerung insgesamt

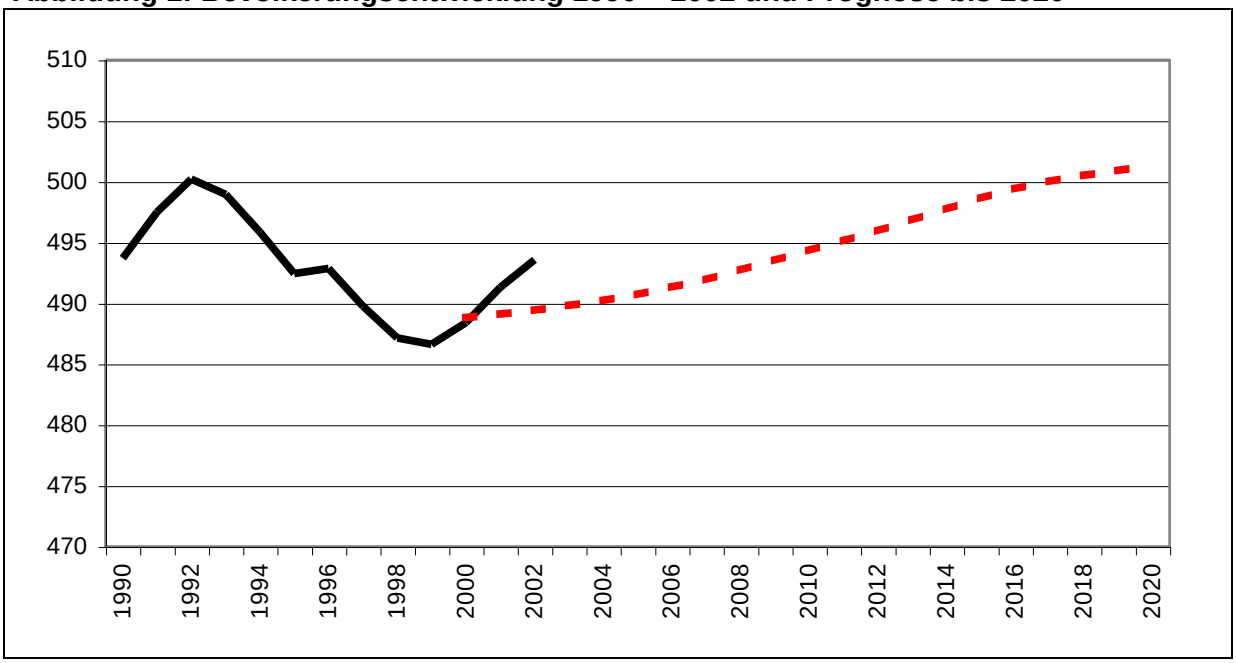
Am 31.12.2002 waren in der Stadt Nürnberg 493 397 Einwohner mit Hauptwohnsitz gemeldet[3]. Von diesen waren 48,2 % männlichen und 51,8 % weiblichen Geschlechts. Bezogen auf die Fläche Nürnbergs entspricht dies einer Einwohnerzahl von 2 648 Einwohner pro km².

Nach dem zuwanderungsbedingten Anstieg zwischen 1989 und 1992 hatte die Einwohnerzahl kurz nach Überschreiten der 500 000er Marke im Jahre 1993 wieder kontinuierlich abgenommen. Der Tiefststand wurde aber offenbar 1999 erreicht, denn seitdem wächst die Nürnberger Bevölkerung wieder, im Augenblick sogar stärker, als nach der jüngsten Prognose angenommen.

Die Stadtteile mit höherer Neubautätigkeit hatten schon vor 1997 steigende Einwohnerzahlen zu verzeichnen und nahmen auch danach noch weiter zu, während die Innenstadt bis 1999 noch einen Bevölkerungsrückgang hatte. Seit dem Jahr 2000 wächst die Nürnberger Einwohnerzahl jedoch nahezu flächendeckend im gesamten Stadtgebiet.

Die Bevölkerungsvorausrechnung für die Stadt Nürnberg geht davon aus, dass die Einwohnerzahl bis zum Jahre 2020 die 500 000er Schwelle wieder überschreiten wird (Lux-Henseler, 2001c).

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung 1990 – 2002 und Prognose bis 2020



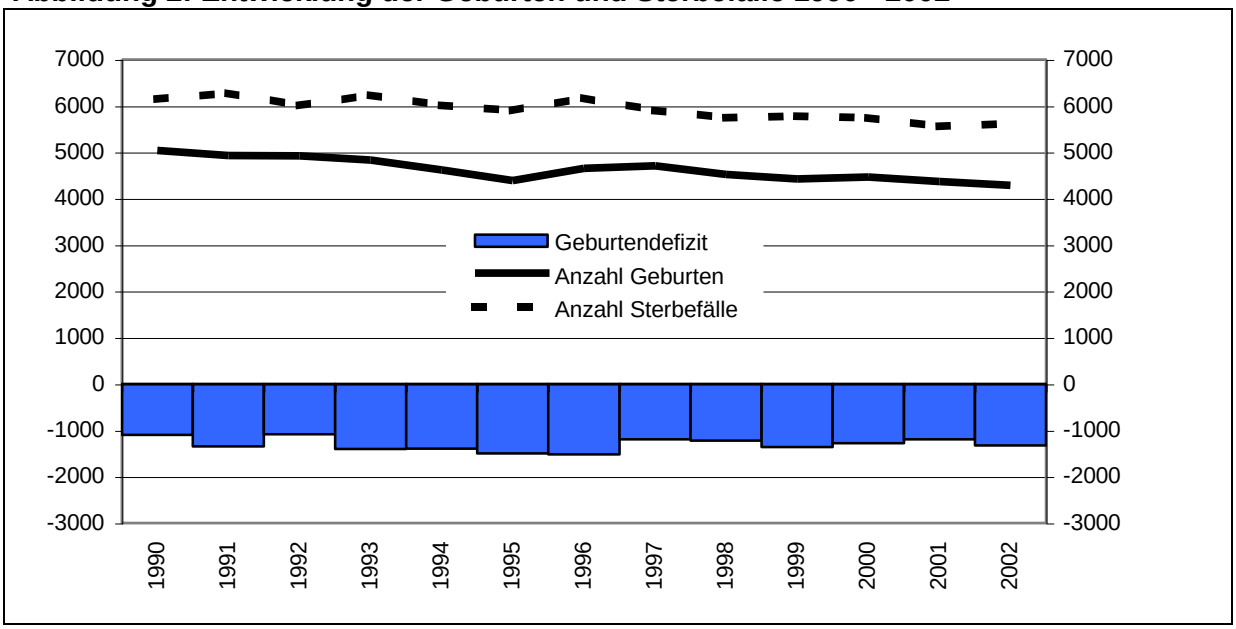
Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Bevölkerungsprognose

[3] Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung (vgl. Stadt Nürnberg 2002a).

Bevölkerungsbewegungen

In Nürnberg sterben jährlich mehr Menschen, als Kinder geboren werden. Trotz rückläufiger Geburtenzahlen blieb das Geburtendefizit aber in fast allen Jahren unter 1500 Personen, eine Folge der gleichzeitig sinkenden Sterbefälle. Beide Trends zusammen verändern die Altersstruktur zugunsten der Älteren.

Abbildung 2: Entwicklung der Geburten und Sterbefälle 1990 - 2002



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik

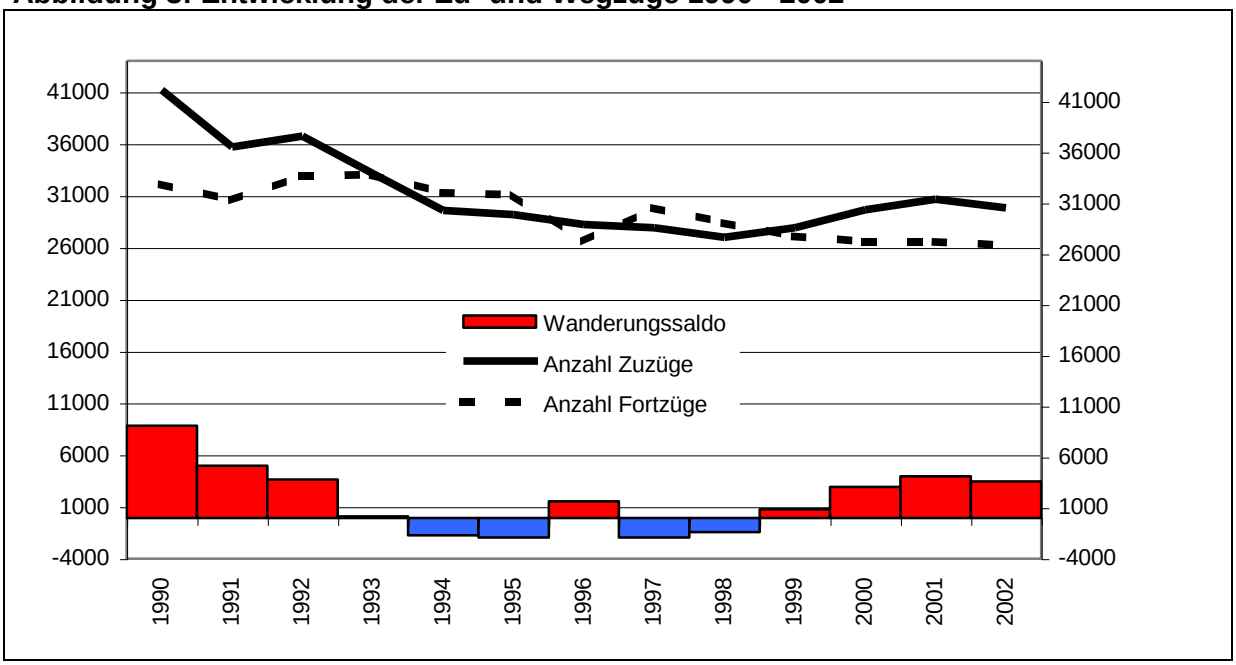
Wanderungen

Die Einwohnerzahl Nürnbergs kann nur steigen, wenn dem Geburtendefizit entsprechend hohe Wanderungsüberschüsse gegenüberstehen. Dies war in den letzten vier Jahren der Fall, wobei nicht nur steigende Zuzugszahlen, sondern auch sinkende Wegzugszahlen registriert wurden.

Anders als zu Beginn der 90er Jahre, als die Einwohnerzunahme vorwiegend aus einem starken Auslandszuzug resultierte, profitierte die Stadt in den vergangenen Jahren von einer rückläufigen Umlandabwanderung und von steigenden Wanderungsgewinnen aus dem übrigen Bayern und dem übrigen Deutschland.

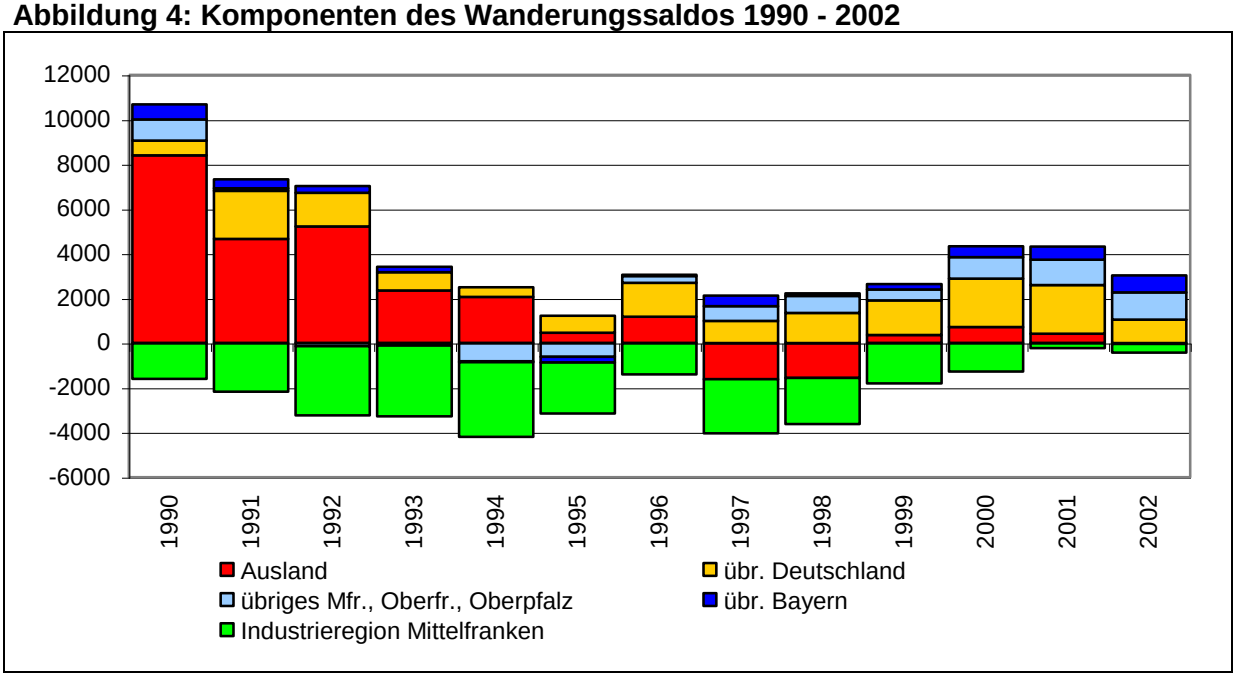
Auch wenn zwischen 1990 und 2002 die Einwohnerzahl insgesamt nahezu gleichgeblieben ist, zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass die Entwicklung innerhalb des Stadtgebietes, aber auch innerhalb dieses Zeitraumes sehr unterschiedlich verlaufen ist, gleichgeblieben ist nur das Muster der Wanderungsströme: Hohe Zuwanderung von außen in die Innenstadtbereiche bei gleichzeitig hoher Abwanderung von den Innenstadtbereichen in die Außenstadt. Deutlich geringer fiel in den vergangenen 6 Jahren jedoch die wanderungsbedingte Zunahme von Ausländern aus.

Abbildung 3: Entwicklung der Zu- und Wegzüge 1990 - 2002



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik

Abbildung 4: Komponenten des Wanderungssaldos 1990 - 2002



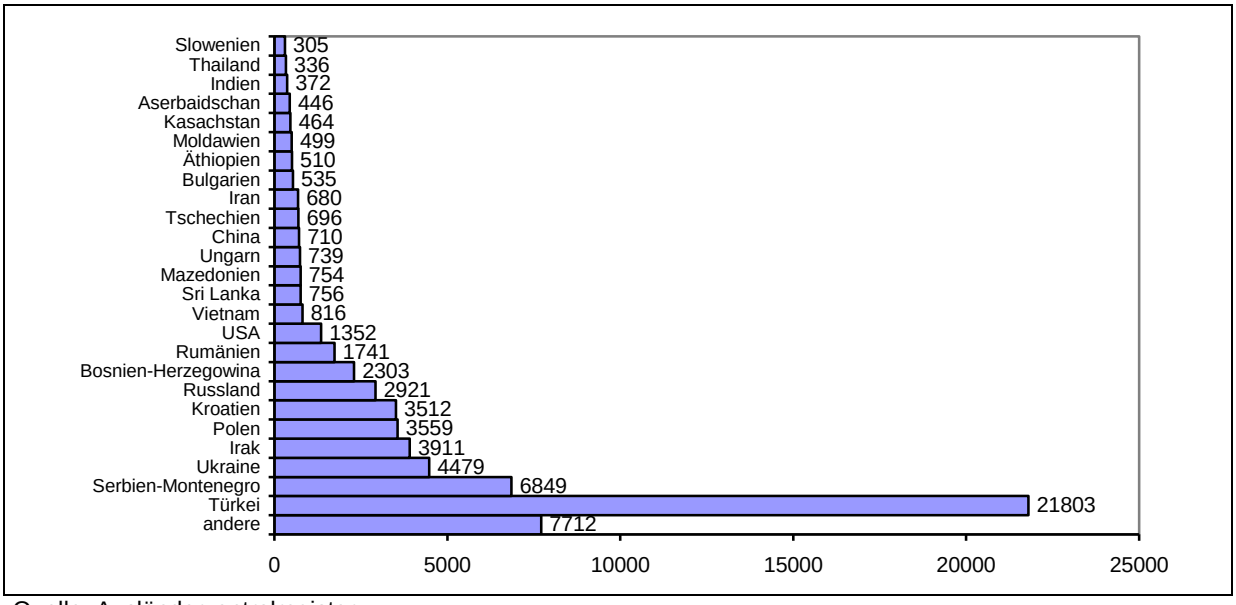
Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik

Ausländische Bevölkerung

Der Anteil der Nichtdeutschen ist von 13,8 % (1990) auf 18,0 % (2002) gestiegen. Allein durch Wanderung hat sich ihre Zahl im Zeitraum 1997 bis 2002 um 10 824 erhöht. Hinzu kommt der Geburtenüberschuss von 3 950 Personen. Dass sich dies nur teilweise in einem Anstieg der Ausländerzahl bzw. des Ausländeranteils niederschlägt, hängt damit zusammen, dass im genannten Zeitraum 12 147 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben.

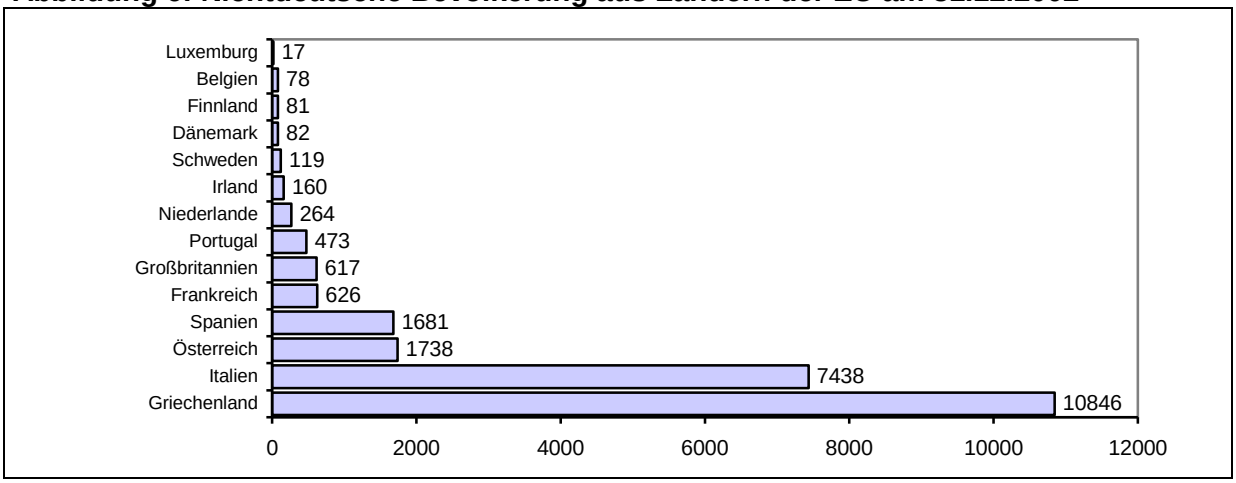
Die größten Anteile innerhalb der ausländischen Bevölkerung stellen dabei die Türken (23,8 %), Griechen (11,8 %) und Italiener (7,8 %). Angehörige der Teilstaaten des früheren Jugoslawien (Slowenien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro) machen insgesamt 14,9 % der nichtdeutschen Bevölkerung aus (Stadt Nürnberg, 2003c).

Abbildung 5: Nichtdeutsche Bevölkerung aus Ländern außerhalb der EU am 31.12.2002



Quelle: Ausländerzentralregister

Abbildung 6: Nichtdeutsche Bevölkerung aus Ländern der EU am 31.12.2002



Quelle: Ausländerzentralregister

In den vergangenen Jahren ist insbesondere ein starkes Zuzugspotenzial von Ukrainern und russischen Staatsangehörigen, sowie von Asyl suchenden Irakern festzustellen (Stadt Nürnberg, 2003c). Die Zahl der türkischen Einwohner ist von 23 853 (1995) auf 20 669 (2002) zurückgegangen. Dies ist zum Teil auf vermehrte Einbürgerungen als Folge des neuen Staatsangehörigkeitsrechtes zurückzuführen. So waren unter den 2 236 Personen, die sich im Jahr 2002 in Nürnberg einbürgern ließen, 47 % Türken (Stadt Nürnberg, 2003c).

Überdurchschnittlich hohe Anteile an Nichtdeutschen finden sich in den Statistischen Bezirken[4] Gostenhof (46 %), Bärenschanze (48 %) und Muggenhof (45 %). Deutlich unter dem Durchschnitt liegt der Anteil mit 3 % in Buchenbühl, Neunhof und Kornburg/ Worzeldorf.

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Nürnbergs von 18,0 % ist vergleichbar mit dem Augsburgs (17,9 %) oder Kölns (18,6 %), während ostdeutsche Städte wie Dresden (3,1 %) oder Leipzig (5,9 %) einen deutlich geringeren Anteil aufweisen (Stadt Nürnberg, 2002a: 17).

Altersverteilung

Betrachtet man die Entwicklung der Bevölkerung zwischen 1990 und 2002 nach der Altersstruktur, zeigen sich Bevölkerungsverluste bei den unter 6jährigen, den 15-24jährigen und den 45-59jährigen. Demgegenüber stehen allerdings deutliche Zuwächse bei den 60jährigen und Älteren.

Tabelle 1: Entwicklung der Altersstruktur der Nürnberger Bevölkerung jeweils zum 31.12.

Alter (von ..bis unter .. J.)	1990			2002			Veränderung gegenüber 1990	
	gesamt	männlich	weiblich	gesamt	männlich	weiblich	Anzahl	Prozent
0-6	26 773	13 783	12 990	25 667	13 218	12 449	-1 106	-4,1
6-15	34 934	18 017	16 917	38 758	19 979	18 779	3 824	10,9
15-25	64 301	31 912	32 389	51 759	25 381	26 378	-12 542	-19,5
25-45	151 552	77 447	74 105	154 235	79 701	74 534	2 683	1,8
45-60	101 829	50 702	51 127	94 777	46 714	48 063	-7 052	-6,9
60-65	28 233	12 936	15 297	34 835	16 845	17 990	6 602	23,4
65 und älter	86 070	28 304	57 766	93 366	35 755	57 611	7 296	8,5
Bevölkerung gesamt	493 692	233 101	260 591	493 397	237 593	255 804	-295	-0,1

Quelle: Bayer. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

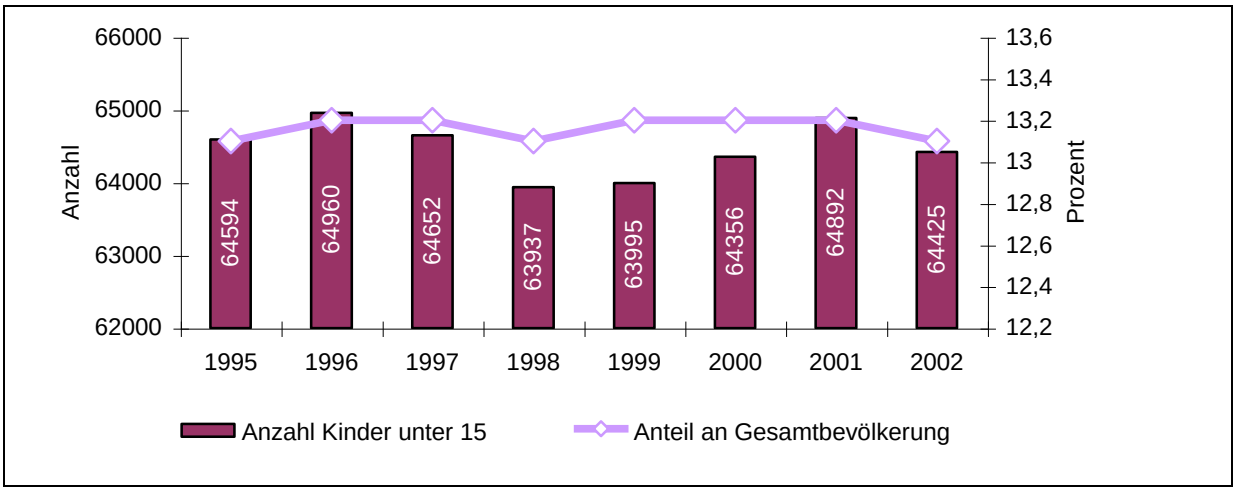
Die genauere Betrachtung der aktuellen Altersstruktur Nürnbergs nach einzelnen Altersgruppen zeigt, dass der Anteil der unter 15jährigen am 31.12.2002 13,1 % an der Gesamtbevölkerung betrug. Dies entspricht 64 425 Kindern unter 15 Jahren. Betrachtet man den Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, so lag dieser 2002 bei 15,7 % .

Der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe an der Gesamtbevölkerung liegt damit etwa so hoch wie in anderen Großstädten wie Stuttgart (15,8 %), München (15,1 %), Leipzig (15,1 %) oder Hannover (15,3 %), während die Nachbarstädte Erlangen (17,0 %) und Fürth (18,7 %), aber auch Städte wie Dresden (16,3 %) oder Dortmund (17,6 %) einen höheren Anteil an Kindern und Jugendlichen aufwiesen.

Eine detailliertere Analyse der Entwicklung der Bevölkerungsgruppe der Kinder unter 15 Jahren seit Mitte der 90er Jahre ergibt folgendes Bild:

[4] Zur Einteilung der Statistischen Bezirke in Nürnberg vgl. Stadt Nürnberg (2003b:7).

Abbildung 7: Entwicklung der 0 – 15jährigen 1995 bis 2002 absolut und in Prozent



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik

Die Abbildung zeigt, dass die Anzahl der Kinder unter 15 Jahren seit 1995 relativ konstant geblieben ist und im Bereich zwischen 64 000 und 65 000 pendelt. Auch der Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt in den letzten Jahren sehr stabil bei 13,2 %.

Die Bevölkerungsprognose für die Stadt Nürnberg geht davon aus, dass die Zahl der Kinder unter 15 Jahren bis 2010 auf 62 200 sinken wird (Lux-Henseler, 2001c). Dies würde einem Anteil von 12,6 % an der Bevölkerung entsprechen und damit einen leichten Rückgang bedeuten. Dabei besitzen 22,6 % bzw. 14 648 der Kinder unter 15 Jahren eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit. Allerdings ist festzustellen, dass die Zahl der Geburten nicht-deutscher Kinder seit 2000 deutlich zurückgegangen ist. Dies ist wohl auf das seit 01.01.2000 gültige, neue Staatsangehörigkeitsgesetz zurückzuführen.

Bei der Gruppe der 25-44jährigen ist dagegen ein Rückgang des Bevölkerungsanteils von 32,3 % auf 30,9 % zu verzeichnen, während der Anteil der 65jährigen und Älteren von 17,9 % auf 18,8 % gestiegen ist. Fasst man die Anteile der (noch) nicht und der nicht mehr im Berufsleben stehenden Bevölkerungsgruppen, also der unter 25jährigen und der über 65jährigen zusammen, so ergibt sich hier ein Anstieg von 41,4 % auf 42,5 %. Die dazwischen liegende Altersgruppe der überwiegende Erwerbstätigen entspricht zunehmend dem Bild der „Sandwich-Generation“.

Die Altersverteilung nach Geschlecht zeigt, dass der männliche Anteil in den Gruppen der unter 15jährigen und der 25- bis unter 45jährigen überwiegt. In den Gruppen der 15- bis unter 25jährigen und der 45- bis unter 65jährigen bestehen nur geringe Differenzen zugunsten des weiblichen Anteils, wohingegen in der Gruppe der über 65jährigen ein sehr deutlicher Unterschied zu Tage tritt. Hier beträgt der Anteil der Frauen 62,4 % gegenüber einem Männeranteil von 37,6 %. Pointiert ausgedrückt: Das Alter ist weiblich.

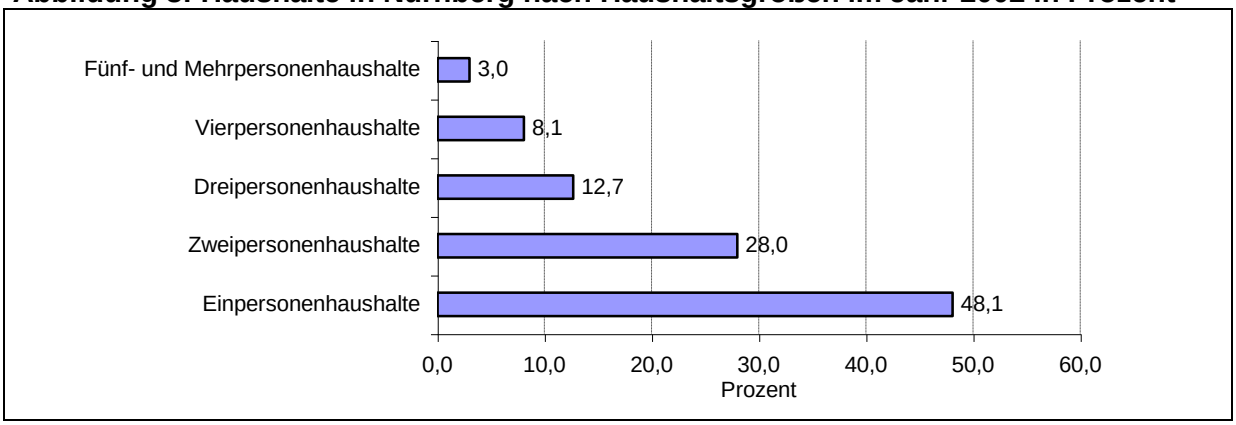
2.2 Haushaltsstruktur

Zur Bestimmung der Haushaltszahlen in Nürnberg liegen verschiedene Datenquellen vor. Dafür kommen der Mikrozensus, die Wohnungs- und Haushaltserhebung der Stadt Nürnberg sowie Ergebnisse des Verfahrens Haushaltegenerierung auf Basis des Einwohnermelderegisters in Betracht (vgl. Lux-Henseler, 2001a). Die Darstellung wird sich im folgenden vor allem auf die durch die Haushaltegenerierung gewonnenen Zahlen beziehen. Daneben wird aber auch auf die entsprechenden Zahlen der anderen Datenquellen eingegangen und auf eventuelle Abweichungen bzw. Unterschiede zwischen verschiedenen Haushaltszahlen hingewiesen.

Als Privathaushalt gilt dabei, nach der amtlichen Statistik, jede zusammen wohnende Personengemeinschaft, die eine wirtschaftliche Einheit bildet, sowie Personen, die alleine wirtschaften, auch wenn sie mit anderen Personen eine gemeinsame Wohnung haben. Nach der Haushaltsgenerierung aus dem Melderegister lebten am 31.12.2001 in Nürnberg rund 499 000 Personen in 260 900 Haushalten[5]. Durchschnittlich lebten somit 1,91 Personen in einem Haushalt. Nach dem Mikrozensus ergibt sich eine Zahl von 260 000 Haushalten, und somit praktisch keine Abweichung zu der aus dem Melderegister generierten Zahl. Zieht man die Zahlen des Mikrozensus heran, so zeigt sich im Vergleich zu 1997 (263 000) ein Rückgang um 3 000 Haushalte. Nach der Wohn- und Haushaltserhebung ergab sich zum 08.04.1997 dagegen eine Zahl von 251 200 Haushalten, so dass ein Anstieg zu verzeichnen wäre.

Nach der Haushaltegenerierung ergibt sich zum 31.12.2002 folgendes Bild der Haushaltsgrößenanteile:

Abbildung 8: Haushalte in Nürnberg nach Haushaltsgrößen im Jahr 2002 in Prozent



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Haushaltegenerierung

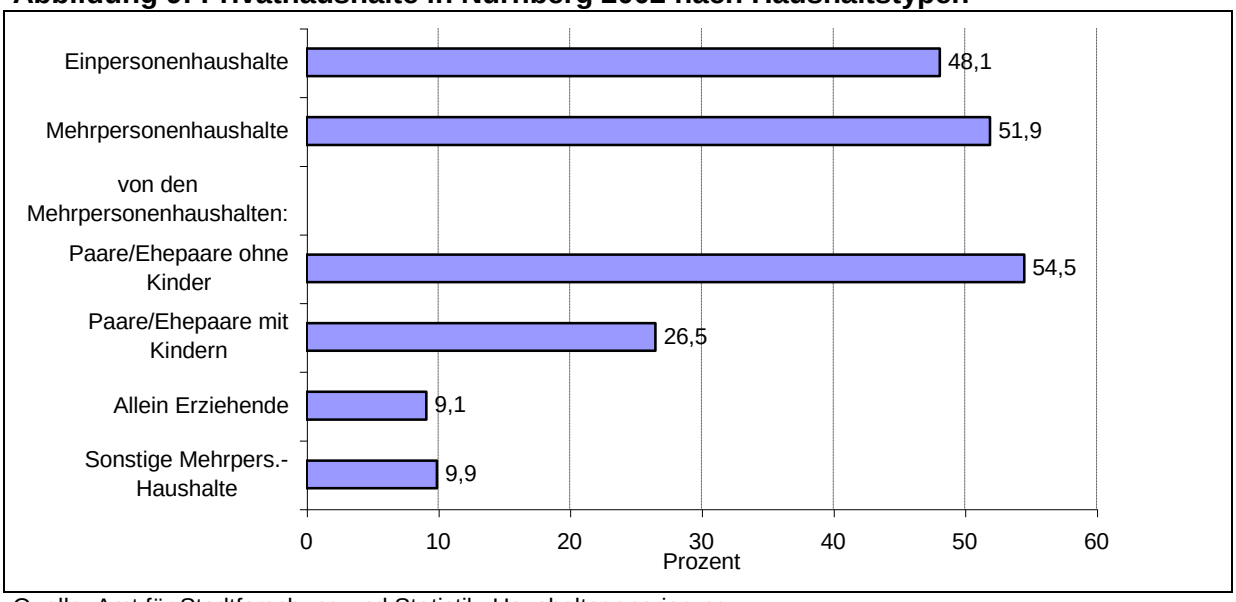
Den größten Anteil machen mit 48,1 % die Einpersonenhaushalte aus. Die zweitstärkste Gruppe bilden mit 28,0 % die Zweipersonenhaushalte. Dreipersonenhaushalte und Vier- und Mehrpersonenhaushalte kommen auf einen Anteil von 12,7 % bzw. 11,1 %. Fast die Hälfte aller Nürnberger Haushalte sind somit Einpersonenhaushalte. Im Vergleich zu 1994 ist bei der Zahl der allein Lebenden eine deutliche Steigerung um 11 560 (10,1 %) festzustellen, wohingegen die Zahl der Zweipersonenhaushalte zahlenmäßig konstant geblieben ist und bei den Drei- und Vierpersonenhaushalten ein Rückgang zu verzeichnen ist (Lux-Henseler, 2001b). Die durchschnittliche Haushaltsgröße hat sich in diesem Zeitraum von 1,96 auf 1,91 verringert.

Betrachtet man die Privathaushalte nicht nach Haushaltsgrößen, sondern nach Haushaltstypen, zeigt sich, dass unter den Mehrpersonenhaushalten Ehepaare bzw. nichteheliche Le-

[5] Die 499.000 Personen ergeben sich aus den 513.000 wohnberechtigten Personen (einschließlich 35.000 Nebenwohnsitzern) abzüglich 14.000 Personen, die in einem Wohnheim oder einer Anstalt ohne eigene Haushaltsführung leben.

bensgemeinschaften ohne Kinder unter 18 Jahren den größten Anteil ausmachen. (Zu dieser Gruppe gehören auch Paare/Ehepaare mit Kindern über 18 Jahren!)

Abbildung 9: Privathaushalte in Nürnberg 2002 nach Haushaltstypen



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Haushaltegenerierung

Alleinerziehende, d.h. Haushalte, in denen nur eine Person Elternteil von mindestens einem Kind unter 18 Jahre ist und ohne Partner lebt, weisen einen Anteil von 9,1 % der Mehrpersonenhaushalte bzw. 4,8 % aller Haushalte auf. Insgesamt lebten in 18,6 % aller Haushalte Kinder unter 18 Jahren. Dies entspricht 48 500 Haushalten. Mehr als die Hälfte dieser Haushalte waren Ein-Kind-Haushalte (55,2 %). Zwei Kinder wuchsen in 34,9 % der Haushalte auf. Dagegen ist festzustellen, dass in nur noch 9,9 % der Haushalte mit Kindern drei oder mehr Kinder aufwachsen. Unter den 48 500 Nürnberger Haushalten mit Kindern sind 25,6 % (12 431) Haushalte von Alleinerziehenden. Gegenüber 1994 bedeutet dies eine Zunahme von 23,1 %. Von den Alleinerziehenden hatten die meisten (69 %) ein Kind zu versorgen, 24,8 % hatten zwei Kinder und 6,2 % drei und mehr.

2.3 Einkommen, Vermögen und Überschuldung – Einkommensarmut und Niedrigeinkommen

Im folgenden Kapitel soll die Einkommensverteilung in Nürnberg genauer betrachtet werden, da finanzielle Ressourcen entscheidend für den Lebensstandard und die Handlungsmöglichkeiten jedes einzelnen Bürgers sind. Dabei soll zum einen versucht werden abzuschätzen, in welcher Größenordnung Nürnbergerinnen und Nürnberger von Einkommensarmut betroffen oder bedroht sind. Daneben soll auch analysiert werden, wie hoch der Anteil der relativ „reichen" Haushalte in Nürnberg ist. Darüber hinaus soll in diesem Abschnitt auch die öffentliche Armut der Kommune näher untersucht werden.

Dazu wird zunächst die der Analyse der Einkommensverteilung zugrunde liegende Datenquelle – die Wohnungs- und Haushaltserhebungen der Stadt Nürnberg – kurz dargestellt. Anschließend folgt die Beschreibung der verwendeten Messkonzepte und die Darstellung von Einkommensarmut und –reichtum.

Datenbasis

Datengrundlage für die Beschreibung der aktuellen Einkommensverteilung Nürnbergs bildet die Wohnungs- und Haushaltserhebung des Amts für Stadtforschung und Statistik „Leben in Nürnberg 2001". In Nürnberg finden seit 1981 Wohnungs- und Haushaltserhebungen in Form von Umfragen (mündliche, telefonische und schriftliche Befragungen) mit wechselnden Schwerpunktthemen statt. Dabei werden neben den Schwerpunktthemen (beispielsweise Infrastrukturnutzung, Freizeitaktivitäten, Nutzung von Kulturangeboten, wirtschaftliche Situation, usw.) immer auch die demographischen Merkmale sowie die sozioökonomischen Charakteristika der Befragten erfasst. Die Umfrage des Jahres 2001 basierte auf einer Bruttostichprobe von 7 678 Wohnungen[6].

Nürnberg hat dadurch, im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen den Vorteil, zur Beschreibung von Haushaltseinkommen und Einkommensverteilung auf Umfragedaten zurückgreifen zu können, die es beispielsweise auch ermöglichen, die Einkommenssituation sehr differenziert nach Haushaltsstrukturen darzustellen.

Die Erfassung der Einkommensverhältnisse erfolgte im Rahmen der Erhebung durch die Frage: „Welcher Einkommensgruppe ist Ihr Haushalt nach seinem gesamten monatlichen Nettoeinkommen zuzuordnen? Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Gehalt, Lohn, usw.), Rente, Pension, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Wohngeld, Lebensversicherung, Vermietung und Verpachtung sowie Kapitaleinkünfte; abzüglich Steuern, Sozialversicherung". Dabei ist mit dem bei der Einkommenserfassung durch Umfragen üblichen Problem zu rechnen, nämlich einer **Unterschätzung der Einkommen**, da die Befragten nicht immer vollständig über die Einkommenssituation des Haushaltes informiert sind oder weil sie bei der Aufrechnung einzelne Haushaltsmitglieder oder Einkommensarten (z.B. Transferleistungen) vergessen (vgl. Hanesch et al., 2000: 45; Bartelheimer, 2001: 124; Bartelheimer, 1997: 55; Stadt Nürnberg, 2000: 43).

Zum Vergleich des Wohlstandsniveaus von Haushalten muss allerdings auch die Haushaltsgröße berücksichtigt werden. Dazu wird das Haushaltsnettoeinkommen in das sogenannte **Äquivalenzeinkommen** umgerechnet. Dies ist ein „unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte(s) Pro-Kopf-Einkommen" (Hanesch et al., 2000: 48). Zur Umrechnung bedarf es so ge-

[6] Bei der Stichprobe handelt es sich um eine auf der Gebäudedatei basierende, disproportional geschichtete Zufallsstichprobe. Heimbewohner sind in der Stichprobe nicht enthalten (vgl. Stadt Nürnberg, 2002b). Die postalische, schriftliche Befragung (inklusive einer telefonischen Nacherfassung) erbrachte 4.198 verwertbare Interviews, was einem Rücklauf von 54,6% entspricht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Umfrage, ebenso wie andere, von dem Problem betroffen ist, besonders armutsgefährdete Personengruppen, wie Wohnungslose, durch die Anlage der Stichprobe nicht berücksichtigen zu können.

nannter Personengewichte oder Äquivalenzskalen. Dadurch sollen die Einsparmöglichkeiten durch rationelleres Haushalten, die größere gegenüber kleineren Haushalten haben, berücksichtigt werden. In diesem Bericht werden hierzu alternativ die Alte und die Neue OECD-Skala herangezogen. Nach der alten OECD-Skala wird dem Haushaltsvorstand ein Bedarfsgewicht von 1,0, jeder weiteren Person, die 15 Jahre oder älter ist, ein Bedarfsgewicht von 0,7 und jedem Kind unter 15 Jahren ein Gewicht von 0,5 zugewiesen (Klocke, 2000: 315; BMA, 2001: 20). Dies entspricht in etwa den Personengewichten nach dem Bundessozialhilfegesetz[7] unter Berücksichtigung der Wohnkosten. Die Neue OECD Skala geht dagegen von folgenden Personengewichten aus: 1. Person über 18 Jahre (1,0), alle weiteren Personen, die 15 Jahre oder älter sind (0,5) und Kinder unter 15 Jahre (0,3) (Klocke, 2000: 315; BMA, 2001: 20). Die Berechnung des Äquivalenzeinkommens erfolgt, indem das erfragte Nettoeinkommen des Haushaltes[8] durch die Summe der Personengewichte dividiert wird.

Im vorliegenden Bericht wird mit einer relativen Armuts- und Reichtumsdefinition gearbeitet. Mit Armut ist damit eine „relative(n) Schlechterstellung von Personen oder Haushalten im Vergleich zum gesellschaftlichen Durchschnitt“ (Klocke, 2000: 313) gemeint, im Gegensatz zu einem absoluten Armutsbegriff, nach dem ein „Minimum konstanter menschlicher Grundbedürfnisse (nach Nahrung, Kleidung, Wohnung) – absolut – bestimmbar“ (Schuleri-Hartje/Potthast, 1995: 12) ist[9]. Relativ heißt also, „dass Armut in Beziehung zu einem allgemeinen soziokulturellen Lebensstandard einer konkreten Gesellschaft gesetzt wird“ (Klocke, 2000: 313). Diese relative Armutsdefinition zielt damit auf die gesamte, nicht nur materielle, sondern auch soziale und kulturelle Lebenslage. Dabei lässt sich weiter unterscheiden zwischen einem Ressourcen- und einem Lebenslagenansatz. Arm sein bedeutet dabei nach dem Ressourcenansatz das Unterschreiten einer bestimmten Einkommensgrenze. Die Höhe des Einkommens ist damit ein indirekter Indikator für Armut, der die potentielle Versorgungslage bzw. den Zugang zu Lebenschancen messen soll (Schuleri-Hartje/Potthast, 1995: 13; Alisch/Dangschat, 1998: 21; Bartelheimer, 2001: 125). Innerhalb des Ressourcenansatzes wird wiederum unterschieden zwischen der relativen Einkommensarmut und der Sozialhilfeschwelle. Dabei liegt in diesem Kapitel der Fokus auf der relativen Einkommensarmut, während dem nächsten Abschnitt das Sozialhilfekonzept zugrunde liegt. An dem in der Armutsforschung ebenso diskutierten Lebenslagenkonzept, das über eine rein monetäre Armutsdefinition hinausgeht (vgl. Schuleri-Hartje/Potthast, 1995: 14ff.; Alisch/Dangschat, 1998: 23f.; Klocke, 2000; Bartelheimer, 2001: 130ff.; Stadt Berlin, 2002: 30; Stadt München, 2002: 16) orientieren sich zwar viele kommunale Sozialberichte, wodurch jedoch meist eine „Diskrepanz aus theoretischem Anspruch (Armut als Lebenslage) und empirischer Überprüfung (Armut als Ressourcenansatz, ökonomische Armut, Sozialhilfebezug)“ (Dangschat zit. nach Bartelheimer, 2001: 132) entsteht, da soziale Ressourcen und Handlungsspielräume sowie die subjektive Verarbeitung der Armut kaum erhoben werden.

Zur Messung der Einkommensarmut wird dabei üblicherweise eine relative Einkommensgrenze von 50 % des bedarfsgewichteten durchschnittlichen Nettoeinkommens benutzt, wie sie 1983 von der EG-Kommission festgelegt wurde. Daneben werden zum Teil auch Armutsgrenzen von 40 % zur Kennzeichnung einer strengen Einkommensarmut, und 60 % für eine armutsnahe Einkommenssituation herangezogen[10] (vgl. Bartelheimer, 1997: 59; Bartelheimer, 2001: 129; Alisch/Dangschat, 1998: 22).

---

[7] Diese lauten: 1. Person über 18 Jahre (1.0), alle weiteren Personen über 18 Jahre (0.8), Kinder im Alter von 0-6 Jahre (0.5), Kinder im Alter von 7-13 Jahre (0.65) und Kinder im Alter von 14—17 Jahre (0.9) (Klocke, 2000:315).

[8] Bei der Berechnung wurde unterstellt, dass die tatsächlichen Einkommen der Haushalte den Klassenmitten der Einkommensgruppen entsprechen, in die sie sich bei der Wohn- und Haushaltserhebung einstuften. Für die untere Kategorie „unter 500 DM“ wurde ein Wert von 350 DM angenommen, und für die obere Kategorie „8000 DM und mehr“ ein Wert von 9000 DM. In diesem Bericht werden alle DM-Beträge in EURO umgerechnet.

[9] Diese absolute Armut im Sinne eines nicht gesicherten physischen Existenzminimums gilt als zur Zeit in Deutschland überwunden.

[10] In der US-Armutsforschung sowie in neueren Veröffentlichungen von Eurostat wird statt des arithmetischen Mittelwertes der Median als Bezugsgröße bevorzugt (Bartelheimer, 1997: 59; Hanesch et al., 2000: 51). Dieser „ist im Unterschied zum arithmetischen Mittel (Mean) robust gegenüber Veränderungen der Ungleichheit im oberen Einkommensbereich“ (Hanesch et al., 2000: 51).

Vor einer genaueren Betrachtung von Armut und Reichtum in Nürnberg wird zunächst die Verteilung der Nettoeinkommen der Haushalte dargestellt (vgl. Tabelle 2). Demnach verfügen 3,4 % aller Haushalte in Nürnberg über ein Haushaltsnettoeinkommen unter 500 €. In Bayern waren es nach Daten des Mikrozensus 1997 4,7 % der privaten Haushalte (Schneekloth, 1999: 69). Etwa ein Drittel der Haushalte konnte monatlich über ein Einkommen von 750 € bis unter 1 550 € verfügen, und etwa ein weiteres Drittel über 1 550 € bis unter 2 550 €. Über 2 550 € standen etwas über 20 % aller Haushalte zur Verfügung. Im Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern 1998 sind die Einkommenskategorien etwas anders abgegrenzt, so dass nur die unterste Kategorie und oberen Kategorien verglichen werden können. Hier zeigt sich, dass Nürnberg einen etwas größeren Anteil an Haushalten mit einem Einkommen zwischen 1 550 € und 2 550 € hat (35,2 % gegenüber 31,8 % in Bayern). Andererseits ist der Anteil von Haushalten mit einem Einkommen von über 2 550 € in Nürnberg und Bayern praktisch gleich groß (22,1 % bzw. 22,9 %). Bei der Differenzierung der Haushaltseinkommen nach Haushaltsgrößen ist zu beachten, dass gerade in größeren Haushalten mit einer Unterschätzung zu rechnen ist, da der Befragte eventuell kein genaues Wissen über die Einkommen aller Haushaltsmitglieder hat.

Tabelle 2: Nettoeinkommen privater Haushalte in Nürnberg 2001 nach der Haushaltsgröße

Nettoeinkommen	Insgesamt	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 o.m. Personen
bis unter 500 €	3,4 %	7,0%	1,5 %	(0,7 %)[a)]	(0,9 %)
500 bis unter 750 €	5,9 %	11,4 %	3,1 %	(2,3 %)	(0,9 %)
750 bis unter 1300 €	20,1 %	35,6 %	12,2 %	11,1 %	6,3 %
1300 bis unter 2550 €	13,3 %	17,4 %	11,0 %	12,4 %	9,2 %
2550 bis unter 2050 €	19,6 %	15,3 %	22,7 %	19,6 %	23,1 %
2050 bis unter 2550 €	15,6 %	7,1 %	21,3 %	19,4 %	20,0 %
über 2550 €	22,1 %	6,2 %	28,2 %	34,5 %	39,7 %
Alle Fälle	3 745	1 408	1 448	443	446

a) Werte, die sich auf Fallzahlen unter 20 beziehen, werden in Klammern angegeben

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2001

Ergebnisse der Berechnungen

Höhe des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens in Nürnberg

Das durchschnittliche äquivalenzgewichtete Haushaltseinkommen (alte OECD-Skala) lag in Nürnberg im Jahr 2001 bei 1 225 €. Dies entspricht dem Äquivalenzeinkommen eines Einpersonenhaushaltes. Das Äquivalenzeinkommen für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen liegt dementsprechend bei 2 083 € (1 225 € gewichtet mit dem Faktor 1,7). Für Westdeutschland lag das Äquivalenzeinkommen im Jahre 1998 bei 1 153 € (Hanesch et al., 2000: 59). 1997 lag das Äquivalenzeinkommen in Nürnberg bei 1 041 €. Dies bedeutet, dass die Äquivalenzeinkommen zwischen 1997 und 2001 in Nürnberg nominal um 17 % gestiegen sind. Im Jahr 1993 lag das äquivalenzgewichtete Haushaltseinkommen bei 990 € (vgl. Tabelle 3). Insgesamt haben sich die durchschnittlichen Haushaltseinkommen im Zeitraum von 1993 bis 2001 um 18 % und die Äquivalenzeinkommen um 23 % erhöht. Dabei ist der Anstieg vor allem auf den Zeitraum von 1997 bis 2001 zurückzuführen, während sich die Haushaltseinkommen im Zeitraum von 1993 bis 1997 kaum veränderten. Auch Hanesch et al. (2000: 55) kommen zu dem Schluss, dass „die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte von1992 bis 1998 in den alten Bundesländern stagnierten“.

Tabelle 3: Haushaltsnettoeinkommen pro Monat

Jahr	Durchschnittliches Haushaltseinkommen in EURO	Durchschnittliches äquivalenzgewichtetes Haushaltseinkommen in EURO
1993	1 610	990
1997	1 606	1 041
2001	1 901	1 225

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2001

Schwellenwerte für Armut und Reichtum

Zur Berechnung der Armutsquote wird nun, wie beschrieben, die 50 %-Schwelle herangezogen. Als relative Reichtumsschwelle wird üblicherweise 200 % benutzt (vgl. z.B. Isengard, 2002). In Nürnberg ist ein Einpersonenhaushalt demnach „arm“, wenn er über weniger als 613 € verfügt, und „reich“, wenn sein Nettoeinkommen 2 449 € übersteigt. Tabelle 4 gibt Auskunft über die entsprechenden Schwellen für unterschiedliche Haushaltsgrößen (zusätzlich werden auch die Schwelle für die strenge Einkommensarmut und die armutsnahe Situation angegeben).

Tabelle 4: Einkommensschwellen für Nürnberg nach Haushaltstypen

Einkommensschwellen	Haushaltstyp		
	1 Person	2 Erwachsene	2 Erw., 1 Kind
Äquivalenzeinkommen	1 225 €	2 083 €	2 695 €
40 %-Schwelle	490 €	833 €	1 078 €
50 %-Schwelle	613 €	1 042 €	1 348 €
60 %-Schwelle	735 €	1 250 €	1 617 €
200 %-Schwelle	2 449 €	4 166 €	5 390 €

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2001

Für die Nürnberger Teilgebiete wurden getrennte Äquivalenzeinkommen berechnet, um einen Eindruck von den unterschiedlichen durchschnittlichen Wohlstandsniveaus zu bekommen. Dabei zeigt sich, dass die Niveauunterschiede zwischen dem niedrigsten Äquivalenzeinkommen (Schweinau, St. Leonhard mit 1 027 €) und dem höchsten (Östliche Außenstadt mit 1 430 €) nicht so extrem ausfallen, wie bspw. in Berlin (West), wo Niveauunterschiede von annähernd 100 % vorzufinden sind (vgl. Stadt Berlin, 2002: 37). Da es sich hier aber um die Betrachtung relativ großer räumlicher Einheiten handelt, ist zu bedenken, dass kleinräumige Differenzierungen (innerhalb der Teilgebiete) unberücksichtigt bleiben.

Betrachtet man nun die Armutsquoten nach unterschiedlichen Einkommensberechnungsarten, ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 5: Armutsquoten in Nürnberg nach Art der Einkommensberechnung

Armutsquoten	OECD alt Mittelwert	OECD alt Median	OECD neu Mittelwert	OECD neu Median
Äquivalenzeinkommen in €	1 225	1 150	1 345	1 278
Anteil der Haushalte mit ...				
Strenger Armut (40 %)	7,3	6,8	5,9	5,9
Relativer Armut (50 %)	11,5	10,5	14,2	13,5
Niedrigeinkommen (60 %)	22,3	20,5	20,0	18,2

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2001

Wird das Äquivalenzeinkommen nach der alten OECD-Skala und über den Mittelwert berechnet, ergibt sich somit, dass 11,5 % der Haushalte in Nürnberg von relativer Armut betroffen sind. Für Westdeutschland wurde auf der Basis des „Sozioökonomischen Panels" (SOEP) 1998 eine Quote von 8,7 % berechnet[11] (Hanesch et al., 2000: 79). In Bayern lag der Wert 1997 bei 9,5 % (Schneekloth, 1999: 74). Die Berechnungen mit dem Median führen aufgrund der rechtsschiefen Einkommensverteilung zu geringeren Armutsquoten. Jedoch wird meist noch der Mittelwert zur Berechnung von Armutsquoten verwendet. Betrachtet man die relativen Armutsquoten im Zeitverlauf seit 1993 zeigt sich, dass die mittlere Armutsquote (50 %-Schwelle) um 11% schwankt, und die strenge Armut zwischen 7 % und 9 %, wobei hier zunächst ein Anstieg und dann ein Rückgang festzustellen ist. Im armutsnahen Bereich (60 %-Schwelle) lebten zwischen 17 % und 22 %. Hier ist allerdings eine steigende Tendenz zu verzeichnen. Die genauere Betrachtung der unterschiedlichen Schwellen über die Zeit hinweg, zeigt also, dass der Anteil an strenger Armut zwar leicht zurückgegangen ist, die relative Armut aber konstant geblieben ist, und der Anteil im armutsnahen Bereich sogar zugenommen hat.

Tabelle 6: Einkommensarmut und Niedrigeinkommen in Nürnberg (Referenz: Nürnberg)

Jahr	Strenge Armut (40 %-Schwelle)	Relative Armut (50 %-Schwelle)	Niedrigeinkommen (60 %-Schwelle)
1993	8,7	11,5	17,5
1997	9,0	11,1	17,4
2001	7,3	11,5	22,3

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebungen 1993, 1997, 2001

Legt man als Maß für die Berechnung der Armutsquoten nicht die lokale Armutsschwelle zugrunde, sondern jene von Westdeutschland ergibt sich eine etwas andere Entwicklung[12]. Der Vergleich mit dem nationalen durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen kann dabei den Wohlstand einer Region relativ zum nationalen Standard messen, während der Bezug auf eine lokale Armutsschwelle etwa relevante Unterschiede in den Lebenshaltungskosten berücksichtigt (Jesuit, Rainwater, Smeeding, 2002: 8f.).

Tabelle 7: Einkommensarmut und Niedrigeinkommen in Nürnberg (Referenz: Westdeutschland)

Jahr	Strenge Armut (40 %-Schwelle)	Relative Armut (50 %-Schwelle)	Niedrigeinkommen (60 %-Schwelle)
1993	10,0	15,7	25,8
1997	10,2	15,5	28,9
2001	7,3	11,5	22,3

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2001

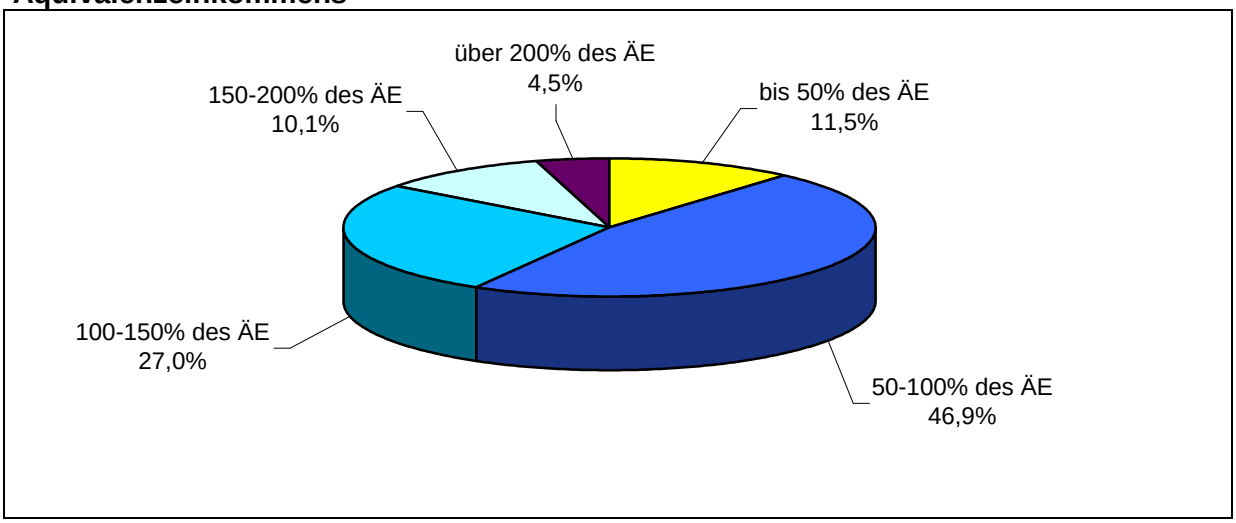
Nach dieser Berechnung liegen die Anteile der Haushalte, die unter der 50 %-Armutsschwelle leben für 1993 und 1997 deutlich höher als bei der Berechnung mit einer lokalen Armutsschwelle. 2001 bestehen hingegen praktisch keine Differenzen. Dies könnte auch auf eine unterschiedliche Qualität der Einkommensdaten zurückzuführen sein. Während 2001 bei der Erfassung der Haushaltseinkommen „nur" 8 % fehlende Werte vorliegen, waren es 1997 18 % und 1993 sogar 38 %.

[11] Allerdings ist dabei nicht geklärt, wie eine deutliche Abnahme von 1995 (13,0%) auf 1997 (8,4%) zustande kam. Es wird vermutet, dass auch Methodeneffekte (Änderung der Stichprobenstruktur, neue Frageformulierung) eine Rolle gespielt haben (vgl. Klocke, 2000: 316, Fn. 4).

[12] Dabei wurde auf Äquivalenzeinkommensberechnungen von Hanesch et al. (2000: 59) zurückgegriffen. Für 2001 wurde vorläufig das Äquivalenzeinkommen von 1998 mit einer jährlichen zweiprozentigen Steigerungsrate fortgeschrieben.

Betrachtet man die Verteilung auf Einkommensklassen (Abb. 10) zeigt sich, dass 58,4 % der Haushalte unter dem durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen liegen, wovon, wie gesehen, 11,5 % als arm definiert werden. Das heißt die Einkommen von 46,9 % der Haushalte liegen unterhalb des Äquivalenzeinkommens, aber über der 50 %-Grenze. Über ein monatliches Nettoeinkommen von über 200 % des Äquivalenzeinkommens verfügen 4,5 % der Nürnberger Haushalte, die somit als reich gelten.

Abbildung 10: Verteilung der Nürnberger Haushalte auf die Einkommensschwellen des Äquivalenzeinkommens



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2001

Im mittleren Einkommensbereich zwischen 50 % und 150 % des Äquivalenzeinkommens sind insgesamt 73,9 % der Nürnberger Haushalte angesiedelt. Im Zeitraum von 1993 bis 2001 ist der Anteil der Haushalte, die mit ihren Einkommen unter dem durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen liegen, zunächst zwischen 1993 und 1997 leicht zurückgegangen und dann zwischen 1997 und 2001 wieder angestiegen. Der Anteil in der obersten Einkommensklasse ist relativ konstant geblieben, während im Einkommensbereich von 150 % bis 200 % des Äquivalenzeinkommens ein Anstieg zu verzeichnen ist.

Tabelle 8: Verteilung der Privathaushalte auf die Einkommensschwellen des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens in Nürnberg 1993 - 2001

Jahr	bis 50 %	51 % - 100 %	101 % - 150 %	150 % - 200 %	mehr als 200 %
1993	11,5	48,3	27,5	7,9	4,7
1997	11,1	45,8	29,4	9,3	4,4
2001	11,5	46,9	27,0	10,1	4,5

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebungen 1993, 1997, 2001

Sozialstruktur der Haushalte in Armut und mit Niedrigeinkommen im Jahr 2001

Wie im vorherigen Abschnitt dargestellt, leben in Nürnberg 11,5 % der Haushalte in relativer Armut und 22,3 % in einer armutsnahen Einkommenssituation. Im Folgenden soll nun der Zusammenhang von relativer Armut und verschiedenen soziodemographischen Merkmalen näher untersucht werden[13].

[13] Alle folgenden Berechnungen wurden dabei auf Basis der alten OECD-Skala und des Mittelwertes vorgenommen.

Tabelle 9: Betroffenheit von Armut und Niedrigeinkommen in Nürnberg nach Haushaltsgrößen und -typen im Jahr 2001

Merkmal	Haushalte insgesamt	Haushalte in Armut	
		50 %-Schwelle	60 %-Schwelle
	Anteile in %		
Insgesamt:	100,0	11,5	22,3
Haushaltsgröße			
1-Personenhaushalt	37,6	7,0	18,4
2-Personenhaushalt	38,7	9,6	16,3
3-Personenhaushalt	11,8	16,9	30,5
4-Personenhaushalt	9,1	20,5	41,1
5-u.m.-Personenhaushalt	2,8	46,6	62,5
Haushaltstypen			
1-P.-Haush. bis 34 J.	8,0	14,6	25,2
1-P.-Haush. 35 – 64 J.	16,1	5,1	15,6
1-P.-Haush. 65 J. u. ält.	13,1	3,8	16,6
2-P.-Haush. 18 – 64 J.	24,1	7,5	14,1
2-P.-Haush., mind. 1 P. 65 J. u. ält., o. Ki.	12,6	7,0	13,9
3 o.m. Erwachsene	5,6	17,1	27,3
1 Erwachs., 1 o.m. Kinder (Alleinerz.)	3,2	45,3	55,6
2 Erwachs., 1 o.m. Kinder	15,0	19,0	37,2
3 o.m. Erwachs., 1 o.m. Kinder	2,3	31,8	50,6

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2001

Bei der Zahl der Personen im Haushalt ist ein linearer Zusammenhang mit der Armutsquote festzustellen. Das heißt, mit steigender Personenzahl nimmt die Armut zu. Während die Armutsquote bei Ein- und Zweipersonenhaushalten unter der durchschnittlichen liegt, ist sie bei den größeren Haushalten deutlich darüber. Bei Fünf- und Mehrpersonenhaushalten beträgt sie sogar 46,6 %. Nach Hanesch et al. (2000: 85) besteht dagegen für Gesamtdeutschland ein U-förmiger Zusammenhang. Demnach haben Einpersonenhaushalte höhere Armutsquoten als Zweipersonenhaushalte. Bei einer größeren Anzahl von Personen nimmt die Armut dann wieder zu. Dieser Zusammenhang zeigt sich beispielsweise auch für Berlin (Stadt Berlin, 2002: 43). Eine genauere Betrachtung der Haushaltstypen, die auch das Alter des Haushaltsvorstandes berücksichtigt, zeigt, dass auch in Nürnberg ein U-förmiger Verlauf zu finden ist, zumindest, wenn man die jüngeren Haushalte betrachtet.

Die Analyse der Haushaltstypen zeigt auch, dass Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren überproportional von Armut betroffen sind, und darunter insbesondere die Einelternhaushalte, die eine Armutsquote von 45,3 % aufweisen. Differenziert man nur nach Haushalten ohne Kindern und solchen mit Kindern, ergibt sich eine Armutsquote von 7,7 % bei Haushalten ohne Kinder gegenüber 24,6 % bei jenen mit Kindern. Berücksichtigt man auch die Anzahl der Kinder, ergibt sich für Paare mit einem Kind eine Quote von 12,6 %, für Paare mit zwei Kindern eine Quote von 17,8 % und für Paare mit drei oder mehr Kindern eine deutlich höhere von 47,7 %. Differenziert man auch die Alleinerzieherhaushalte nach der Anzahl der Kinder zeigt sich, dass Haushalte mit einem Kind unter 18 Jahren zu 41,3 % von Armut betroffen sind. Bei zwei Kindern beträgt der Anteil bereits 53,1 %. Das heißt jeder zweite dieser Haushalte ist von Armut betroffen. Die Fallzahlen bei Alleinerziehenden mit drei Kindern bzw. mit vier oder mehr Kindern betragen nur noch vier bzw. eins. Daher sind sinnvolle Aussagen über diese Gruppe nicht mehr möglich[14].

[14] Für weitergehende Analysen zu diesem Bereich sei auf das im November 2002 begonnene gemeinsame Projekt des Nürnberger Bündnisses für Familie und des Deutschen Jugendinstitutes „Entwicklung kommunaler Strategien zur Armutsprävention bei Alleinerziehenden" verwiesen.

Im Folgenden werden zur weiteren Beschreibung der Armutsbetroffenheit die soziodemographischen Merkmale des Haushaltsvorstandes, also jener Person, die am meisten zum Lebensunterhalt beiträgt, betrachtet, denn diese Merkmale bestimmen den Status der Haushaltsmitglieder wesentlich mit (vgl. Tabelle 10 auf der folgenden Seite).

- Die Armutsquoten von weiblichen Haushaltsvorständen liegen leicht höher als die der männlichen.
- Haushalte mit nichtdeutschen Haushaltsvorständen weisen überproportional hohe Armutsquoten auf und sind auch in der armutsnahen Position überproportional vertreten.
- Sehr deutliche Unterschiede bei den Armutsquoten zeigen sich zwischen jüngeren und älteren Haushalten. Haushaltsvorstände, die jünger als 35 Jahre sind, weisen überdurchschnittliche Quoten auf, wohingegen bei älteren Haushalten (ab 55 Jahre) die Quoten zwischen 4 % und 7 % liegen. Das Armutsrisiko ist demnach umso größer, je jünger die Haushaltsvorstände sind. Unter diese Gruppe der jungen Haushaltsvorstände dürfte aber auch eine ganze Reihe von Schülern, Studenten oder Auszubildenden fallen, für die dies nur eine vorübergehende Situation darstellt.
- Die Armutsquoten nach dem Familienstand des Haushaltsvorstandes unterschieden sich kaum.
- Die Armutsbetroffenheit nimmt mit zunehmender Schul- und Berufsbildung ab, allerdings überraschenderweise nicht durchgängig. Besonders betroffen sind erwartungsgemäß Haushaltsvorstände ohne schulischen Abschluss. Bei den anderen Abschlüssen ist das Bild nicht eindeutig. Haushaltsvorstände mit Abitur und mit (Fach-) Hochschulabschluss scheinen stärker betroffen zu sein, als Haushaltsvorstände mit mittlerem Abschluss. Eine genauere Analyse zeigt allerdings, dass es sich hier überwiegend um die jüngeren Altersgruppen handelt, bei denen sich eine Studienzeit mit geringem Einkommen an das Abitur anschließt.
- Im Hinblick auf die berufliche Bildung zeigt sich ebenfalls, dass Haushaltsvorstände ohne berufsbildenden Abschluss am stärksten von Armut betroffen sind. Bezüglich der Armutsgefährdung von Haushaltsvorständen mit (Fach-)Hochschulabschluss ist zu sagen, dass hier jene, die den Abschluss bereits besitzen, und jene, die ihn gegenwärtig noch anstreben, zusammengefasst wurden. Trennt man die beiden Gruppen ergibt sich nur noch eine Quote von 6,8 % bei abgeschlossener (Fach-)Hochschule, aber andererseits eine Quote von 49,0 % bei gegenwärtigem Besuch einer Hochschule.
- Haushalte mit erwerbstätigen Haushaltsvorständen sind unterdurchschnittlich von relativer Armut betroffen, ebenso Rentner- und Pensionärshaushalte.
- Überproportional sind dagegen Haushalte mit arbeitslosen Haushaltsvorständen sowie Schüler- und Studentenhaushalte betroffen. Auch Haushalte, bei denen der Haushaltsvorstand angibt, Hausfrau bzw. Hausmann zu sein, sind überdurchschnittlich betroffen. Dabei ist anzumerken, dass in diesen Gruppen einige Personen angaben, auch erwerbstätig zu sein. Für die Analyse wurde aber ihr Status als Rentner, Student, Arbeitsloser usw. als den Erwerbsstatus bestimmend angesehen.
- Hinsichtlich der beruflichen Stellung sind un- und angelernte Arbeiter, den Erwartungen entsprechend, am stärksten von relativer Armut betroffen. Höhere Angestellte und Beamte, sowie mittlere Angestellte und Beamte tragen dagegen ein äußerst geringes Armutsrisiko.
- Schließlich ist Armutsbetroffenheit wesentlich seltener in Eigentümer- als in Mieterhaushalten vorzufinden.

Tabelle 10: Betroffenheit von Armut und Niedrigeinkommen in Nürnberg nach Merkmalen des Haushaltsvorstandes im Jahr 2001

Merkmal	Haushalte insgesamt	Haushalte in Armut	
		50 %-Schwelle	60 %-Schwelle
	Anteile in % *)		
Insgesamt:	100,0	11,5	22,3
Geschlecht des Haushaltsvorstandes			
männlich	59,6	9,9	20,0
weiblich	40,4	11,6	24,1
Nationalität des Haushaltsvorstandes			
deutsch	86,7	8,2	18,6
nicht deutsch	13,3	17,0	25,9
Alter des Haushaltsvorstandes			
18 bis 24 Jahre	4,0	34,6	55,0
25 bis 34 Jahre	16,6	15,0	27,7
35 bis 44 Jahre	21,8	11,0	22,5
45 bis 54 Jahre	16,9	9,4	19,1
55 bis 64 Jahre	16,1	6,6	15,4
65 bis 74 Jahre	13,4	7,2	15,5
75 Jahre und älter	11,1	(4,2)	17,1
Familienstand des Haushaltsvorstandes			
ledig	24,0	11,5	21,8
verheiratet, Partnerschaft	47,7	10,9	20,7
verwitwet, getr. leb., gesch.	28,3	9,7	23,0
Allgemein bildender Abschluss des Hh.vorstands			
kein Abschluss	3,1	36,6	58,1
Volks-,Hauptschule	43,3	10,9	24,8
mittlere Reife	26,0	7,4	16,2
Abitur, Hochschulreife	27,6	9,6	16,8
Berufsbildender Abschluss des Hh.vorstands			
kein Abschluss	7,0	25,8	44,3
Berufs(fach)schule	54,4	9,9	21,9
Fachschule	12,9	(4,6)	14,5
Hoch-, Fachhochschule	25,7	9,9	15,4
Erwerbsstatus des Hh.vorstands			
erwerbstätig	70,2	9,0	18,3
nicht erwerbstätig	29,9	15,3	30,7
Erwerbsstatus des Hh.vorstands (differenziert)			
erwerbstätig	62,1	8,0	16,9
Rentner/-in; Pensionär/-in	26,3	7,0	17,4
Schüler/-in; Student/-in; Wehr- o. Zivild.	2,1	58,2	80,3
arbeitslos	3,8	36,1	74,8
Hausfrau; Hausmann	1,9	33,9	50,8
nicht erwerbstätig	3,9	17,7	31,5
Berufliche Stellung des Hh.vorstands			
Selbständige, mithelfende Fam.angeh.	11,4	6,9	14,8
höhere Angestellte/ Beamte	14,5	(1,5)	5,1
Mittlere Angestellte, Beamte gehobener/ mittlerer Dienst; Meister	30,8	(2,2)	6,7
Einfache Angestellte/Beamte; Facharbeiter; Auszubildende	33,7	11,9	24,5
Un- und angelernte Arbeiter/-in	9,6	33,3	57,4
Wohnstatus			
Mieterhaushalt	68,1	14,1	27,0
Eigentümerhaushalt	31,9	5,2	11,2

*) Bei Fallzahlen unter 20 sind die Werte in Klammern gesetzt

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2001

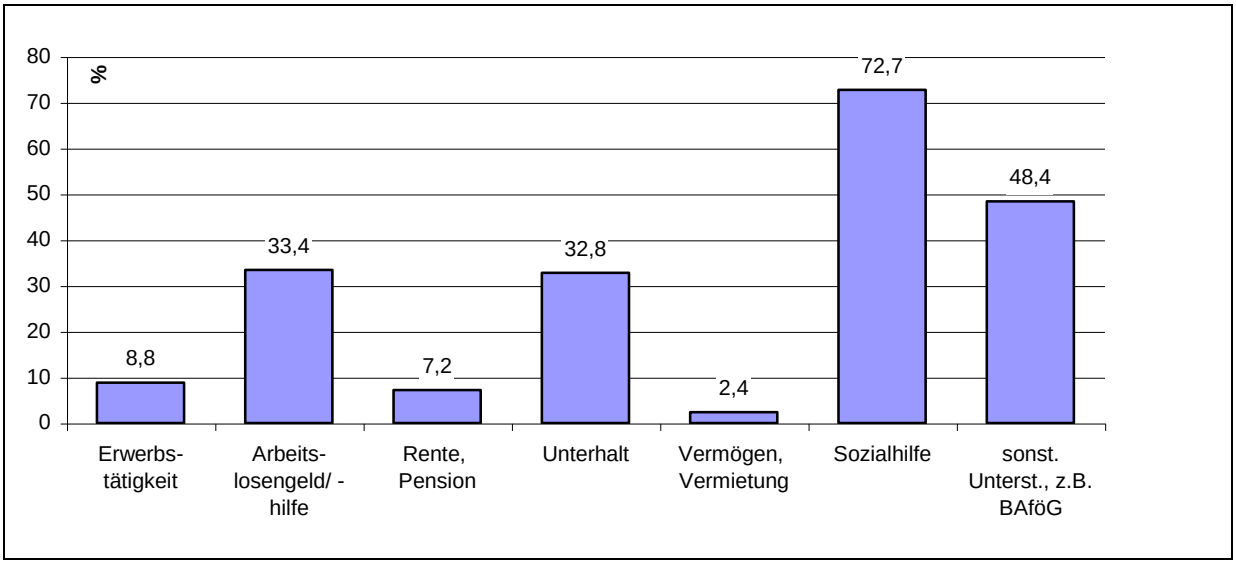
Eine weiterführende Kontrastgruppenanalyse[15] kommt zu dem Ergebnis, dass insbesondere Haushalte, in denen Schüler und Studenten Haushaltsvorstände sind, von relativer Einkommensarmut betroffen sind. Bei dieser Gruppe handelt es sich allerdings nur um eine temporäre Armutsbetroffenheit. Weitere Gruppen, bei denen der Anteil an relativ Armen sehr groß ist, sind Haushalte in denen der Haushaltsvorstand arbeitslos bzw. Hausfrau/-mann und jünger als 44 Jahre ist, sowie Drei- und Vierpersonenhaushalte, in denen der Haushaltsvorstand erwerbstätig oder Rentner und weiblichen Geschlechtes ist. Auf Wunsch kann diese Sonderanalyse angefordert werden.

Nach den soziodemographischen Merkmalen soll nun die Frage untersucht werden, wie die Armutsbetroffenheit mit den Einkommensarten des Haushaltes zusammenhängen (vgl. Abbildung 11, nächste Seite).

Von den Haushalten, die Einkommen aus Erwerbstätigkeit zu ihren Einkommensquellen zählen (es waren Mehrfachantworten möglich), sind lediglich 8,8 % potentiell von Armut betroffen, während von den Haushalten, die Arbeitslosengeld bzw. –hilfe als Einkommensquelle angeben, 33 % betroffen sind. Die höchsten Armutsquoten finden sich bei Haushalten, die Sozialhilfe als eine ihrer Einkommensquellen bezeichnen. Beinahe drei Viertel dieser Haushalte sind von Armut betroffen. Ebenfalls weit überdurchschnittlich ist der Anteil relativ armer Haushalte unter jenen Haushalten, die sonstige Unterstützungen, wie BaföG oder Wohngeld, beziehen, sowie unter Haushalten, die Unterhalt durch Angehörige, die nicht zum Haushalt gehören, beziehen. Die Armutsquote von 7,2 % bei Haushalten, die Renten oder Pensionen beziehen, spricht dafür, dass Altersarmut heute eine geringere Rolle spielt.

[15] Mit dieser Methode wird eine Population anhand von unabhängigen Variablen in verschiedene Teilpopulationen eingeteilt, so dass eine abhängige Variable (in diesem Fall die Armutsbetroffenheit) in den verschiedenen Teilpopulationen signifikant unterschiedliche Ausprägungen aufweist. Die Trennung in die Teilpopulationen erfolgt dabei auf der Basis von Chi-Quadrat-Statistiken (Bühl/Zöfel, 2000: 19). Dabei ist zu bedenken, dass sich durch den Ausschluss von Fällen mit fehlenden Werten die Fallzahlen stark reduzieren. Von den verbleibenden 2 631 Haushalten mit gültigen Angaben bei allen unabhängigen Variablen fallen nur noch 8% unter die 50%-Armutsschwelle gegenüber 11,5% unter allen Haushalten. Als unabhängige Variablen wurden alle Variablen aus der vorhergehenden bivariaten Betrachtung einbezogen. Die maximale Baumtiefe, d.h. die Anzahl der Stufen unter dem Stammknoten, wurde auf drei beschränkt. Die Mindestanzahl an Fällen in den Unterknoten sollte 50 betragen.

Abbildung 11: Haushalte unter der 50 %-Armutsschwelle nach dem überwiegenden Lebensunterhalt des Haushaltes



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2001

Einen Hinweis auf die finanzielle Lage der Nürnberger Haushalte können auch zwei weitere Fragen, die in den Wohn- und Haushaltserhebungen regelmäßig erfasst werden, geben. Dies ist zum einen die Frage danach, ob es in den letzten 12 Monaten einmal schwierig war, die Ausgaben für Lebensmittel, Miete und andere Rechnungen zu bezahlen. Zum anderen wurde danach gefragt, ob die Befragten innerhalb einer Woche ohne fremde Hilfe 1 532 € (3 000 DM) aufbringen könnten. Auch diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass ein nicht zu unterschätzender Anteil der Nürnberger Haushalte mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. So gaben 22,6 % der Befragten an, dass es für ihren Haushalt in den letzten 12 Monaten einmal schwierig war, wichtige Ausgaben (Lebensmittel, Miete, etc.) zu bezahlen. Im Jahr 1996 traten diese finanziellen Probleme noch bei etwas weniger Haushalten, nämlich bei jedem fünften auf. 1995 war es noch jeder Sechste, der einmal von einer wirtschaftlich prekären Lage betroffen war und 1989 „nur“ jeder Neunte (Stadt Nürnberg, 1997). Besonders häufig betroffen von derartigen finanziellen Problemsituationen sind Alleinerziehende (55,5 %) und Familien mit Kindern (33 %). Unter den Haushalten mit arbeitslosen Haushaltsvorständen sind es sogar 63,9 %, die von einer solchen finanziell prekären Situation betroffen waren. Die Frage, ob der Haushalt binnen einer Woche 1 532 € (3 000 DM) ohne fremde Hilfe aufbringen könnte, wird von 28,1 % der Befragten verneint. Dieser Anteil hat sich seit 1989 kaum verändert. 1989 lag er bei 27 %, 1995 bei 27,9 % und 1996 bei 27,2 %. Hier zeigen sich allerdings ebenfalls starke Unterschiede zwischen den verschiedenen Haushaltstypen. Von den Alleinerziehenden sind zwei Drittel (66,7 %) nicht in der Lage, diese Summe aufzubringen, und von den Arbeitslosenhaushalten fast drei Viertel (74,2 %).

Öffentliche Armut

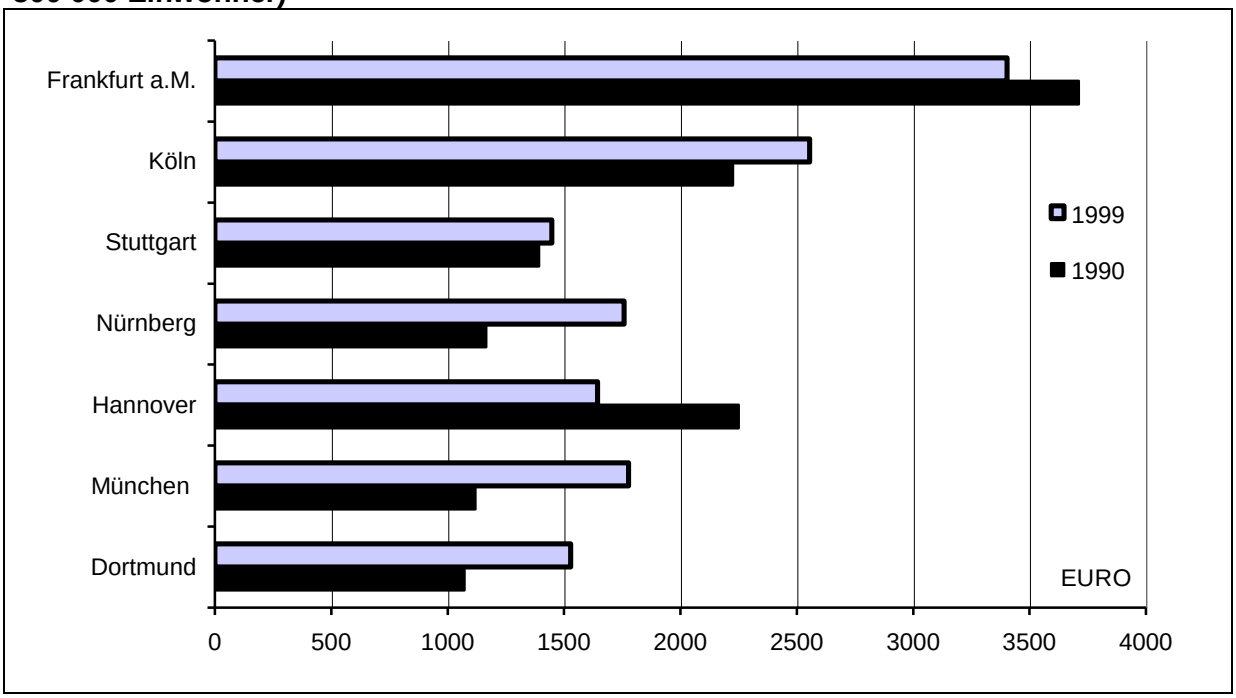
Die im vorangegangenen Abschnitt beschriebene Armutssituation und –entwicklung „bedeutet aber nicht nur eine zunehmende Abhängigkeit der Bürger von staatlichen Transfers und wachsende Ausgaben für Sozialhilfe, sondern auch eine Zunahme der kommunalen Verschuldung“ (Dangschat, 1997: 86). Der Zustand der Kommunalfinanzen ist eines der Schwerpunktthemen in der derzeitigen politischen Diskussion. Die deutschen Städte und Gemeinden leiden unter einer extrem angespannten Haushaltssituation, die auf einen dringenden Reformbedarf hinweist. Auch nach den Ergebnissen der jährlichen Städteumfrage des Deutschen Institutes für Urbanistik (DIFU) wird dem Problembereich „Kommunalfinanzen, Haushaltskonsolidierung“ die höchste Priorität beigemessen (Brettschneider, 2002: 28),

wie dies auch schon Mitte der 90er Jahre der Fall war (Dangschat, 1997: 86). Dabei sind die steigenden Ausgaben nicht nur auf die steigenden Sozialausgaben, sondern auch auf Maßnahmen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes zurückzuführen.

Als ein Indikator der Kommunalfinanzen soll im folgenden die Höhe der Schulden je Einwohner dargestellt und mit anderen Kommunen verglichen werden. Dieser Indikator zählt auch zu den 24 Kern-Indikatoren im Rahmen der lokalen Agenda 21, die an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) im Auftrag einzelner Landesumweltministerien entworfen wurden (vgl. Teichert, 2001). Als Begründung für die Heranziehung dieses Indikators wird die Belastung künftiger Generationen durch kommunale Schulden angeführt. „Bei einer steigenden Schuldenbelastung der Einwohner kann dies letztlich dazu führen, dass die Kommunen als Folge der wachsenden Zinszahlungen weniger Handlungsspielräume haben, um beispielsweise Sozialleistungen zu gewähren und umweltpolitische Maßnahmen durchzuführen“ (Teichert, 2001: 95).

In Nürnberg lagen die Schulden je Einwohner im Jahr 2001 bei 1 760 €. Sie sind damit seit 1999 (1 764 €) praktisch konstant geblieben. Im Jahr 1996 betrug der Schuldenstand je Einwohner 1 715 €. Dies bedeutet somit einen geringfügigen Zuwachs von 2,6 %. Der Schuldenstand je Einwohner in Nürnberg liegt 2001 in etwa der gleichen Höhe wie jener der Landeshauptstadt München (1 750 €). Dort ist allerdings seit 1996 ein Rückgang um ca. 9 % zu verzeichnen. Einen vergleichbaren Schuldenstand je Einwohner haben auch Städte wie Dresden (1 736 €), Leipzig (1 777 €) oder Dortmund (1 607 €), während Städte wie Stuttgart (1 295 € im Jahr 2000) oder Hannover (1 343 €, jedoch noch 1 770 € im Jahr 2000) einen geringeren Schuldenstand aufweisen. Deutlich höhere Schuldenstände sind etwa in Köln (2 605 €) oder Frankfurt (2 909 €) vorzufinden. Die Nachbarstädte Fürth und Erlangen hatten im Jahr 2000 noch vergleichbare, wesentlich niedrigere Schulden je Einwohner als Nürnberg (1 223 € bzw. 1 211 €). Im Jahr 2001 ist für Fürth allerdings ein auffälliger Anstieg zu verzeichnen, so dass die Werte nun 1 524 € für Fürth und 1 210 € für Erlangen betrugen.

Abbildung 12: Schulden je Einwohner (Nürnberg im Vergleich mit Großstädten über 500 000 Einwohner)

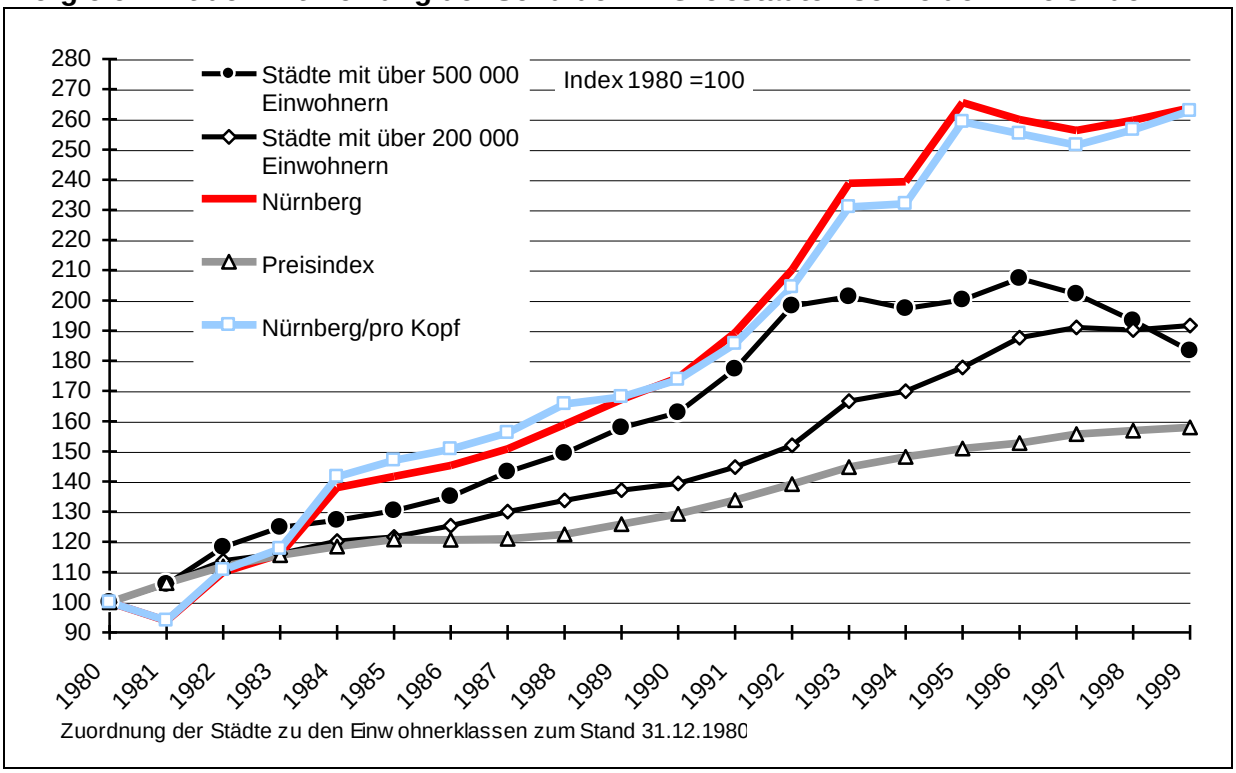


Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden

Abb. 12 zeigt einen Vergleich der Schuldenentwicklung ausgewählter Großstädte in den 90er Jahren. Eine ähnliche Entwicklung ist hier bei Nürnberg, München und Dortmund festzustel-

len, die alle einen deutlichen Anstieg aufweisen, während etwa Hannover die Schulden je Einwohner senken konnte, ebenso wie Frankfurt, das aber von einem wesentlich höheren Niveau als die anderen Städte ausging und immer noch die bei weitem höchsten Schulden je Einwohner der Vergleichsstädte aufweist. Dass für Nürnberg gerade in den Neunziger Jahren ein starken Anstieg zu verzeichnen war und sich die Stadt in diesem Zeitraum von der Entwicklung anderer Städte mit über 500 000 Einwohnern abgekoppelt hat, verdeutlicht auch Abbildung 13, die die Entwicklung der Schulden in Nürnberg seit 1980 darstellt.

Abbildung 13: Entwicklung der Schulden und der Pro-Kopf-Schulden in Nürnberg im Vergleich mit der Entwicklung der Schulden in Großstädten sowie dem Preisindex



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden

Beim Versuch der Haushaltskonsolidierung durch Kürzung von Leistungen im Bereich der sozialen Integration oder der Prävention sozialer Folgekosten sollte aber bedacht werden, dass dies einen Bumerangeffekt auslösen kann. So räumen die Oberbürgermeister in ihrem Manifest „Rettet unsere Städte jetzt!“ ein: „In vielen Bereichen müssen wir sogar Maßnahmen ergreifen, von denen wir wissen, dass sie kontraproduktiv sind: Manche Kürzungen im Jugendbereich zum Beispiel können schnell Erziehungsprobleme verschärfen. (...) Wir wissen auch, dass der Abbau städtischer Dienstleistungen die Ärmsten am stärksten trifft“ (Bungert u.a., 1994 zit. nach Alisch/Dangschat, 1998: 110).

Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen sowie verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Das durch Erwerbstätigkeit bzw. Vermögen erzielte Bruttoeinkommen (Primäreinkommen) stellt einen wichtigen Indikator des Wohlstandes der Bevölkerung dar. Dieses Primäreinkommen lag in Nürnberg für das Jahr 2001 nach Daten des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung bei 20 716 € je Einwohner, und damit knapp über dem bayerischen Durchschnitt von 20 574 €. Das Primäreinkommen je Einwohner lag damit unter jenem anderer bayerischer Städte wie München (28 623 €) oder der Nachbarstädte Erlangen (23 593 €) und Fürth (21 417 €) (Bayer. Landesamt für Statistik, Statistische Berichte

P I 4 j/01). Von 1991 bis 2001 war in Nürnberg ein Zuwachs des Primäreinkommens je Einwohner von 26,5 % zu verzeichnen. München hatte in diesem Zeitraum einen Zuwachs von 33,5 %, Erlangen von 23,0 % und Fürth von 20,6 %.

Ein noch aussagefähigerer Indikator des materiellen Wohlstandes ist allerdings das verfügbare Einkommen, welches sich aus den empfangenen Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen, gekürzt um „staatliche Zwangsabgaben“ (Steuern, Sozialabgaben, usw.) und erhöht um Transfers (Renten, Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe, Kindergeld, u.ä.), ergibt. Diese Größe steht den privaten Haushalten für privaten Verbrauch und Ersparnisse zur Verfügung und stellt somit das Konsumpotenzial bzw. die Kaufkraft der Bevölkerung dar. Es belief sich 2001 in Nürnberg je Einwohner auf 17 863 € (bayerischer Durchschnitt: 16 660 €). München lag mit 21 367 € relativ deutlich darüber, die Einwohner in den Nachbarstädten Erlangen (17 854 €) und Fürth (17 926 €) hatten dagegen etwa gleich viel zur Verfügung. Nürnberg konnte bei den verfügbaren Einkommen seit 1991 einen Zuwachs von 29,9 % erreichen, ein Zuwachs, der leicht unter der bayerischen Zuwachsrate von 32,4 % lag. Für München lag der Anstieg bei 30,2 %, für Erlangen bei 23,6 % und für Fürth bei 20,0 %.

2.4 Sozialhilfe und Armut

„Die Sozialhilfe unterstützt diejenigen, deren Einkommen oder Vermögen zur Deckung des Existenzminimums nicht ausreicht, z. B. weil sie keine Ansprüche aus den vorgelagerten Versicherungs- und Versorgungssystemen erwerben konnten (Nachrang)“ (BMA, 2001: 74). Die Sozialhilfe hat also in Deutschland die Funktion einer universellen Grundsicherung. Teilweise wird daher auch von der Sozialhilfe als letztem sozialen Netz gesprochen (Hanesch et al., 2000:122). Die Sozialhilfe umfasst Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen. Aufgabe der Sozialhilfe ist es, den Empfängern der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Hilfe soll ihn soweit wie möglich befähigen, unabhängig von ihr zu leben; hierbei muss er nach Kräften mitwirken (Bundessozialhilfegesetz). Nach dem Prinzip der Individualisierung hat sich die Sozialhilfe nach der Besonderheit des Einzelfalles zu richten. Außerdem soll sie nicht nur das rein physische Überleben sichern, sondern das so genannte soziokulturelle Existenzminimum, also etwa auch die Teilnahme am kulturellen Leben. Schließlich ist die Sozialhilfe als Hilfe zur Selbsthilfe angelegt. Das heißt, die Empfänger sollen befähigt werden, unabhängig von ihr zu leben (BMA, 2001: 74).

Dabei lässt sich der Sozialhilfebezug nicht direkt mit Armut gleichsetzen, da dies dazu führen würde, dass eine Anhebung des Sozialhilfeniveaus eine Erhöhung der Armut und eine Absenkung des Sozialhilfeniveaus eine Verringerung der Armut bedeutet (BMA, 2001: 74; Hanesch et al., 2000: 123). Außerdem nehmen nicht alle Menschen ihnen zustehende Sozialhilfeleistungen in Anspruch. Man spricht in diesem Fall von verdeckter Armut im Unterschied zur so genannten bekämpften Armut der Sozialhilfeempfänger (Bartelheimer, 1997: 89f.).

Der Schwerpunkt der Darstellung wird auf Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) liegen, die außerhalb von Einrichtungen leben. Die Hilfe zum Lebensunterhalt dient der Deckung des Grundbedarfs des täglichen Lebens (Ernährung, Kleidung, Unterkunft usw.). Der Bedarf setzt sich dabei zusammen aus dem Regelsatz, der jährlich neu festgelegt wird, einmaligen Leistungen, Mehrbedarfszuschlägen für Personengruppen in speziellen Lebenssituationen (z.B. Alleinerziehende, alte Menschen) und den Kosten der Unterkunft inklusive der Heizkosten. Die zweite Hilfeart der Sozialhilfe, die Hilfe in besonderen Lebenslagen, wird dagegen nur bestimmten Personengruppen in besonderen Lebenssituationen gewährt. Dazu zählen z. B. die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die Hilfe zur Pflege oder die Krankenhilfe.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt wird fallbezogen gewährt, wobei eine Bedarfsgemeinschaft als Fall bezeichnet wird. Eine Bedarfsgemeinschaft bilden alle Personen, die hilfebedürftig sind und miteinander eine Einsatzgemeinschaft bilden, d.h. die gegenseitig unterstützungspflichtig sind. Dazu gehören die nicht getrennt lebenden Ehegatten und die im Haushalt lebenden minderjährigen unverheirateten Kinder, sofern diese bedürftig sind, aber auch Personen, die in eheähnlicher Gemeinschaft leben und ihre im Haushalte lebenden minderjährigen, unverheirateten Kinder, sofern sie bedürftig sind. Eine Bedarfsgemeinschaft kann aber auch aus nur einer Person bestehen.

Träger der Sozialhilfeausgaben sind sowohl die Stadt Nürnberg (örtlicher Träger) als auch der Bezirk Mittelfranken (überörtlicher Träger). Der Bezirk Mittelfranken als überörtlicher Träger ist für alle Hilfen in Anstalten und Heimen, Teilbereichen der Eingliederungshilfe sowie für alle Hilfen an Ausländer zuständig. Allerdings wurde die Stadt Nürnberg vom Bezirk Mittelfranken beauftragt einige dieser Aufgaben durchzuführen.
Am 31.12.2002 waren in Nürnberg 27 938 Personen auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen) angewiesen.

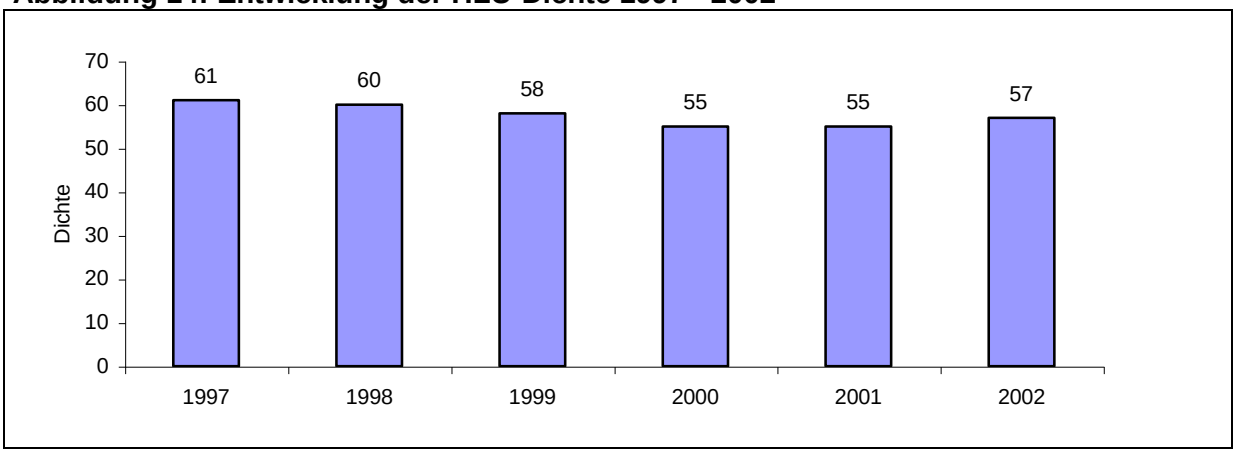
Tabelle 11: Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zum 31.12. des jeweiligen Jahres

Jahr	Anzahl der Personen
1997	29 935
1998	29 247
1999	28 433
2000	26 975
2001	26 969
2002	27 938

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts

Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 3,6 %. Damit hat sich der seit 1997 anhaltende Trend zu sinkenden HLU-Empfängerzahlen im Jahr 2002 umgedreht.

Abbildung 14: Entwicklung der HLU-Dichte 1997 - 2002



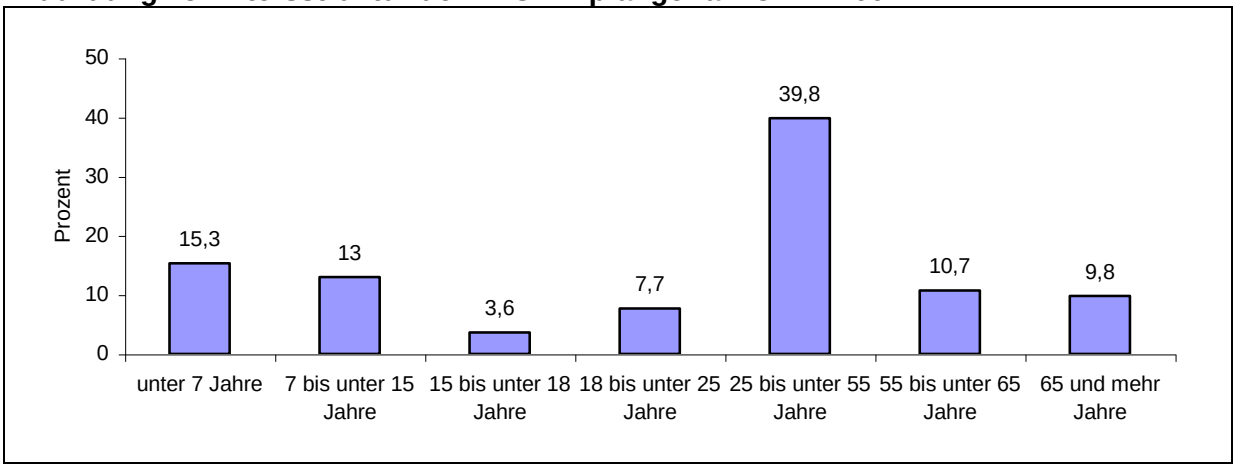
Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts, eigene Berechnungen

Auch bei Betrachtung der Sozialhilfedichte, also der HLU-Empfänger pro 1 000 Einwohner, zeigt sich ein Rückgang von 9,8 % zwischen 1997 und 2001 und ein nachfolgender Anstieg im Jahr 2002.

Altersstruktur

Ein wichtiges Differenzierungsmerkmal des HLU-Bezugs ist das Alter der Empfänger.

Abbildung 15: Altersstruktur der HLU-Empfänger am 31.12.2002

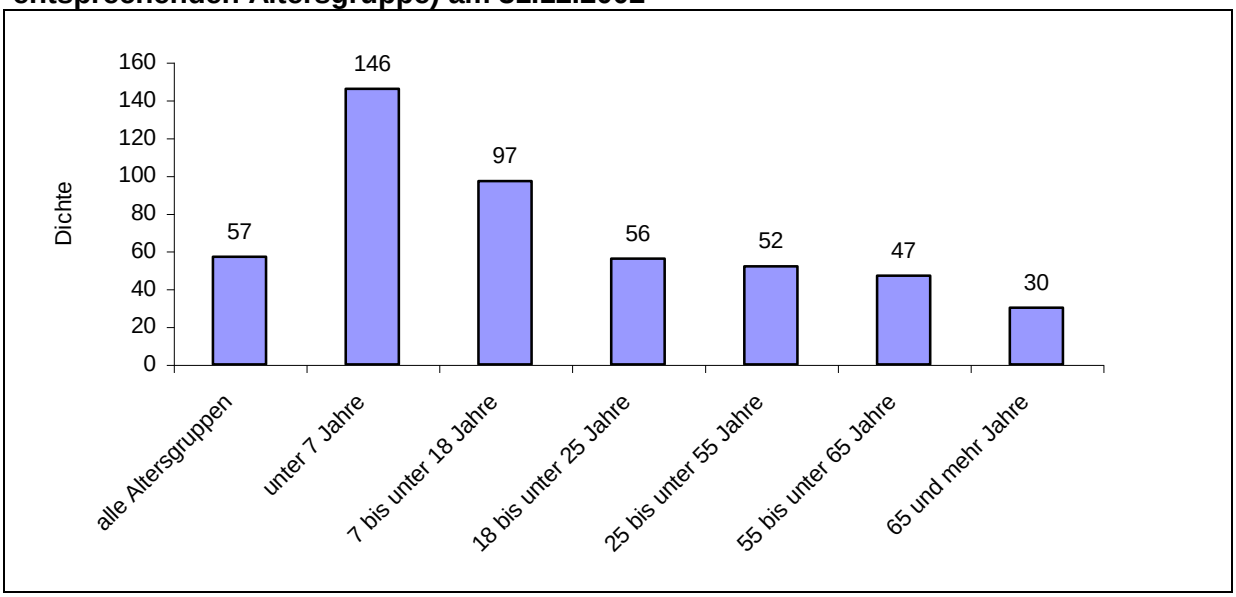


Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts, eigene Berechnungen

Ein knappes Drittel (31,9 %) der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt waren am 31.12.2002 Minderjährige. Dies entspricht 8 923 Personen. Die 18- bis unter 25jährigen haben einen Anteil von 7,7 % (2 146 Personen) an allen HLU-Empfängern. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 25 Jahren zusammen liegt bei 39,6 % (11 069 Personen). Im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) befinden sich 61,9 % der Empfänger (17 282 Personen), 9,8 % (2 744 Personen) sind 65 Jahre und älter.

Betrachtet man die Empfängerdichte je Altersgruppe, d.h. die Anzahl der HLU-Empfänger je 1 000 Einwohner der entsprechenden Gruppe, zeigt sich eine große Spannbreite. Demnach ist die Armut, gemessen am HLU-Bezug, vor allem durch Kinderarmut gekennzeichnet. So sind von 1 000 Kindern der Altersgruppe unter 7 Jahren 146 Hilfeempfänger und bei den 7- bis unter 18jährigen 97. Die Altersgruppen ab 18 Jahren lagen unter dem Nürnberger Durchschnitt von 57. Bei den Erwachsenen sind die Unterschiede bei den unter 65jährigen gering, während die Empfängerdichte bei den 65jährigen und Älteren bei „nur“ 30 liegt. Insgesamt lässt sich mit zunehmenden Alter eine abnehmende Empfängerdichte feststellen.

Abbildung 16: HLU-Dichte nach Altersgruppen (HLU-Bezieher pro 1 000 Einwohner der entsprechenden Altersgruppe) am 31.12.2002



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts, eigene Berechnungen

Differenziert man die alterspezifischen Dichtewerte weiter nach dem Geschlecht, zeigt sich, dass die Empfängerdichte bei den Frauen insgesamt leicht höher liegt. Nach Altersgruppen getrennt liegt die Empfängerdichte vor allem bei Frauen im erwerbsfähigen Alter von 18 bis unter 55 Jahren wesentlich höher als die der Männer, sowie bei den über 75jährigen.

Tabelle 12: HLU-Dichte nach Alter und Geschlecht am 31.12.2002

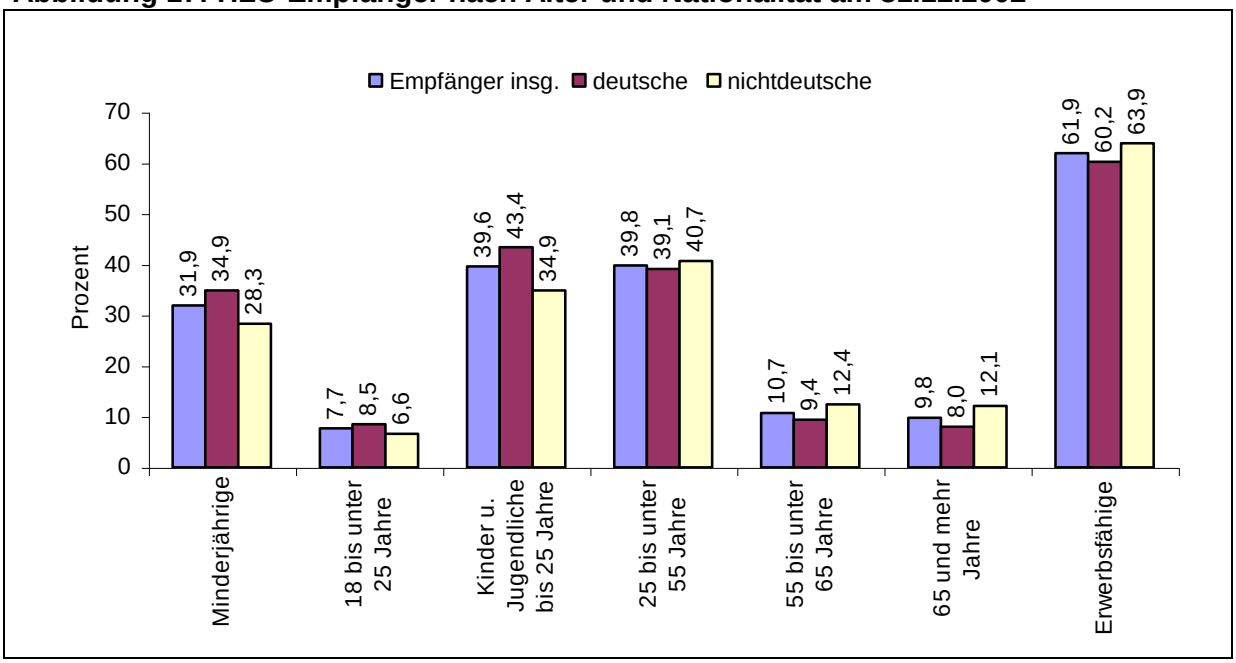
Altersgruppe	weiblich	männlich
unter 7 Jahre	141	150
7 bis unter 15 Jahre	108	103
15 bis unter 18 Jahre	78	76
18 bis unter 25 Jahre	68	43
25 bis unter 55 Jahre	60	45
55 bis unter 65 Jahre	49	45
65 bis unter 75 Jahre	36	39
75 und mehr Jahre	22	16
insgesamt	60	55

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts, eigene Berechnungen

Nationalität

Am 31.12.2002 erhielten 12 461 nichtdeutsche Empfänger laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen[16]. Ihr Anteil an allen Hilfebeziehern betrug damit 44,6 %. Die größte Gruppe der ausländischen Empfänger waren Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit (22,1 %). Die zweitgrößte Gruppe bildeten Personen mit irakischer Staatsangehörigkeit (16,8 %), gefolgt von Personen mit türkischer (12,6 %) und russischer (11,6 %). Diese vier Gruppen machen somit 63,1 % der ausländischen HLU-Bezieher aus.
28,3 % (3 522 Personen) der nichtdeutschen Hilfeempfänger waren jünger als 18 Jahre und weitere 6,6 % (828 Personen) unter 25 Jahre. 34,9 % bzw. 4 350 der nichtdeutschen Hilfeempfänger waren somit Kinder und Jugendliche unter 25 Jahren. Personen in der Altersgruppe von 25 bis unter 55 Jahren machten 40,7 % (5 070 Personen) der nichtdeutschen Empfänger aus, 12,4 % (1 539 Personen) waren im Alter von 55 bis unter 65 und weitere 12,1 % (1 502 Personen) 65 Jahre und älter. Im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren befanden sich insgesamt 63,9 % (7 962 Personen) der nichtdeutschen Hilfeempfänger. Die Altersstrukturen der deutschen und nichtdeutschen Empfänger weichen somit leicht voneinander ab, insbesondere im Bereich der jüngeren und der älteren HLU-Bezieher.

Abbildung 17: HLU-Empfänger nach Alter und Nationalität am 31.12.2002



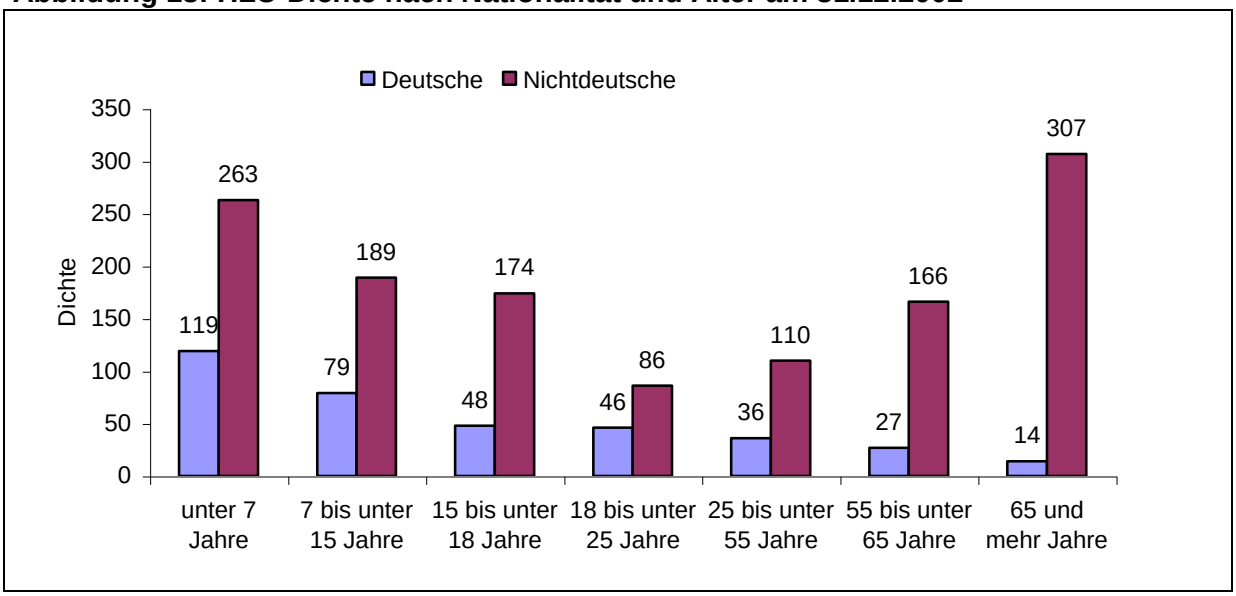
Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts

Deutliche Unterschiede zeigen sich bei der HLU-Dichte (HLU-Bezieher pro 1 000 Einwohner). So liegt die HLU-Dichte der deutschen Bevölkerung bei 38, während bei Nichtdeutschen 140 Empfänger je 1 000 nichtdeutscher Einwohner zu verzeichnen sind.

Die Betrachtung der HLU-Dichte nach Alter und Nationalität zeigt, dass sowohl bei Deutschen als auch Nichtdeutschen Kinder überdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Sehr große Unterschiede zeigen sich allerdings bei den älteren Personen. Die Deutschen weisen bei den 65jährigen und Älteren 14 Empfänger pro 1 000 Einwohner dieser Altersgruppe auf. Bei den Nichtdeutschen gleichen Alters liegt die HLU-Dichte dagegen bei 307.

[16] Asylbewerber/-innen sind hierbei nicht berücksichtigt, da sie seit 1993 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

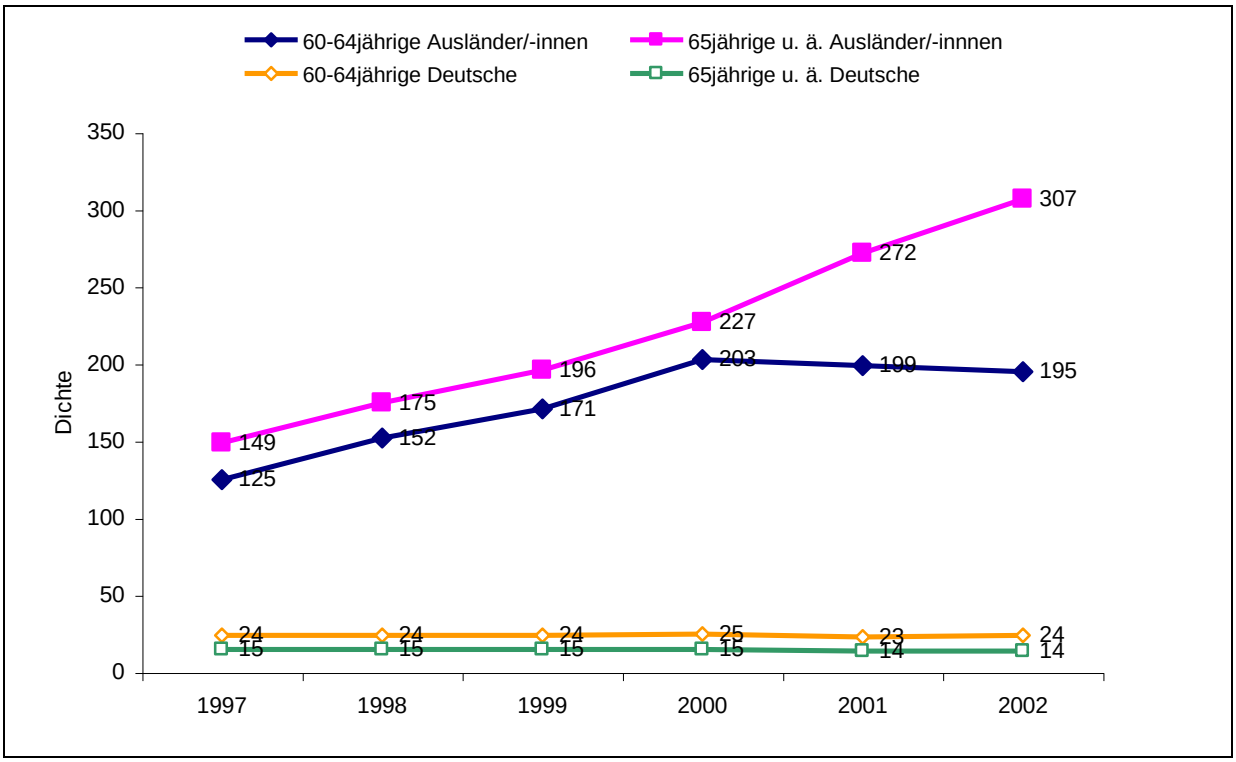
Abbildung 18: HLU-Dichte nach Nationalität und Alter am 31.12.2002



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts, eigene Berechnungen

Betrachtet man die Entwicklung der HLU-Dichte bei den 60jährigen und Älteren im Zeitverlauf von 1997 bis 2002 (Abbildung 19) erkennt man, dass bei den Deutschen der Anteil der HLU-Empfänger an 1 000 Einwohnern der entsprechenden Gruppe relativ konstant auf niedrigem Niveau bleibt. Die älteren Ausländer/-innen weisen dagegen sehr hohe HLU-Dichten auf, die in den letzten Jahren stetig angestiegen sind. Eine ähnliche Entwicklung ist auch für München festzustellen (Stadt München, 2002: 33).

Abbildung 19: Entwicklung der HLU-Dichte 1997 – 2002 bei älteren Menschen nach Nationalität

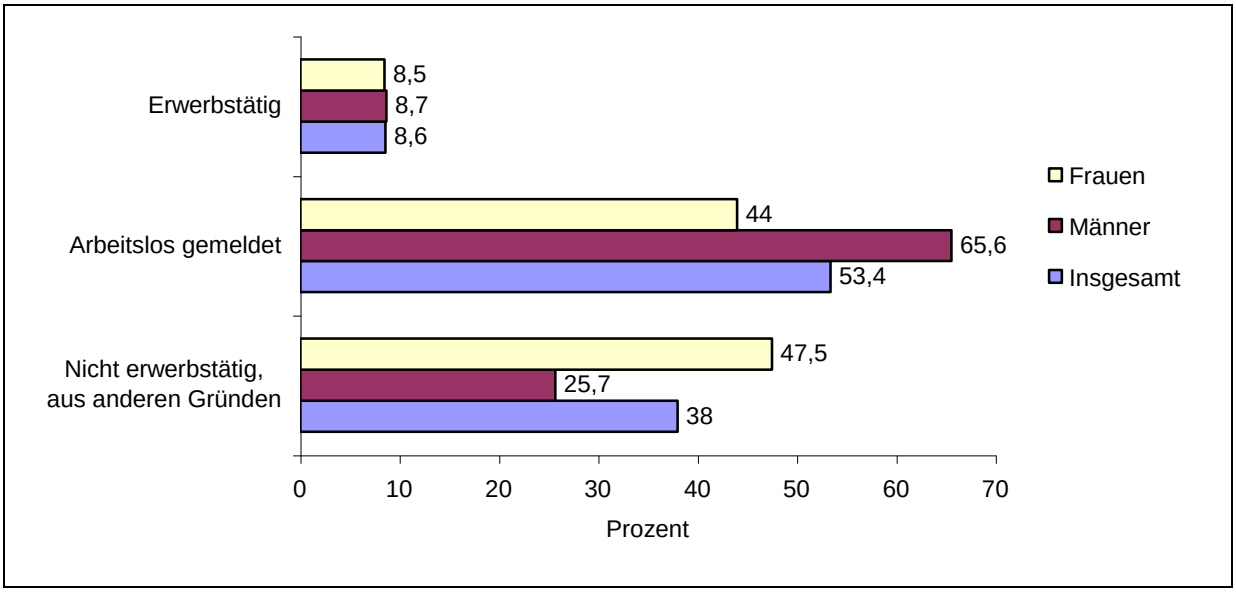


Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts, eigene Berechnungen

Erwerbsstatus

Die Darstellung des Erwerbsstatus bezieht sich auf jene 62 % aller HLU-Empfänger, die sich im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren befinden.

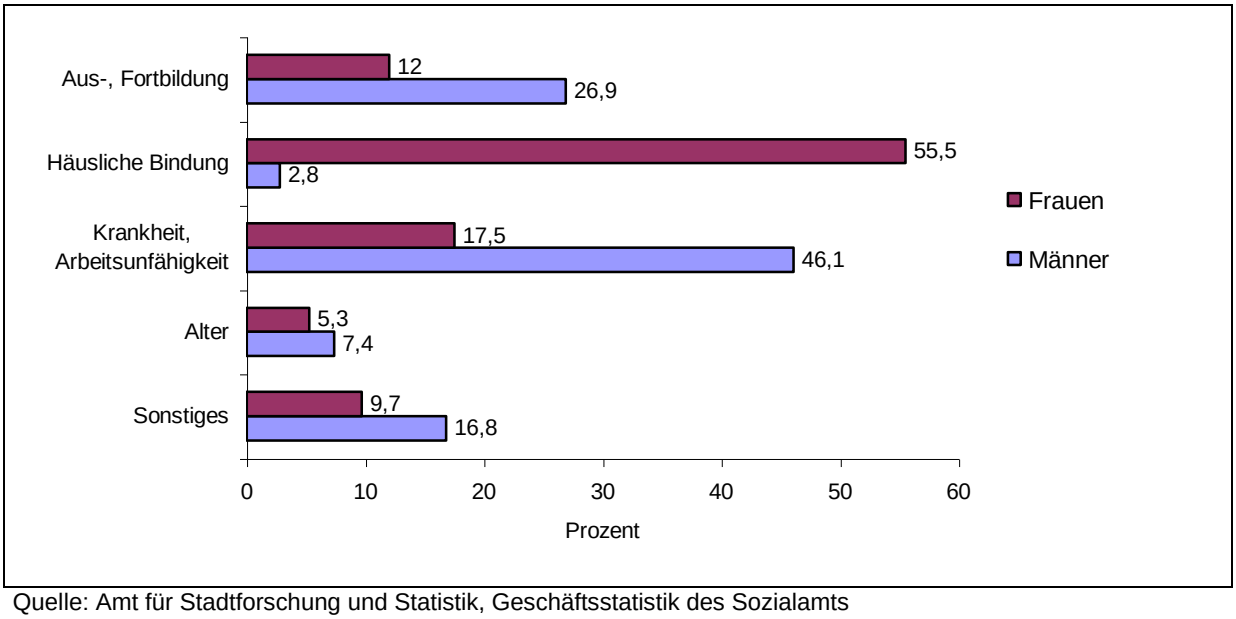
Abbildung 20: HLU-Empfänger im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) nach Erwerbsstatus und Geschlecht am 31.12.2002



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts

8,6 % der HLU-Bezieher waren erwerbstätig, und erhielten demnach ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt zu ihrem Erwerbseinkommen. Von jenen Empfängern, die keiner Arbeit nachgingen, war der größte Teil arbeitslos gemeldet (53,4 % aller erwerbsfähigen HLU-Empfänger), wobei hier geschlechtsspezifisch deutliche Differenzen auftreten. Zu dieser Gruppe gehören zwei Drittel der Männer, aber nur 44 % der Frauen. Etwa ein Viertel der Männer sind aus anderen Gründen nicht erwerbstätig. Bei den Frauen sind dies fast die Hälfte (47,5 %).

Abbildung 21: HLU-Empfänger nach Gründen für die Nichterwerbstätigkeit und Geschlecht am 31.12.2002

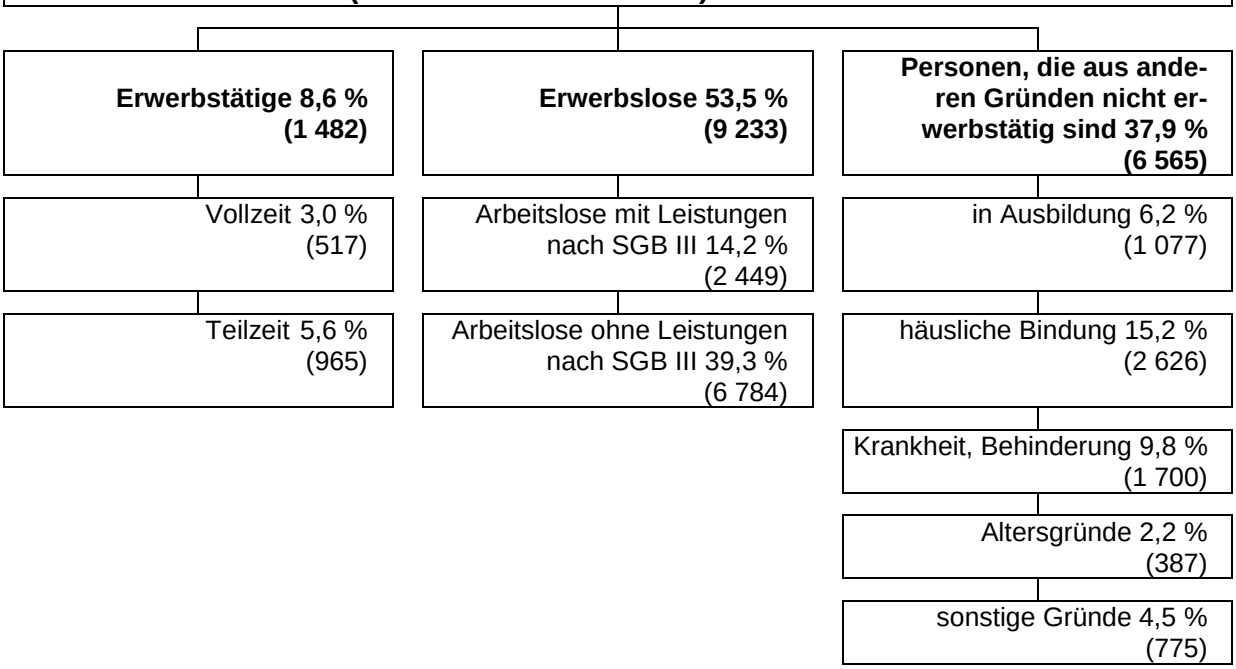


Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts

Eine genauere Betrachtung der Gründe für die Nichterwerbstätigkeit wie sie in der Sozialhilfestatistik erfasst werden, zeigt große geschlechtsspezifische Unterschiede. Häusliche Bindung ist bei 55,5 % der Frauen ursächlich für die Nichterwerbstätigkeit, während dieser Grund nur 2,8 % der Männer betrifft. Der am häufigsten vorkommende Grund für die Nichterwerbstätigkeit der Männer ist Krankheit, Behinderung und Arbeitsunfähigkeit. Diese Ursache trifft auch auf 17,5 % der Frauen zu. Bei den männlichen HLU-Empfängern spielt daneben noch Aus- und Fortbildung eine größere Rolle.

Der Personenkreis der HLU-Bezieher im erwerbsfähigen Alter (15-64jährige) soll im folgenden noch weiter strukturiert werden. Dabei sollen drei Teilgruppen unterschieden werden:
- Erwerbstätige HLU-Empfänger
- Arbeitslose HLU-Empfänger
- Personen, die aus anderen Gründen nicht erwerbstätig sind.

Abbildung 22 : HLU-Bezieher im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) in % aller HLU-Bezieher am 31.12.2002 (17 280 Personen =100 %)



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts, eigene Berechnungen

Insgesamt bezogen in Nürnberg am 31.12.2002 14,2 % der HLU-Empfänger im erwerbsfähigen Alter Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe. Demgegenüber sind über die Hälfte (53,5 %) aller HLU-Empfänger zwischen 15 und unter 65 Jahren der Gruppe der Arbeitslosen zuzurechnen, wovon 73,5 % ohne Ansprüche auf SGB III-Leistungen sind. Für diese Gruppe von rund 9 200 Personen müssten zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, um sie in den Arbeitsmarkt integrieren zu können.

Die Gruppe der Nichterwerbspersonen macht 37,9 % der erwerbsfähigen Empfänger aus. Sie stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Die größte Gruppe darunter bilden dabei jene Personen (hauptsächlich Frauen), die aufgrund häuslicher Bindung dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.

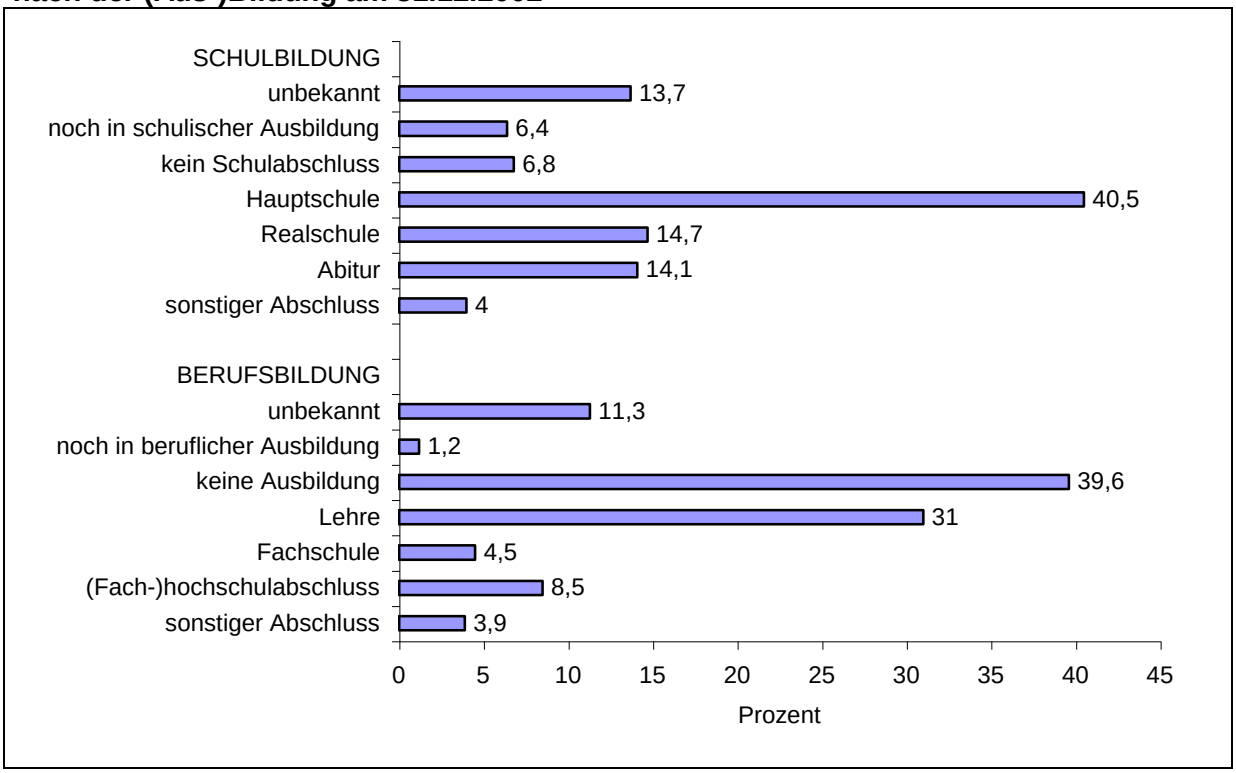
Bei den 15 bis 64-jährigen HLU-Empfängern wird auch die schulische und berufliche Qualifikation erfasst. Allerdings ist in 13,7 % der Fälle die schulische Bildung unbekannt[17]. Am

[17] Ein möglicher Grund hierfür könnte sein: „Bei den die Statistik produzierenden Sachbearbeitern gilt das Merkmal Bildung bislang jedoch als sogenanntes ‚weiches Datum', wird also selten wichtig genommen. Wichtig genommen werden hingegen Informationen, die für die Leistungsberechnung benötigt werden" (Kersting, 2000).

stärksten vertreten in der Gruppe der 15-64jährigen HLU-Empfänger sind Personen, die als höchsten Abschluss einen Hauptschulabschluss aufweisen. Diese machen einen Anteil von 40,5 % aus. Knapp 7 % haben keinen Abschluss und 6,4 % befinden sich noch in schulischer Ausbildung. Etwa je 15 % der 15-64jährigen HLU-Empfänger haben einen Realschulabschluss bzw. das Abitur.

Bei der Betrachtung der beruflichen Bildung zeigt sich, dass der größte Teil der 15-64jährigen HLU-Empfänger keine abgeschlossene Berufsausbildung hat (39,6 %). Ein knappes Drittel hat eine Lehre in einem gewerblichen oder kaufmännischen Beruf abgeschlossen. Personen mit dem Abschluss einer Fach-, Meister- oder Technikerschule bzw. mit (Fach-)Hochschulabschluss weisen lediglich einen Anteil von 4,5 % bzw. 8,5 % auf.

Abbildung 23: HLU-Empfänger im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) nach der (Aus-)Bildung am 31.12.2002

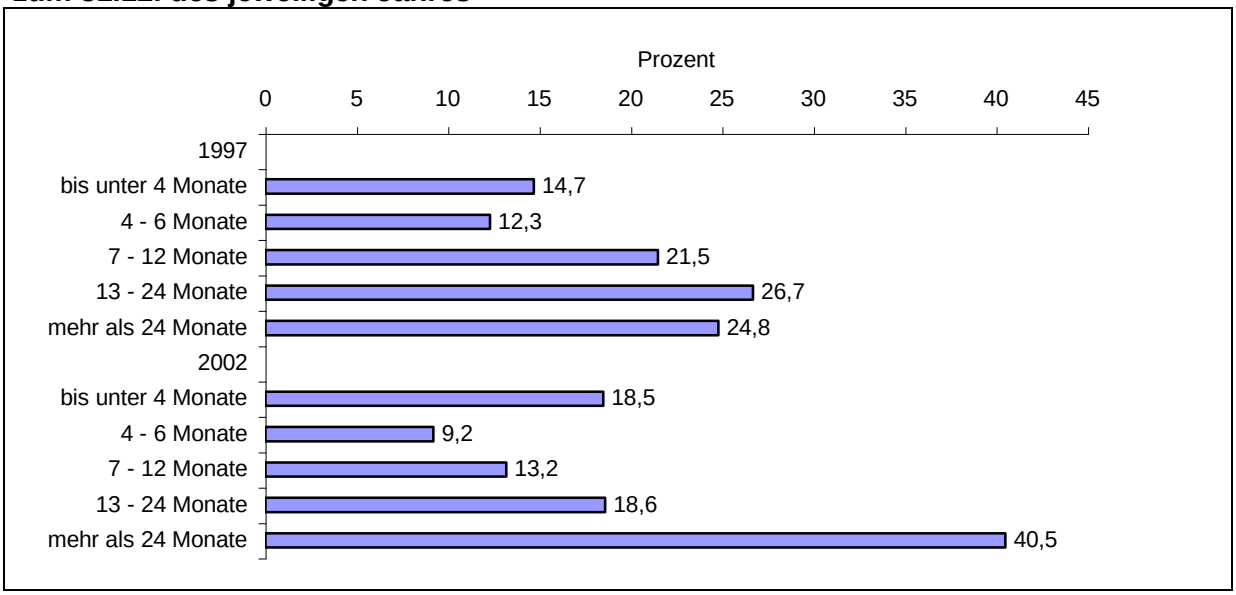


Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts

Arbeitslosigkeit

Seit 1997 ist der Anteil der arbeitslos Gemeldeten an den erwerbsfähigen HLU-Empfängern von 50,4 % auf 53,4 % gestiegen.
Betrachtet man, wie lange die arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger bereits arbeitslos sind, zeigt sich, dass fast 60 % der arbeitslosen HLU-Bezieher über ein Jahr ohne Arbeit sind. 1997 waren noch rund die Hälfte der erwerbsfähigen HLU-Bezieher länger als ein Jahr arbeitslos. Insbesondere die Gruppe der bereits seit über zwei Jahren Arbeitslosen weist am 31.12.2002 einen Anteil von 40,5 % gegenüber 24,8 % am 31.12.1997 auf. Das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit belastet somit zunehmend die kommunalen Haushalte. Ein Vergleich mit München zeigt eine ähnliche Entwicklung. Im Zeitraum von 1997 bis 2000 ist dort der Anteil der arbeitslosen HLU-Empfänger mit einer Arbeitslosigkeitsdauer von über zwei Jahren von 29 % auf 48,6 % gestiegen (Stadt München, 2002: 38).

Abbildung 24: HLU-Empfänger nach Dauer der Arbeitslosigkeit zum 31.12. des jeweiligen Jahres



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts

Die Situation der Bedarfsgemeinschaften

Im Folgenden soll nun die Situation der Bedarfsgemeinschaften dargestellt werden. Hier ist zu berücksichtigen, dass sich die Berechnung des Anspruchs auf Hilfe zum Lebensunterhalt nicht an der Kategorie Haushalt, sondern am Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft orientiert. So können einem Haushalt mehrere Bedarfsgemeinschaften angehören. Zum Beispiel bildet ein volljähriges Kind, das noch bei seinen Eltern wohnt, eine eigene Bedarfsgemeinschaft. Allerdings gilt nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, dass knapp 82 % aller HLU-Empfänger in Bedarfsgemeinschaften leben, deren Personenzahl der des Haushaltes entspricht (Hanesch et al., 2000: 139f.).

Zunächst wird die Haushaltsstruktur der Bedarfsgemeinschaften und anschließend die Leistungsbezugsdauer beschrieben. Schließlich wird auch auf die wirtschaftliche und soziale Situation der Bedarfsgemeinschaften eingegangen.

Am 31.12.2002 bezogen in Nürnberg 15 420 Bedarfsgemeinschaften laufende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Tabelle 13: Bedarfsgemeinschaften von HLU-Empfängern zum 31.12. des jeweiligen Jahres

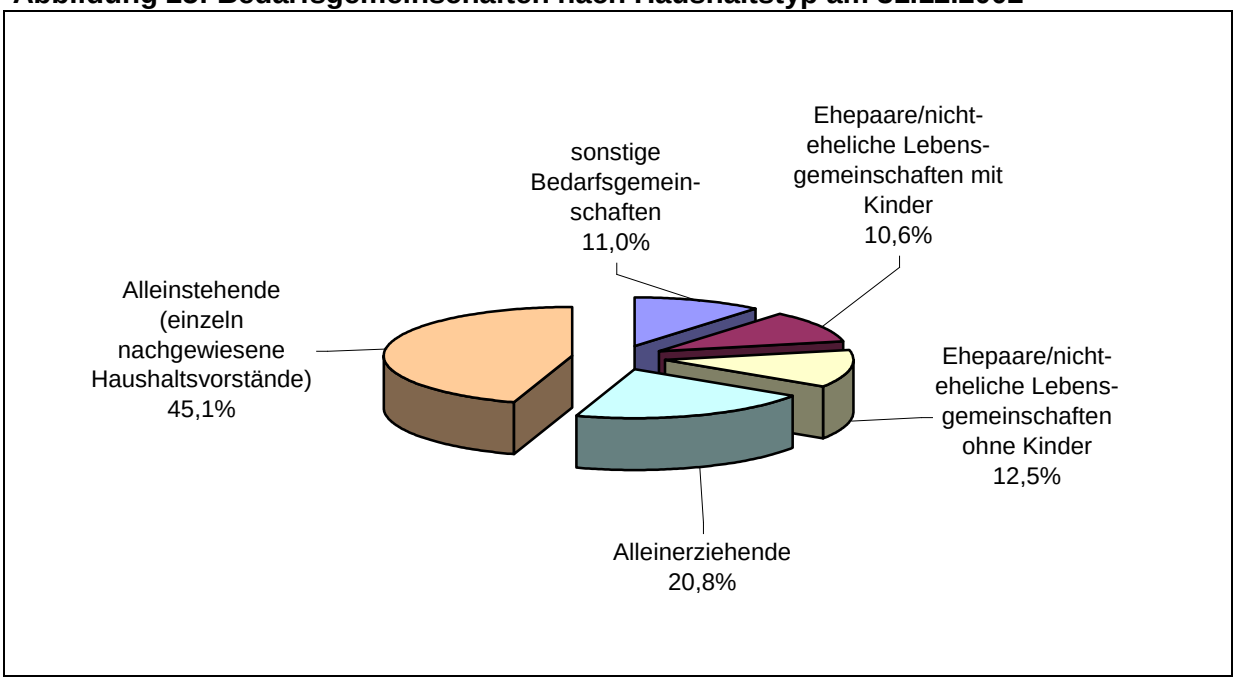
Jahr	Anzahl der Bedarfsgemeinschaften
1997	16 581
1998	16 026
1999	15 626
2000	14 934
2001	14 865
2002	15 420

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts

Dies bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr von 3,7 %. In den letzten Jahren ging die Zahl der Bedarfsgemeinschaften zurück, wobei jedoch der Anteil der Bedarfsgemeinschaften, die Hilfe zum Lebensunterhalt zulasten des überörtlichen Trägers erhalten, deutlich gestiegen ist.

Einen Überblick über die Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaften nach Haushaltstypen gibt Abbildung 25.

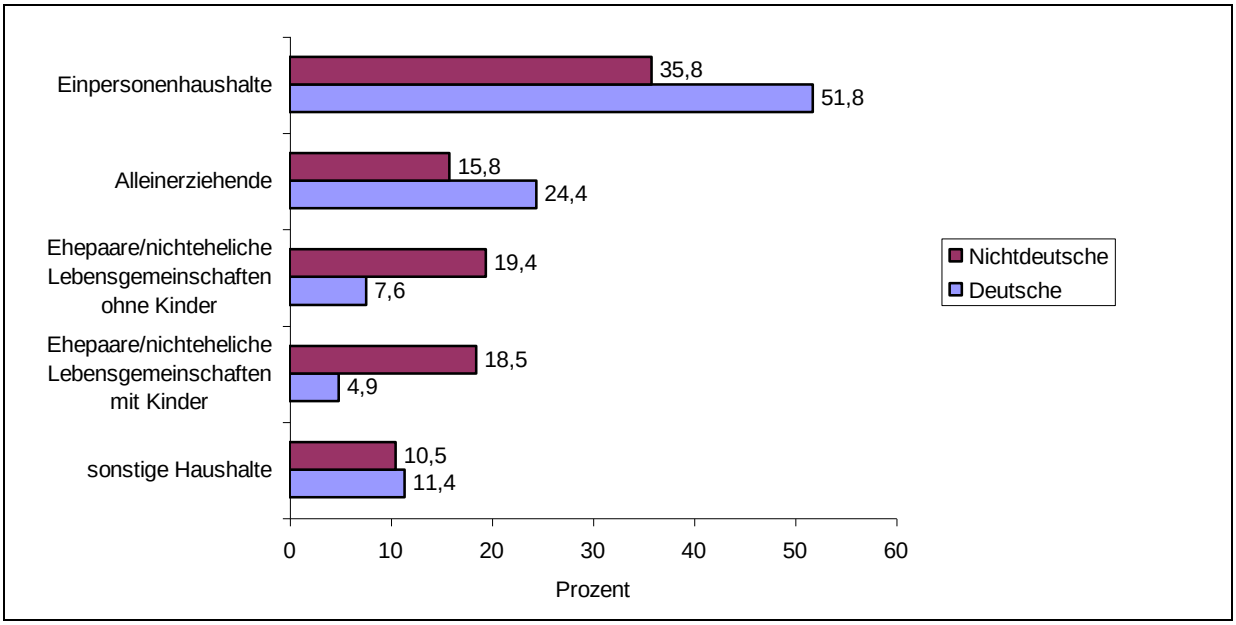
Abbildung 25: Bedarfsgemeinschaften nach Haushaltstyp am 31.12.2002



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts, eigene Berechnungen

Den größten Anteil machen Alleinstehende (einzeln nachgewiesene Haushaltsvorstände) mit 45,1 % (6 959) der 15 420 Bedarfsgemeinschaften aus. 20,8 % der Bedarfsgemeinschaften sind Alleinerziehende (absolut 3 201) und 10,6% Ehepaare bzw. nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern (absolut 1 632). Auf Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder entfielen 12,5 %.

Abbildung 26: HLU-Bedarfsgemeinschaften nach Nationalität des Haushaltsvorstandes am 31.12.2002



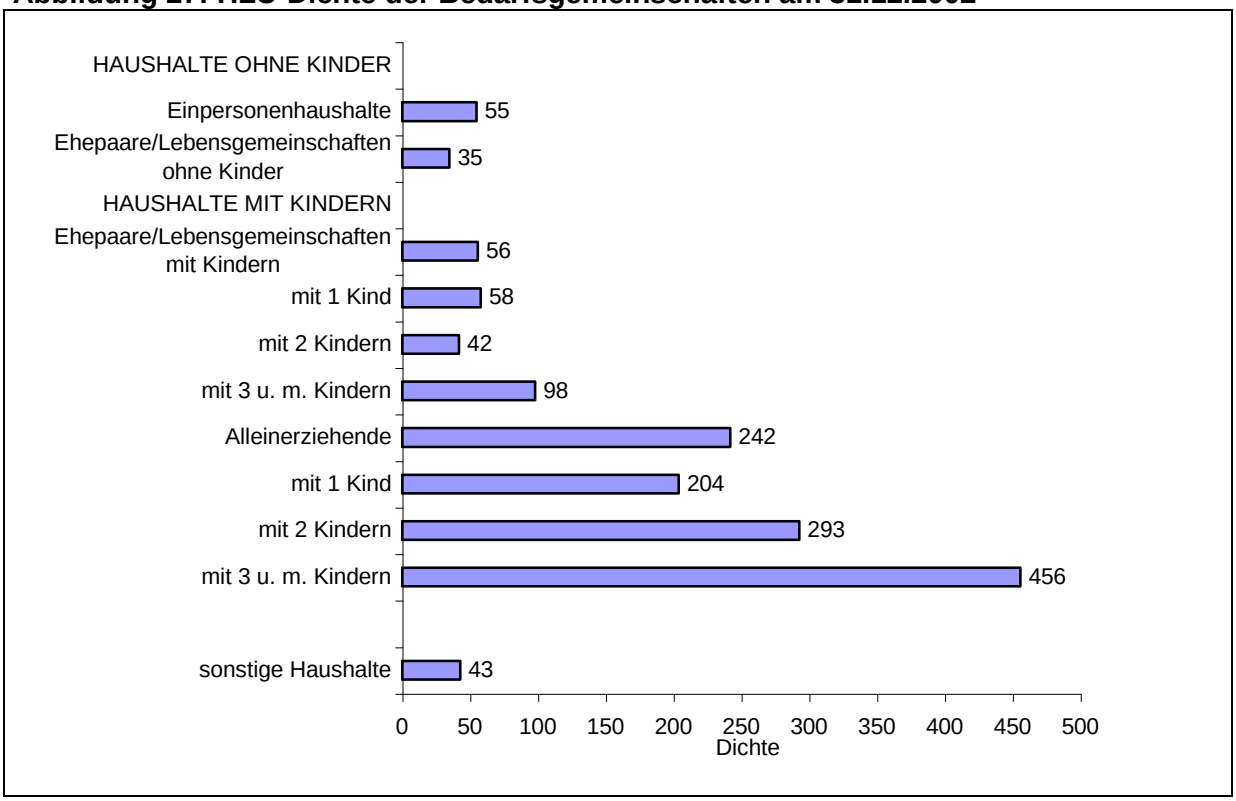
Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts, eigene Berechnungen

Differenziert man die Bedarfsgemeinschaften nach der Staatsangehörigkeit des Haushaltsvorstandes, zeigen sich zum Teil deutliche Unterschiede (Abb. 26). Bei den Bedarfsgemein-

schaften mit deutschem Haushaltsvorstand machen die Einpersonenbedarfsgemeinschaften und die Alleinerziehendenhaushalte einen wesentlich größeren Anteil aus als bei den Bedarfsgemeinschaften mit nichtdeutschem Haushaltsvorstand. Bei jenen Bedarfsgemeinschaften weisen dagegen die Ehepaare und nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder einen größeren Anteil auf.

Aussagekräftiger als die prozentuale Verteilung der Bedarfsgemeinschaften nach Haushaltstypen ist allerdings die Betrachtung von haushaltsbezogenen HLU-Dichten, also die HLU-Bedarfsgemeinschaften pro 1 000 Haushalten des entsprechenden Typs. Abb. 27 zeigt, dass insbesondere Alleinerziehende sehr stark von der Hilfe zum Lebensunterhalt abhängig sind. Fast ein Viertel aller in Nürnberg lebender Alleinerziehender erhält demnach Hilfe zum Lebensunterhalt, wie der Dichtewert von 242 ausweist. Bei Alleinerziehenden mit drei und mehr Kindern ist sogar knapp die Hälfte von Hilfe zum Lebensunterhalt abhängig. Auch Ehepaare bzw. nichteheliche Lebensgemeinschaften mit drei und mehr Kindern weisen überdurchschnittliche HLU-Dichten auf. Besonders stark sind allerdings Kinder in Alleinerziehendenhaushalten betroffen.

Abbildung 27: HLU-Dichte der Bedarfsgemeinschaften am 31.12.2002



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts, eigene Berechnungen

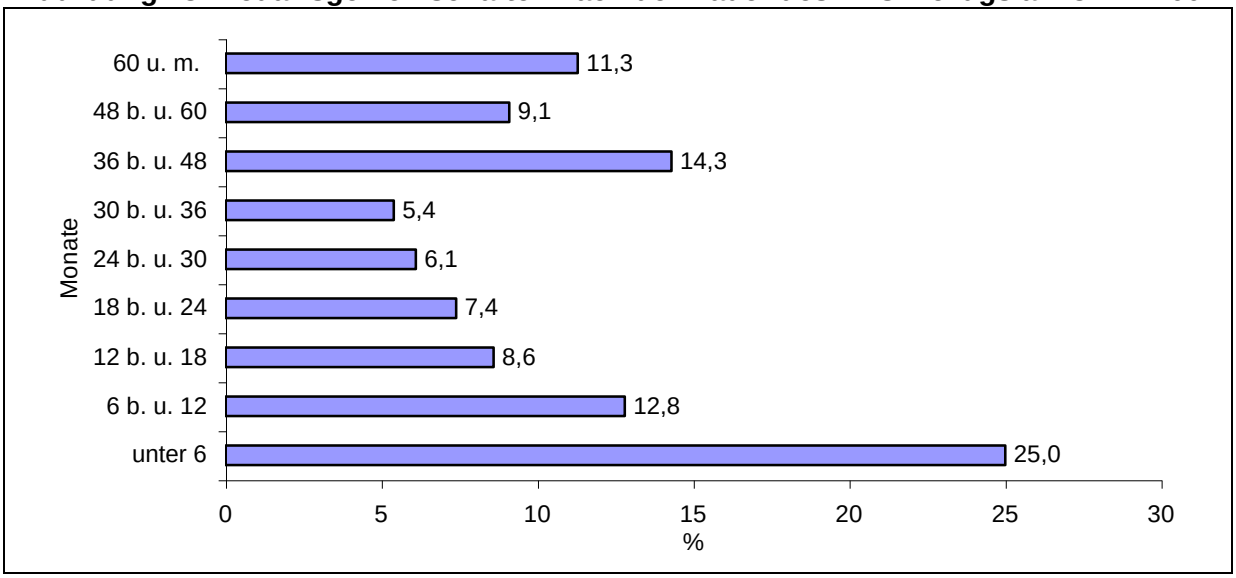
Dauer der Hilfegewährung

Die durchschnittliche Dauer der Hilfegewährung für die Bedarfsgemeinschaften lag am 31.12.2002 bei 27 Monaten, d.h. bei etwas mehr als zwei Jahren[18]. Weniger als ein Jahr bezogen 37,8 % der Bedarfsgemeinschaften laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Eine mittlere Bezugsdauer von einem bis unter zwei Jahren wiesen 16 % und eine Dauer von zwei bis unter drei Jahren 11,5 % der Bedarfsgemeinschaften auf. Bei 23,4 % lag die Bezugsdauer zwischen drei und fünf Jahren und 11,3 % hatten eine Bezugsdauer über fünf Jahre. Unter-

[18] Dabei ist zu bedenken, dass es sich hier um die laufende Dauer zum Zeitpunkt der Erfassung handelt und nicht um die vollendete Dauer bzw. die Gesamtzeit der HLU-Abhängigkeit.

scheidet man nach Kurzzeitbeziehern (Leistungsbezugsdauer unter zwei Jahren) und Langzeitbeziehern (Leistungsbezugsdauer über zwei Jahre) zeigt sich, dass Kurzzeitbezieher 53,8 % des Bestandes ausmachen und die Langzeitbezieher 46,2 %.

Abbildung 28: Bedarfsgemeinschaften nach der Dauer des HLU-Bezugs am 31.12.2002



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts

Eine Differenzierung der Bezugsdauer nach verschiedenen Strukturmerkmalen zeigt, dass unter den Bedarfsgemeinschaften mit deutschen Haushaltsvorständen der Anteil von Langzeitbeziehern mit einer Dauer der ununterbrochenen Hilfegewährung von mehr als zwei Jahren etwas höher liegt als bei Bedarfsgemeinschaften mit nichtdeutschen Haushaltsvorständen. Die geschlechtsspezifische Differenzierung zeigt, dass Bedarfsgemeinschaften mit weiblichem Haushaltsvorstand längere Bezugsdauern aufweisen. Fast 60 % dieser Bedarfsgemeinschaften erhielten für mindestens ein Mitglied länger als zwei Jahre Hilfe zum Lebensunterhalt.

Tabelle 14: Bedarfsgemeinschaften nach der Dauer des HLU-Bezugs sowie nach Nationalität und Geschlecht des Haushaltsvorstands am 31.12.2002 in %

Bisherige Dauer	Insgesamt	Deutsche	Nicht-deutsche	Frauen	Männer
unter 6 Monate	21,5	22,4	20,4	17,1	25,5
6 bis 12 Monate	11,7	11,2	12,4	10,6	12,6
13 bis 24 Monate	15,2	12,6	18,7	14,3	16,0
25 u. m. Monate	51,6	53,8	48,6	57,9	45,9
zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts

Bei der Aufgliederung der Bezugsdauer nach dem Alter ist deutlich zu erkennen, dass von den Bedarfsgemeinschaften mit älteren Haushaltsvorständen über 55 Jahren ein wesentlich größerer Anteil eine ununterbrochene Bezugsdauer von mehr als zwei Jahren aufzuweisen hat, als dies bei den anderen Bedarfsgemeinschaften der Fall ist.

Tabelle 15: Bedarfsgemeinschaften nach der Dauer des HLU-Bezugs und dem Alter des Haushaltsvorstandes am 31.12.2002

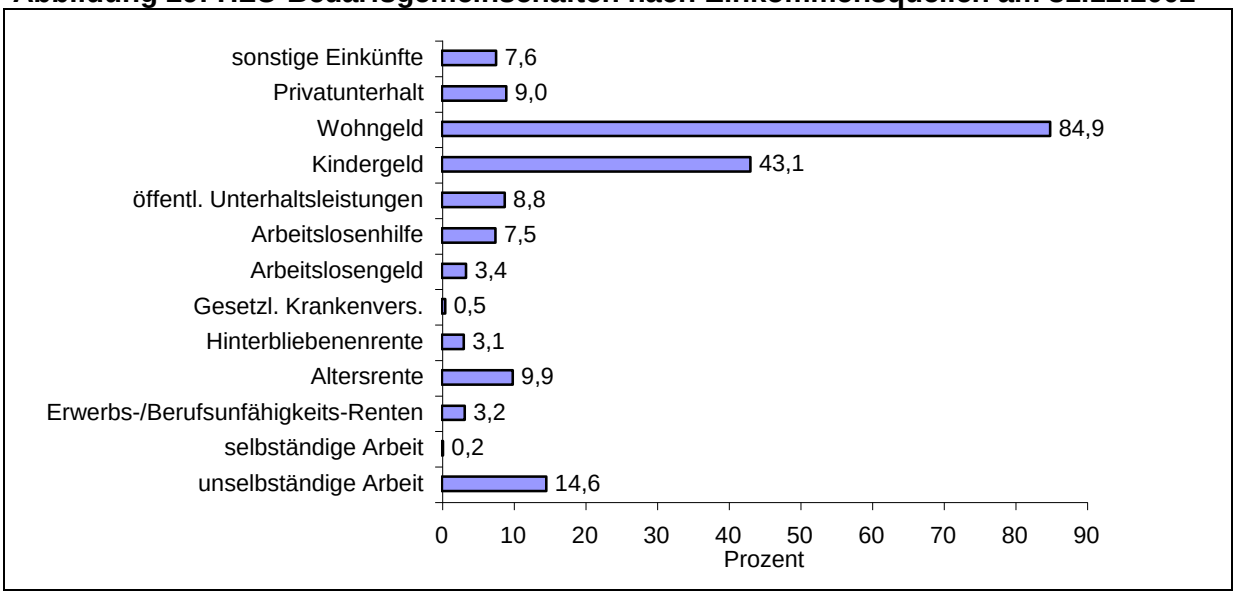
Bisherige Dauer	Insge-samt	unter 18 J.	18-44 Jahre	45-54 Jahre	55-64 Jahre	65 Jahre u.ä.
unter 6 Monate	21,5	22,9	28,7	19,9	11,2	7,0
6 bis 12 Monate	11,7	17,0	14,1	11,3	8,1	5,9
13 bis 24 Monate	15,2	17,6	17,4	14,6	13,3	9,0
25 u. m. Monate	51,6	42,5	39,8	54,2	67,4	78,1
zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts

Angerechnetes Einkommen bei der Sozialhilfegewährung

Da die Sozialhilfe eine nachrangige Leistung ist, müssen zur Feststellung eines Bedarfs und zur Berechnung der Leistungshöhe alle Haushaltseinkünfte erfasst werden. Daher werden in der Sozialhilfestatistik anrechnungsfähige Einkommen nach der Einkommensart ausgewiesen.
Von den 15 420 Bedarfsgemeinschaften wiesen 14 137 (91,7 %) ein oder mehrere anrechnungsfähige Einkommensarten auf. Weniger als ein Zehntel aller Bedarfsgemeinschaften (1 283) hatten kein anrechenbares Einkommen. Die Verteilung der Einkommensarten unter den Bedarfsgemeinschaften mit angerechnetem Einkommen zeigt folgendes Bild (Abb. 28):

Abbildung 29: HLU-Bedarfsgemeinschaften nach Einkommensquellen am 31.12.2002



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts

Der hohe Anteil an Bedarfsgemeinschaften, die Wohngeld beziehen, ergibt sich, da dieses als Mietzuschuss an die HLU-Empfänger gezahlt wird. Relativ hoch ist auch der Anteil an Kindergeldbeziehern (43,1 %). Einkünfte aus unselbständiger Arbeit werden bei 14,6 % der Bedarfsgemeinschaften angerechnet. Bei etwa einem Fünftel der Bedarfsgemeinschaften mit angerechnetem Einkommen (20,1 %) werden beitragsfinanzierte Transferleistungen (Altersrente, Hinterbliebenenrente, Erwerbsunfähigkeits-/Berufsunfähigkeitsrente, Leistungen der Krankenversicherung, Arbeitslosengeld) angerechnet und bei 7,5 % die Arbeitslosenhilfe. Private Unterhaltszahlungen und öffentliche Unterhaltsvorschüsse werden bei 9 % bzw. 8,8 % der Bedarfsgemeinschaften eingesetzt.

Die Verteilung der angerechneten Haupteinkommen[19] nach der Struktur der Bedarfsgemeinschaften zeigt, dass insbesondere Einpersonenbedarfsgemeinschaften über kein eigenes anrechenbares Einkommen verfügen. Über Erwerbseinkommen, die unter dem durch das BSHG definierte Existenzminimum liegen, verfügen ein Fünftel (21,4 %) der Ehepaare bzw. Lebensgemeinschaften mit Kindern, aber nur 6,2 % der Einpersonenbedarfsgemeinschaften.

Tabelle 16: HLU-Bedarfsgemeinschaften nach Art des angerechneten Haupteinkommens am 31.12.2002 in %

Art der Bedarfsgemeinschaft	Kein Einkommen	Erwerbseink.	Rente	Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe	Andere Transfers (a)	Privater Unterhalt	Sonstiges
Einpersonenbedarfsge.	9,6	6,2	19,0	2,2	6,5	52,9	0,7	2,9
Ehepaare/ nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder	4,2	7,8	20,6	3,8	7,0	53,2	(0,2)	3,3
Ehepaare/ nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern	(0,3)	21,4	1,5	7,8	11,6	51,5	-	5,9
Alleinerziehende	0,3	10,1	1,2	2,1	4,3	69,4	9,4	3,2
sonstige Bedarfsgem.	30,7	6,3	2,8	1,5	2,4	50,9	2,7	2,4
Alle Bedarfsgemeinsch.	8,3	8,8	11,9	2,9	6,2	56,0	2,6	3,3

(a) Kindergeld, Wohngeld, Unterhaltsvorschuss, Leistungen der Gesetzl. Krankenversicherung

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts

Die sogenannten anderen Transfers sind, insbesondere bei Alleinerziehenden, die wichtigste angerechnete Haupteinkommensart. Nur bei den Alleinerziehenden spielt auch der private Unterhalt als Haupteinkommensart eine größere Rolle.

Bruttobedarf und Nettoanspruch

Im Folgenden soll die sogenannte Subventionsrate je Bedarfsgemeinschaft dargestellt werden. Diese wird aus dem Quotienten von Nettoanspruch und Bruttobedarf berechnet (Stadt Berlin, 2002: 63). Dabei ergibt sich der Bruttobedarf aus dem Regelsatz, den Kosten für Miete und Heizung, Versicherungsbeiträgen sowie eventuellen Mehrbedarfszuschlägen. Von diesem wird das anrechenbare Einkommen abgezogen, um zum Nettoanspruch zu gelangen.

Für alle Nürnberger HLU-Bedarfsgemeinschaften ergibt sich ein durchschnittlicher Bruttobedarf von 818 € und ein durchschnittlicher Nettoanspruch von 417 €. Dies entspricht einer Subventionsquote von 51 %. Dies bedeutet, dass etwas mehr als die Hälfte des Bedarfs durch die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt abgedeckt wird.

Eine Differenzierung nach dem Typ der Bedarfsgemeinschaft zeigt zunächst, dass der Bruttobedarf mit zunehmender Haushaltsgröße zunimmt. Allerdings ist dieser Anstieg unterproportional, da die Regelsätze bei mehreren Personen im Haushalt geringer sind und die Kosten für Miete und Heizung unterdurchschnittlich steigen.

[19] Dies bedeutet, dass hier nun *ein* Einkommen der Bedarfsgemeinschaften, das so genannte Haupteinkommen in die Betrachtung einbezogen wird. Dabei ist zu beachten, dass Bedarfsgemeinschaften üblicherweise mehrere Einkommen beziehen.

Tabelle 17: HLU-Bedarfsgemeinschaften nach durchschnittlichem monatlichem Bruttobedarf und Nettoanspruch am 31.12.2002

Bedarfsgemeinschaft	Bruttobedarf in €	Nettoanspruch in €	Nettoanspruch in % vom Bruttobedarf
Einpersonenbedarfsgemeinschaften	608	354	58,2
Ehepaare ohne Kinder	947	558	58,9
nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder	902	474	52,5
Ehepaare mit 1 Kind	1148	572	49,8
Ehepaare mit 2 Kindern	1366	554	40,6
Ehepaare mit 3 u. m. Kindern	1759	602	34,2
nichteheliche Lebensgemeinschaften mit 1 Kind	1091	462	42,3
nichteheliche Lebensgemeinschaften mit 2 Kindern	1351	534	39,5
nichteheliche Lebensgemeinschaften mit 3 u. m. Kindern	1601	529	33,0
Alleinerziehende mit 1 Kind	932	453	48,6
Alleinerziehende mit 2 Kindern	1225	488	39,8
Alleinerziehende mit 3 u. m. Kindern	1571	546	34,8
sonstige Bedarfsgemeinschaften	1048	432	41,2
Sonst. einzelne Volljährige	334	228	68,3
Sonst. einzelne Minderjährige	367	180	49,0
Alle Bedarfsgemeinschaften	818	417	51,0

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Geschäftsstatistik des Sozialamts, eigene Berechnungen

Auffällig ist die relativ hohe Subventionsquote der Einpersonenbedarfsgemeinschaften, die auch den größten Anteil an allen HLU-Bedarfsgemeinschaften ausmachen (45,1 %, siehe Abb. 25). Des Weiteren zeigt sich mit steigender Haushaltsgröße eine relative Abnahme des Nettoanspruchs. Das heißt, dass größere Haushalte mit Kindern mehr anrechenbare Einkommen haben, die den Nettoanspruch reduzieren. So liegt die Subventionsquote etwa bei Ehepaaren mit drei und mehr Kindern (34,2 %) und nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit drei und mehr Kindern (33 %) deutlich unter dem Durchschnitt. Dies könnte auf die Höhe des Kindergeldes zurückzuführen sein, die inzwischen annähernd (abhängig vom Alter des Kindes) der Höhe des Regelsatzes für Kinder entspricht.

Zur Situation der Nichtdeutschen in der Sozialhilfe

Wie die dargestellten Zahlen zeigen, beziehen Nichtdeutsche überproportional häufig Hilfe zum Lebensunterhalt. Sie sind also stärker als die deutsche Bevölkerung von Armut betroffen. Bei der Frage, ob dies auf unterschiedliches Inanspruchnahmeverhalten oder unterschiedliche Merkmale ausländischer Haushalte zurückzuführen ist, kommt Riphahn (1998) zu dem Schluss, dass das Merkmal Arbeitslosigkeit der entscheidende Faktor zur Erklärung der Sozialhilfeabhängigkeit sei. Nichtdeutsche sind wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Auch Bird u.a. (1999) schließen aus ihrer Untersuchung, die ebenfalls mit Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) durchgeführt wurde, dass anspruchsberechtigte Nichtdeutsche nicht mit größerer Wahrscheinlichkeit Sozialhilfe in Anspruch nehmen als berechtigte und vergleichbare Deutsche. Die Unterschiede in den Sozialhilfequoten können demnach durch unterschiedliche Umstände, wie z.B. verschiedene Haushaltsstrukturen oder Einkommensverhältnisse, erklärt werden.

So unterscheiden sich die ausländischen Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt in einigen Merkmalen von den deutschen HLU-Beziehern. Wenn man sich die Bedarfsgemeinschaften mit ausländischem Haushaltsvorstand näher betrachtet, zeigt sich etwa, dass 6,3 %

von ihnen drei und mehr Kinder haben und 62,7 % keine Kinder. Bei den Bedarfsgemeinschaften mit deutschem Haushaltsvorstand haben 4,2 % drei und mehr Kinder und 66,5 % keine Kinder. Allgemein sind Bedarfsgemeinschaften mit mehreren Personen bei den Nichtdeutschen wesentlich häufiger vertreten. Zwei und mehr Haushaltsmitglieder gibt es bei 63,2 % der Bedarfsgemeinschaften mit nichtdeutschem Haushaltsvorstand, während nur 46,8 % der Fälle mit deutschem Haushaltsvorstand zwei und mehr Haushaltsmitglieder haben. Andererseits zeigt sich beim Erwerbsstatus, dass ein größerer Teil der 15-64jährigen ausländischen HLU-Empfänger erwerbstätig ist. 9,3 % der ausländischen HLU-Bezieher sind voll- oder teilzeiterwerbstätig gegenüber 8,3 % der deutschen. Arbeitslos gemeldet waren 59,2 % der ausländischen Empfänger (davon 79,2 % ohne AFG-Leistungen) und 50,7 % der deutschen (davon 67,8 % ohne AFG-Leistungen). Dagegen sind nur 31,6 % der ausländischen HLU-Bezieher nicht erwerbstätig aufgrund von Aus- und Fortbildung, häuslicher Bindung, Krankheit, Alters- oder sonstigen Gründen. Bei den deutschen Empfängern sind dies 41,1 %.

Betrachtet man die Höhe der Ansprüche bei den älteren HLU-Empfängern (65 Jahre und älter) ist zu erkennen, dass der durchschnittliche Anspruch bei den deutschen Empfängern bei 119 € pro Monat lag, während er bei den ausländischen 282 € betrug. Die Renten scheinen demnach bei den Nichtdeutschen wesentlich niedriger zu sein und müssen durch eine deutlich höhere Sozialhilfe aufgestockt werden. Dies dürfte wiederum in erster Linie darauf zurückzuführen sein, dass Personen, die in höherem Alter nach Deutschland emigrierten, also nicht zur Gastarbeitergeneration gehören, kaum Rentenansprüche erworben haben.

Sozialhilfebezug 2002 im Städtevergleich

Seit 1995 werden von zunächst 13, später 16 deutschen Großstädten Kennzahlen zur Hilfe zum Lebensunterhalt in einem Kennzahlenvergleich zusammengestellt (con_sens, 2002). Nürnberg wurde 1999 in den Benchmarking-Vergleichsring aufgenommen. Im Folgenden soll der HLU-Bezug in Nürnberg anhand der Ergebnisse zum Jahresende 2002 im Städtevergleich betrachtet werden.

Im Jahr 2002 zeigte sich in vielen Städten eine Trendwende: Die bis dahin eher abnehmenden Hilfeempfängerzahlen verringerten sich zunehmend langsamer und stiegen dann kontinuierlich wieder an. Nürnberg liegt 2002 mit einer HLU-Dichte von 57 weiterhin etwas unter dem Durchschnitt der 16 großen Großstädte von 62 Empfängern je 1 000 Einwohnern. Die geringsten HLU-Dichten der verglichenen Städte weisen wie auch in den Vorjahren Dresden (31), München (37) und Stuttgart (38) auf; die höchsten Dichten dagegen wurden in Bremen (86), Hannover (74) und Berlin (74) registriert.

Die Fallzahlen (Bedarfsgemeinschaften der HLU) stiegen im Mittel der 16 Städte im Jahr 2002 im Jahresdurchschnitt um 2,2 %. In Nürnberg ist mit +4,1 % ein überdurchschnittlicher Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen.

Die Entwicklung des Fallbestandes ist abhängig von den Fallzugänge und –abgängen. Die Fallzugangsquote, das heißt der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Bezugsbeginn im Jahr 2002, ist im Städtedurchschnitt nur ganz leicht auf 39,3 % gestiegen. Nürnberg konnte wie auch Düsseldorf, Essen und Leipzig die Zugangsquote im Jahr 2002 leicht senken, wies aber mit einer Zugangsquote von 43 % im Gegensatz zu den genannten überdurchschnittlich viele Zugänge auf.

Die Fallabgangsquote fiel im Mittel der 16 Städte von 44,1 % im Jahr 2001 auf 38,1 % im Jahr 2002. Nürnberg hatte zwar in diesem Zeitraum auch einen Rückgang der Abgangsquote zu verzeichnen, lag aber mit 39,4 % noch leicht über dem Durchschnitt der Städte.

Der Anteil der bereits erwerbstätigen Hilfeempfänger, deren Einkommen nicht zur Bedarfsdeckung ausreicht, an den nach Alter erwerbsfähigen Empfängern weist relativ große Unterschiede zwischen den Städten auf. Den höchsten Anteil mit rund einem Fünftel aller erwerbsfähigen HLU-Empfänger weist dabei Hamburg auf. In Nürnberg liegt der Wert mit 9 % etwas unter dem Durchschnitt der Vergleichsstädte (10,7 %). Das heißt, dass in Nürnberg knapp ein Zehntel der Hilfebezieher im erwerbsfähigen Alter trotz Erwerbstätigkeit von Sozialhilfe abhängig ist.

Die durchschnittlichen Bruttogesamtausgaben für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt je Bedarfsgemeinschaft pro Monat lagen im Mittel der Städte bei 573 €, wobei die Spanne von 432 € (Dresden) bis 625 € (Essen) reichte. Nürnberg liegt hier mit 546 € unter dem Städtedurchschnitt. Diese Ausgaben hängen natürlich auch sehr stark von den jeweiligen Rahmenbedingungen in den Städten ab. So könnten für die niedrigeren Ausgaben der ostdeutschen Städte etwa niedrigere Mietkosten verantwortlich sein. Die Unterschiede zwischen den Ausgaben je HLU-Empfänger und je Bedarfsgemeinschaft hängen in erster Linie von der Struktur der Bedarfsgemeinschaften ab. Ein hoher Anteil an Alleinstehenden wie etwa in München führt beispielsweise zu sehr hohen Ausgaben je HLU-Empfänger, aber durchschnittlichen Ausgaben je Bedarfsgemeinschaft.

Tabelle 18: Ausgewählte Kennzahlen zur HLU im Städtevergleich

Städte	HLU-Empfänger am 31.12.2002 in % der Einwohner	Fallzahlveränderung gegenüber dem Vorjahr (Jahresmittelwert) in %	Anteil erwerbstätiger HLU-Empfänger an nach Alter erwerbsfähigen HLU-Personen in %	Bruttogesamtausgaben je HLU-Empfänger pro Monat in €	Bruttogesamtausgaben je Bedarfsgemeinschaft pro Monat in €
Berlin	7,4	+3,1	6,2	308	566
Bremen	8,7	-1,8	12,6	317	579
Dortmund	6,0	+0,0	10,8	307	568
Dresden	3,2	+3,6	8,8	228	432
Düsseldorf	5,4	-0,1	16,1	333	583
Duisburg	6,0	-0,5	7,0	270	507
Essen	6,3	-1,5	11,6	323	625
Frankfurt a.M.	6,3	+3,9	11,8	371	622
Hamburg	7,0	+0,5	21,1	337	591
Hannover	7,5	+5,1	8,9	300	550
Köln	6,1	-1,3	12,7	343	623
Leipzig	5,8	+7,6	8,2	255	486
München	3,7	+5,5	9,0	367	575
Nürnberg	5,8	+4,1	9,0	303	546
Rostock	5,0	+9,0	5,6	255	450
Stuttgart*	3,8	+4,5	14,3	344	602
insgesamt	6,2	+2,2	10,7	318	573

* bezogen auf die Wohnberechtigte Bevölkerung; sonst Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung.
Quelle: con_sens Hamburg, Kennzahlenvergleich 2002: Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) und in der Krankenhilfe der 16 großen Großstädte Deutschlands

Zur Erklärung unterschiedlicher Armutsquoten in verschiedenen Städten können zwei Ansätze herangezogen werden. Zum einen, Ansätze, die sich auf die Ursachen von Armut (z.B. Arbeitslosigkeit) oder die Unterschiede im Vorhandensein von Gruppen mit hohem Armutsrisiko (Kinder, Alleinerziehende) beziehen. Daneben gibt es Ansätze, die unterschiedlich hohe Armutsraten auf Unterschiede im Verhalten potentieller Sozialhilfebezieher zurückzuführen (verdeckte Armut) (Klagge, 1998). Nach den Analysen von Klagge ist die Höhe der Arbeits-

losigkeit der wichtigste erklärende Faktor für die Unterschiede in den Armutsraten westdeutscher Groß- und Mittelstädte.

Entwicklungsdynamik von Armutsquote und Sozialhilfequote im Vergleich

Beim Vergleich von Sozialhilfezahlen und relativer Einkommensarmut ist zunächst festzustellen, dass diese nur sehr bedingt miteinander verglichen werden können (vgl. Hanesch et al., 2000: 137ff.; Bäcker, 2002: 296ff.). So kann etwa ein Haushalt als einkommensarm gelten, aber keine Sozialhilfe erhalten, da bspw. einzusetzendes Vermögen vorhanden ist. Auch sind einzelne Personengruppen vom HLU-Leistungsbezug ausgeschlossen, wie etwa Studierende, die Anspruch auf BAföG haben. Des Weiteren bezieht sich die Berechnung des Sozialhilfeanspruches auf Bedarfsgemeinschaften und nicht auf Haushalte. Einem Haushalt können auch mehrere Bedarfsgemeinschaften angehören.

Ein anderer wesentlicher Grund für die Differenz zwischen Armuts- und Sozialhilfequote dürfte die Nichtanspruchnahme ihnen zustehender Sozialhilfe durch Einkommensarme sein.

Tabelle 19: Entwicklung von Sozialhilfe- und Armutsquote in Nürnberg zum 31.12. des jeweiligen Jahres

Jahr	Sozialhilfequote in % der Haushalte [a)]	Armutsquote 50 %
1997	6,3	11,1
2001	5,7	11,5

a) Bedarfsgemeinschaften in % der Haushalte. Die Zahl der Haushalte beruht dabei für 1997 auf dem Mikrozensus und für 2001 auf der Haushaltegenerierung (vgl. Kap. 2.2)

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebungen 1997, 2001 Mikrozensus

Eine mögliche Erklärung für diesen Sachverhalt könnte sein, dass die Quote der Einkommensarmen zwar relativ geringen Schwankungen unterliegt, dass aber in der Gruppe der Einkommensarmen mehr Menschen z.B. wegen des Wegfalls anderer Einkommenskomponenten sozialhilfeberechtigt sind. Dies könnte etwa auf Arbeitslose zutreffen, die ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld verloren haben und dann auf Sozialhilfe angewiesen sind (Bäcker, 2002: 303). Zu diesem Schluss kommt auch Hanesch (2001: 33): „Eine plausible Erklärung könnte darin liegen, dass als Folge von Einschnitten in den vorgelagerten Leistungsnetzen des Systems sozialer Sicherung, die im Zuge der Haushaltskonsolidierungs- und Umbaupolitik auf Bundesebene erfolgen, immer mehr einkommensarme Personen und Haushalte auf Sozialhilfe angewiesen sind“. Die Zunahme der Sozialhilfeempfängerzahlen ist demnach Ausdruck „einer Verschiebung im ‚Einkommensmix’ von Empfängern staatlicher Transferleistungen in Richtung eines wachsenden Gewichts des letzten Netzes von Sozialhilfeleistungen. Für die Kommunen bedeutet dies, dass sie selbst bei einer Stagnation des Umfangs der Armenbevölkerung immer stärker für die Alimentierung dieser Bevölkerungsgruppe herangezogen werden“ (Hanesch, 2001: 33).

Ein anderer Grund für die Differenz zwischen Armuts- und Sozialhilfequote dürfte die Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe durch einen Teil der Einkommensarmen sein. Diese wird häufig auf die Angst der Betroffenen vor der Offenlegung ihrer persönlichen Verhältnisse bei der Bedürftigkeitsprüfung und die Angst vor einer Belastung der Familienbeziehungen durch den Rückgriff auf unterhaltsverpflichtete Familienangehörige, zurückgeführt. Außerdem dürften auch mangelnde Informationen über Leistungsansprüche eine Rolle spielen (Hanesch et al., 2000: 142).

Einen Hinweis auf die Inanspruchnahme von Sozialhilfe durch Einkommensarme geben auch Angaben der Wohn- und Haushaltserhebung der Stadt Nürnberg. Dort wurde auch danach gefragt, ob die Haushalte Sozialhilfe beziehen. Betrachtet man den Zusammenhang zwischen Sozialhilfebezug (basierend auf den eigenen Angaben der Befragten) und der Einkommensarmut (Tabelle 20) zeigt sich, dass 79,6 % derjenigen, die unter die 50 %-

Armutsschwelle fallen, angeben, keine Sozialhilfe zu beziehen. Auch wenn man die 40%-Armutsschwelle, also die strenge Armut, heranzieht, geben nur 25,5 % an Sozialhilfe zu empfangen.

Tabelle 20: Bezug von Sozialhilfe bei Einkommensarmen

Sozialhilfebezug	50 %-Armutsschwelle		40 %-Armutsschwelle	
	arm	nichtarm	arm	nichtarm
ja	20,4	1,0	25,5	1,5
nein	79,6	99,0	74,5	98,5

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2001

2.5 Wohnen und Armut

Die Entwicklung im Überblick

Im folgenden Kapitel werden die Wohnverhältnisse, insbesondere die Wohnraumversorgung und die Wohnungskosten der Haushalte dargestellt. Dabei soll auch speziell auf den Zusammenhang von Einkommensarmut und Wohnsituation eingegangen werden. Dazu kann in erster Linie auf die Daten der Wohnungs- und Haushaltserhebungen 2001 und, zum Teil noch vorläufig, der Erhebung 2003 zurückgegriffen werden. Außerdem wird ein kurzer Überblick über die Entwicklung im Sozialwohnungsbau gegeben.

Die Mehrheit der rund 257 000 Nürnberger Wohnungen (ohne Wohnungen in Wohnheimen) wird von Mieterhaushalten bewohnt (68 %). Von diesen wiederum wohnen 57 % im frei finanzierten und 11 % im sozial geförderten Mietwohnungsbau. Etwa jeder dritte Haushalt (32 %) lebt in der selbst genutzten Eigentümerwohnung (einschließlich Einfamilienhäuser). Die Eigentümerquote in Nürnberg steigt zwar kontinuierlich an (1987: 23 %, 1997: 30 %), ist jedoch - großstadttypisch - vergleichsweise gering (Bayern: 49 %).

Nach Haushaltstypen differenziert fällt, bedingt durch eine geringe Eigentümerquote, ein überdurchschnittlicher Anteil von frei finanzierten Mietwohnungen bei Einpersonenhaushalten, insbesondere bei jüngeren Personen bis 34 Jahren auf. Diese bewohnen zu 87 % frei finanzierte Mietwohnungen. In sozial gebundenen Mietwohnungen wohnen überdurchschnittlich häufig Alleinerziehende (16 % dieser Gruppe wohnen in dieser Wohnform), aber auch Mehrpersonenhaushalte mit Kindern sowie alleinstehende ältere Personen über 65 Jahre (vgl. Tabelle 21). Einen vergleichsweise hohen Anteil an Eigentümerwohnungen weisen Paarhaushalte im Seniorenalter sowie Paarhaushalte mit Kindern auf.

Tabelle 21: Wohnungsstatus nach Haushaltstypen

Haushaltstyp	freifinanzierte Mietwohnung	gebundene Mietwohnung	Eigentümer-wohnung	Gesamt
	in %			
1-P.-Haush. bis 34 J.	87,2	4,1	8,7	100,0
1-P.-Haush. 35 - 64 J.	69,2	9,6	21,2	100,0
1-P.-Haush. 65 J. u. ält.	57,0	12,1	30,9	100,0
2-P.-Haush. 18 - 64 J.	59,2	8,9	31,9	100,0
2-P.-Haush., mind. 1 P. 65 J. u. ält., o. Ki.	40,2	10,9	48,9	100,0
3 o.m. Erwachsene	40,0	13,3	46,7	100,0
1 Erwachs., 1 o.m. Kinder (Alleinerz.)	70,5	15,8	13,7	100,0
2 Erwachs., 1 o.m. Kinder	48,3	15,7	36,1	100,0
3 o.m. Erwachs., 1 o.m. Kinder	40,2	16,0	43,7	100,0
Alle Haushalte	57,1	11,0	31,9	100,0

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2003 (vorläufige Ergebnisse)

Die Entwicklung im Sozialwohnungsbau ist vor allem durch folgende Aspekte gekennzeichnet:

- sinkende Bestände im gebundenen Mietwohnungsbestand (vgl. Tabelle 22)
- eine steigende Zahl von Wohnungssuchenden, insbesondere von Haushalten mit 4 und mehr Personen
- eine zurückhaltende Neubautätigkeit, trotz verstärkter Anstrengungen für Familien und im Bereich geförderter Eigentumsmaßnahmen

- demzufolge erstmals wieder ein deutlicher Anstieg bei den unversorgten Haushalten auf über 10 000 am 31.12.2002
- Probleme bei der Versorgung großer Haushalte. Das Schwergewicht der Förderung liegt deshalb auf großen Wohnungen und Familienheimen mit 4 und mehr Zimmern

Tabelle 22: Entwicklung des gebundenen Mietwohnungsbestandes und der wohnungssuchenden Haushalte

Jahr	Gebundene Mietwohnungen	Vermittelte Haushalte	unversorgte Haushalte am 31.12
1993	47 823	3 185	8 936
1994	43 077	3 139	8 676
1995	41 415	3 236	8 885
1996	39 606	3 459	8 259
1997	36 435	3 485	8 259
1998	35 665	3 367	6 786
1999	35 603	3 318	6 802
2000	35 178	2 936	7 248
2001	31 825	2 753	8 618
2002	30 833	2 766	10 027

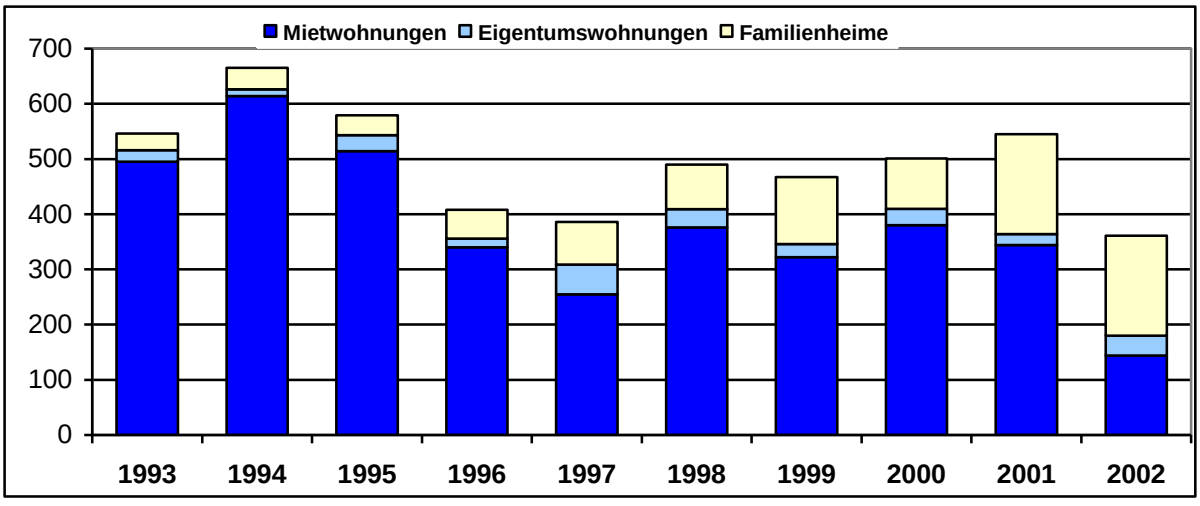
Quelle: Amt für Wohnen und Stadterneuerung

Tabelle 23: Angebot und Nachfrage bei großen Sozialwohnungen

Jahr	Bestand Wohneinheiten mit 4 und mehr Zimmer	Wohnungssuchende Haushalte mit 4 und mehr Personen	Vermittlungserfolg in % *)
2000	4 177	2 799	13,5
2001	3 906	2 929	12,0
2002	2 319	3 154	12,3
*) Gesamtvermittlungserfolg 2000= 18,8 %, 2001 = 16,4 %, 2002 =14,6 % (Anteil an der Gesamtzahl der Anträge)			

Quelle: Amt für Wohnen und Stadterneuerung

Abbildung 30: Entwicklung der geförderten Wohnungen nach Wohnungsart



Quelle: Amt für Wohnen und Stadterneuerung

Wohnraumversorgung: einkommensarme Haushalte häufiger in überbelegten Wohnungen

Zunächst soll die Wohnungsgröße (Anzahl der Zimmer und Wohnfläche) dargestellt werden. Die meisten Haushalte in Nürnberg verfügen über eine Dreizimmerwohnung (40 %). Jeweils etwa 30 % der Haushalte haben mehr bzw. weniger als drei Zimmer. Pro Haushaltsmitglied haben die Nürnberger Haushalte durchschnittlich 1,9 Zimmer.

Bezogen auf die Haushaltsgröße ist das Wohnungsangebot jedoch sehr unterschiedlich verteilt. Für 1- und 2-Personenhaushalte besteht auf dem Nürnberger Wohnungsmarkt ein ausreichendes Wohnungsangebot. Diesem Personenkreis steht nicht nur theoretisch das gesamte Wohnungsangebot offen, auch die tatsächlichen Belegungsverhältnisse zeigen, dass die Kleinhaushalte in allen Wohnungstypen, d.h. auch in den größeren Wohnungen, die Mehrheit der Haushalte darstellen. Auch 3-Personenhaushalten steht in der Regel ein angemessenes Wohnungsangebot zur Verfügung. Anders ist die Situation bei 4 u. m.- Personenhaushalte zu beurteilen. Kleinere Wohnungen sind für eine vielköpfige Familie nur mit großen Einschränkungen angemessen und zumutbar. Aufgrund des Nachfragedrucks seitens der sehr viel zahlreicheren und häufig auch wirtschaftlich leistungsfähigeren 1, 2 oder 3-Personenhaushalte haben sie jedoch Schwierigkeiten, eine angemessen große und bezahlbare Wohnung zu finden. Tatsächlich überwiegen denn auch in den größeren Wohnungen (4 u. m. Zi. bzw. über 80 m²) mit 56 % die Kleinhaushalte. Der Anteil der 3-Personen-Haushalte beträgt hier 18 % und die 4 u. m. -Personenhaushalte belegen nur zu 26 % diese Wohnungen.

Tabelle 24: Wohnflächen nach Haushaltstypen und Haushaltsnettoeinkommen

Haushaltstyp --------- monatliches Haushaltsnettoeinkommen in €	Wohnflächenklasse				durchschnittliche Wohnfläche	
	unter 40 m²	40 bis unter 60 m²	60 bis unter 80 m²	80 m² und mehr	je Wohnung	pro Kopf
	in Prozent des Haushaltstyps bzw. der Einkommensgruppe				in m²	
1-P.-Haush. bis 34 J.	22,4	49,2	21,6	6,7	54	53
1-P.-Haush. 35 - 64 J.	9,3	41,8	31,0	18,0	66	64
1-P.-Haush. 65 J. u. ält.	4,0	35,4	34,3	26,3	71	66
2-P.-Haush. 18 - 64 J.	1,7	19,4	39,4	39,5	82	40
2-P.-Haush., mind. 1 P. 65 J. u. ält., o. Ki.	0,3	16,8	35,7	47,2	89	43
3 o.m. Erwachsene	0,3	5,7	33,4	60,6	105	29
1 Erwachs., 1 o.m. Kinder (Alleinerziehende)	0,3	21,7	50,5	27,5	76	32
2 Erwachs., 1 o.m. Kinder	0,5	7,8	32,3	59,4	97	26
3 o.m. Erwachs., 1 o.m. Kinder	2,5	7,4	24,9	65,2	104	22
bis 500 €	22,6	43,9	21,7	11,8	56	38
500 bis 1000 €	12,0	50,7	27,0	10,3	60	40
1000 bis 1500 €	5,1	35,8	36,9	22,2	69	41
1500 bis 2000 €	2,8	23,2	41,5	32,5	77	38
2000 bis 2500 €	1,9	13,9	38,2	46,0	85	37
2500 bis 3000 €	0,9	9,7	34,1	55,4	93	42
über 3000 €	0,2	3,1	19,7	77,0	114	44
I n s g e s a m t	4,5	24,5	33,6	37,4	80	40

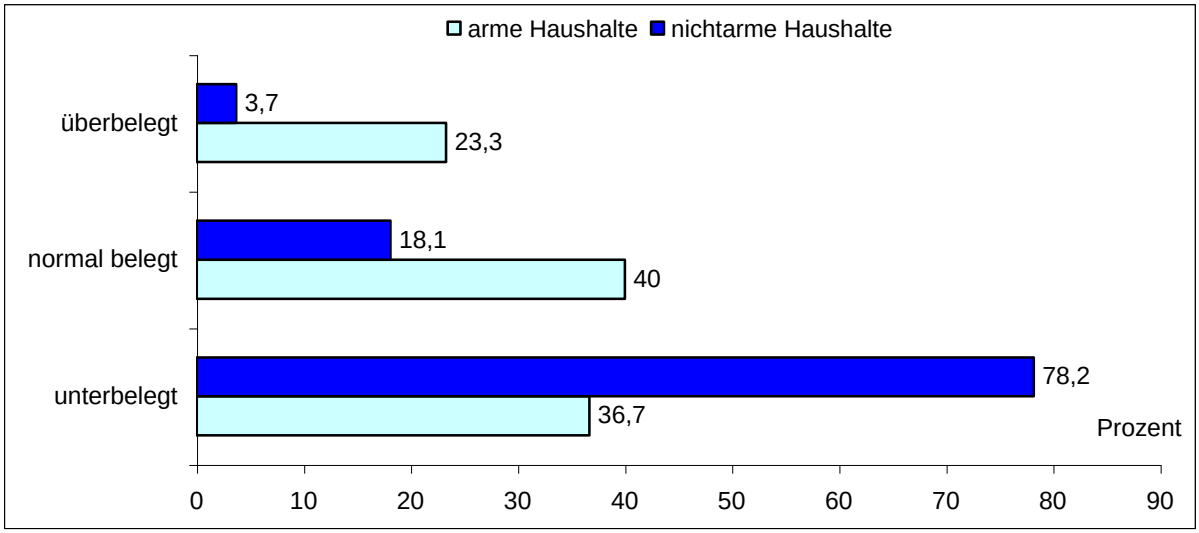
Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2003 (vorläufige Ergebnisse)

Im folgenden soll insbesondere der Zusammenhang zwischen Einkommensarmut[20] und Belegungsdichte (d.h. der Zahl der Zimmer pro Person) näher untersucht werden. Dabei gilt eine Wohnung als „normal“ belegt, wenn pro Person ein Raum zur Verfügung steht. Weniger als ein Raum pro Person wird als „überbelegt“ und mehr als ein Raum als „unterbelegt“ bezeichnet (vgl. Stadt München, 2002, S. 51).

In Abbildung 31 ist zu erkennen, dass Überbelegung bei den einkommensarmen Haushalten deutlich häufiger vorkommt als bei den nichtarmen Haushalten. Diese verfügen zu 78 % über mehr als einen Raum pro Person, während dies nur bei 37 % der armen Haushalte der Fall ist.

Als zweites Merkmal der Wohnungsgröße soll die Wohnfläche betrachtet werden (vgl. Tabelle 24). Die durchschnittliche Wohnfläche in Nürnberg liegt bei 80 m² je Wohnung (einschließlich Einfamilienhäuser). Pro Haushaltsmitglied beträgt sie knapp 40m². Über mehr als 80 m² Wohnfläche verfügen 37 % der Nürnberger Haushalte. Ein weiteres Drittel verfügt über eine Wohnfläche zwischen 60 und 79 m². Etwa ein Viertel der Haushalte besitzt weniger als 60 m² Wohnfläche. Mit zunehmender Haushaltsgröße steigt die durchschnittliche Wohnungsgröße von 54 m² für Einpersonenhaushalte (Personen bis 34 Jahre) auf 104 m² für Haushalte mit drei oder mehr Erwachsenen und einem oder mehr Kindern kontinuierlich an. Bei der Betrachtung der Pro-Kopf-Wohnfläche ist die umgekehrte Entwicklung festzustellen. Sie geht von 53 m² auf 22 m² pro Haushaltsmitglied zurück.

Abbildung 31: Belegungsdichte armer und nichtarmer Haushalte in Nürnberg 2001



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2001

Auch der Zusammenhang zwischen Haushaltseinkommen und Wohnfläche ist deutlich. Während Haushalte mit einem Nettoeinkommen unter 1 000 € durchschnittlich über weniger als 60 m² verfügen, sind es bei Haushalten mit einem Einkommen über 3 000 € durchschnittlich 114 m². Insgesamt hängt die bewohnte Wohnfläche sowohl vom Haushaltstyp als auch vom Einkommen stark ab. Auch zwischen der Art des bewohnten Gebäudes (Ein- oder Zweifamilienhaus gegenüber Mehrfamilienhaus), dem Hauhaltstyp und dem Einkommen lassen sich deutliche Zusammenhänge erkennen. So wohnen von den Zweipersonenhaushalten (Personen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren ohne Kind) mit einem Einkommen zwischen 1 250 und 1 500 € etwa 14 % in einem Ein- oder Zweifamilienhaus, während es bei 2-Personenhaushalten mit mehr als 2 500 € Einkommen 25 % sind. Von den Familienhaushalten (2 Erwachsene mit einem oder mehreren Kindern), die über mehr als 2 500 € monatlichem Einkommen verfügen, wohnt die Hälfte in Ein- oder Zweifamilienhäusern, während

[20] Dabei wird auf die 50%-Armutsschwelle vom durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen (berechnet mit der alten OECD-Skala) zurückgegriffen.

dies nur 20 % jener mit einem Einkommen zwischen 1 500 und 2 000 € tun. Auch nach der Staatsangehörigkeit lassen sich Unterscheide in der zur Verfügung stehenden Wohnfläche erkennen. So verfügen Haushalte von Deutschen durchschnittlich über 82 m² Wohnfläche in ihren Wohnungen (42 m² pro Person). Haushalte mit einem ausländischen Haushaltsvorstand verfügen dagegen lediglich über 69 m² (29,5 m² pro Person).

Die Betrachtung der durchschnittlich pro Person zur Verfügung stehenden Wohnfläche in Abhängigkeit von der Armutssituation, zeigt, dass die armen Haushalte im Durchschnitt über 25 m² verfügen, während die durchschnittliche Wohnfläche bei den Nichtarmen 42 m² beträgt. Bildet man aus der Wohnfläche pro Kopf drei Klassen (unter 30 m², zwischen 30 und 50 m² und mehr als 50 m²) ist zu erkennen, dass 64 % der armen Haushalte über weniger als 30 m² verfügen. Bei den nichtarmen Haushalten sind dies lediglich 20 %. Demgegenüber haben 38% der nichtarmen Haushalte eine Pro-Kopf-Wohnfläche von mehr als 50 m². Bei den Armen sind dies nur 9 %, die über eine überdurchschnittliche Wohnfläche pro Haushaltsmitglied verfügen. Differenziert man die unterste Kategorie noch weiter, sieht man, dass fast ein Drittel (29,2 %) der armen Haushalte 20 m² oder weniger zur Verfügung haben. Bei den Nichtarmen sind dies nur 4 %.

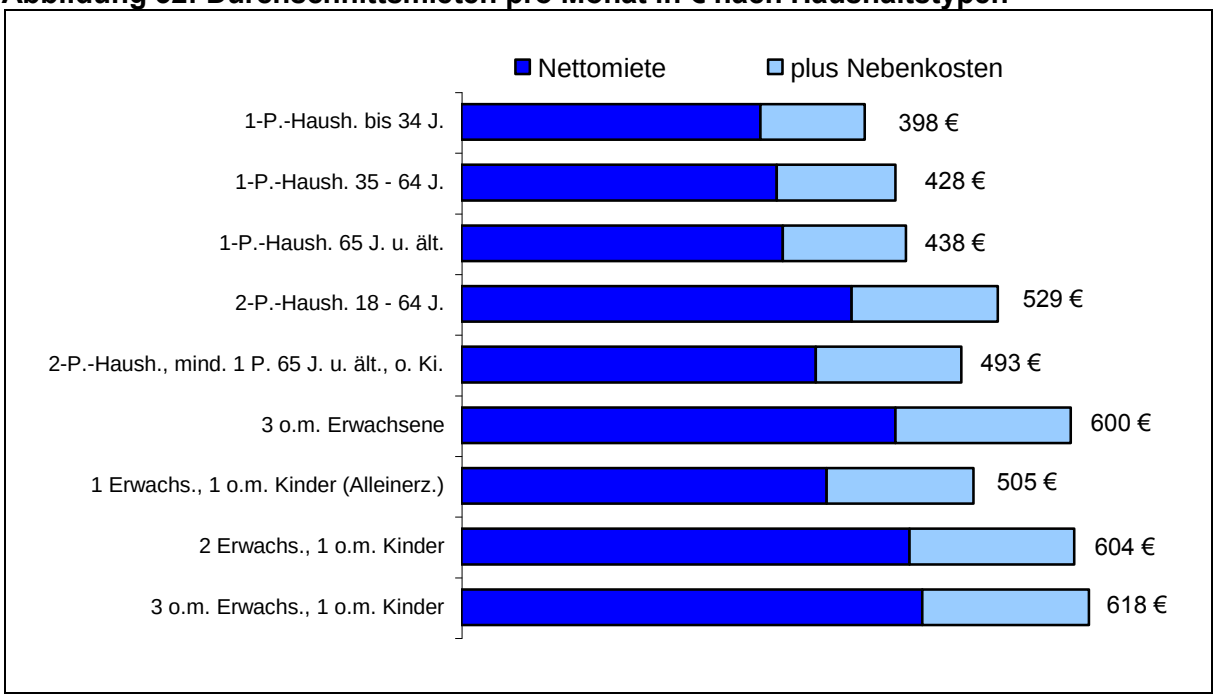
Diese Befunde der Nürnberger Wohnungs- und Haushaltserhebung 2001 decken sich weitgehend mit jenen der Bürgerbefragung 2000 in München (Stadt München, 2002, S. 52). Sie spiegeln sich auch in den subjektiven Wahrnehmungen der Befragten wieder. Während von den nichtarmen Haushalten 7,6 % angeben, ihre Wohnung sei schlecht ausgestattet, sind es bei den als arm einzustufenden Haushalten 14,9 %. Noch deutlicher ist der Unterschied bei der Einschätzung der Wohnungsgröße. Hier geben 21,2 % der Armen an, ihre Wohnung sei klein, gegenüber 7,4 % der Haushalte, die über der 50 %-Armutsschwelle liegen.

Wohnkosten und Mietbelastungen

Nach den aktuellen Ergebnissen der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2003 beträgt die monatliche Netto-Kaltmiete in Nürnberg (Stand Mai 2003 und bezogen auf freifinanzierte und Sozialwohnungen) durchschnittlich € 360 insgesamt bzw. € 5,26 je m² (vgl. Abbildung 32). Unter Berücksichtigung eines pauschalen Nebenkostenbetrags von € 1,95 je m² steigt die durchschnittliche Bruttomiete auf € 496 bzw. € 7,21 je m² an. Einpersonenhaushalte zahlten demnach, in Abhängigkeit vom Alter der Person, durchschnittlich zwischen 398 und 438 € Bruttomiete pro Monat. Bei den größeren Haushalten (drei und mehr Personen) lagen die monatlichen Wohnkosten durchschnittlich bei 600 €. Haushalte mit deutschem Haushaltsvorstand zahlten im Schnitt 501 € Warmmiete im Monat, während nichtdeutsche Haushalte im Mittel 476 € zahlten.

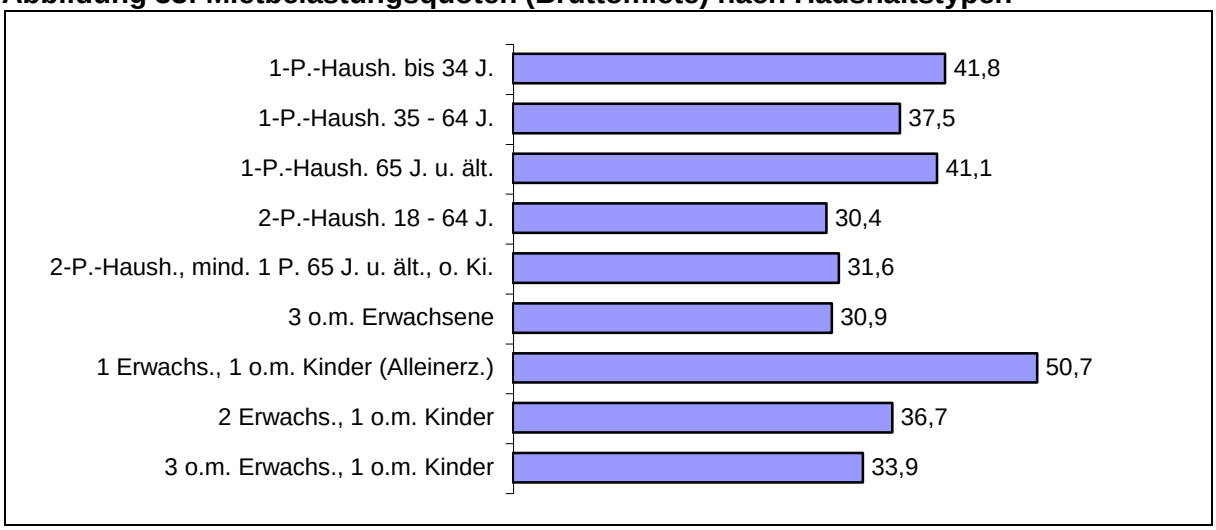
Zieht man zur genaueren Betrachtung der Belastung der Haushalte nicht die absolute Wohnkostenhöhe, sondern die so genannte Mietbelastungsquote, also den Anteil der Bruttomiete am Haushaltsnettoeinkommen heran, zeigt sich differenziert nach den Haushaltstypen folgendes Bild (Abb. 31). Nach den Ergebnissen der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2003 liegt die durchschnittliche Belastungsquote für alle Haushalte bei 36 %. Für deutsche Haushalte liegt sie durchschnittlich ebenfalls bei 36 %, während sie bei nichtdeutschen Haushalten 42 % beträgt. Weit überdurchschnittliche Belastungsquoten weisen Alleinerziehendenhaushalte auf. Sie müssen im Mittel 50 % ihres Einkommens für Wohnkosten ausgeben.

Abbildung 32: Durchschnittsmieten pro Monat in € nach Haushaltstypen



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2003 (vorläufige Ergebnisse)

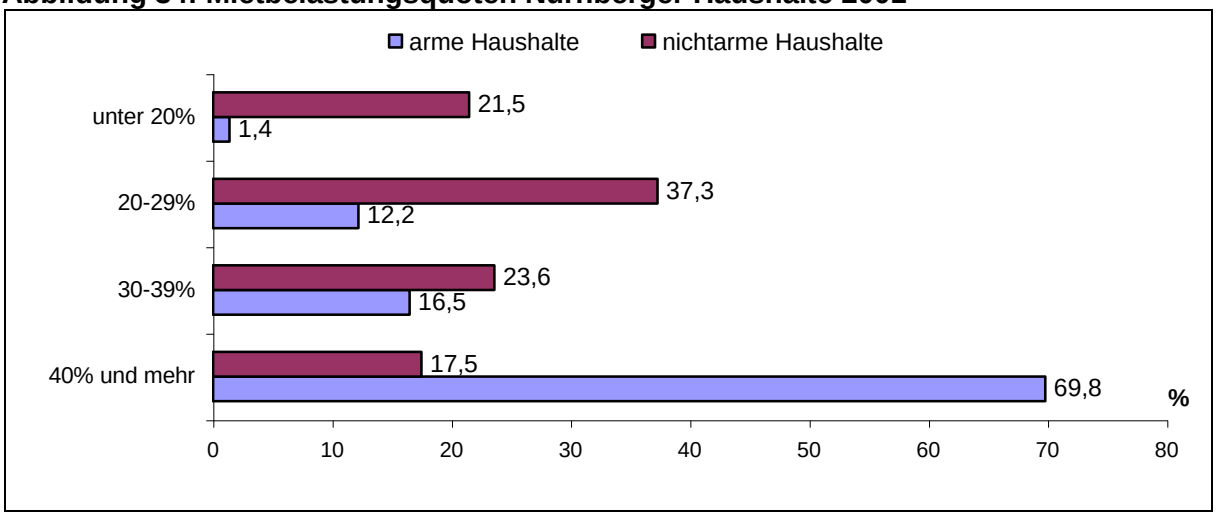
Abbildung 33: Mietbelastungsquoten (Bruttomiete) nach Haushaltstypen



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2003 (vorläufige Ergebnisse)

Betrachtet man die Mietbelastungsquoten in Abhängigkeit von der Armutsbetroffenheit, so lassen sich deutliche Unterschiede erkennen (Abb. 34). Arme Haushalte weisen nur in sehr geringem Ausmaß niedrige Belastungsquoten von unter 30 % auf, während 59 % der nicht-armen Haushalte Quoten von unter 30 % aufweisen. Andererseits ergeben sich sehr hohe Belastungsquoten von über 40 % bei einem großen Teil der armen Haushalte. Solche hohen Quoten kommen bei den Nichtarmen dagegen nur in sehr geringem Ausmaß vor. Im Durchschnitt liegt der Anteil der Wohnkosten am Haushaltsnettoeinkommen bei den armen Haushalten bei 65 %. Bei den nichtarmen Haushalten sind es im Mittel lediglich 30 %.

Abbildung 34: Mietbelastungsquoten Nürnberger Haushalte 2001



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2001

Wohngeld

Wenn die Miete bzw. Mietbelastung die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Haushaltes übersteigt, können Mieter oder Eigentümer einen Zuschuss zu den Wohnkosten erhalten. Hierbei wurde unterschieden zwischen dem so genannten Tabellenwohngeld bzw. spitz berechnetem Wohngeld, dessen Höhe sich nach Haushaltsgröße, Familieneinkommen und Höhe der Wohnungskosten richtet, und dem pauschalierten Wohngeld, welches Bezieher von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt und Kriegsopferfürsorge erhielten (Romaus, 1999: 297). Seit 1.1.2001 ist die Reform des Wohngeldgesetzes in Kraft getreten. Damit sollte ein gleichwertiges Leistungsniveau zwischen Allgemeinem Wohngeld (früher: Tabellenwohngeld) und dem Besonderen Mietzuschuss für Sozialhilfeempfänger (früher: Pauschaliertes Wohngeld) wiederhergestellt werden. Da der besondere Mietzuschuss im Kapitel zur Sozialhilfe behandelt wurde, konzentrieren sich die folgenden Ausführungen auf die Empfänger von Allgemeinem Wohngeld.

Das Allgemeine Wohngeld gibt es in zwei Formen: als Mietzuschuss für den Mieter einer Wohnung oder eines Zimmers und als Lastenzuschuss für den Eigentümer eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung. Dabei ist es unerheblich, ob der Wohnraum in einem Altbau oder Neubau liegt, und ob er öffentlich gefördert, steuerbegünstigt oder frei finanziert worden ist (BMVBW, 2001a: 6). Bei Überschreitung bestimmter Grenzen monatlichen Gesamteinkommens besteht kein Wohngeldanspruch mehr. Die Höchstbeträge für die zuschussfähige Miete hängen ab von der Mietstufe der Gemeinde, vom Alter des Wohnraumes und von der Haushaltsgröße. Insgesamt gibt es nach dem Wohngeldgesetz sechs Mietenstufen. Die Zuordnung einer Gemeinde zu einer Mietenstufe richtet sich dabei nach dem örtlichen Mietniveau, welches sich aus der durchschnittlichen prozentualen Abweichung der örtlichen Mieten vom Durchschnitt der Mieten im gesamten Bundesgebiet errechnet. Nürnberg befindet sich demnach in der Mietenstufe 4, d.h. es hat ein Mietniveau, das 5 bis unter 15 % über dem Durchschnitt der Mieten im Bundesgebiet liegt (BMVBW, 2001b).

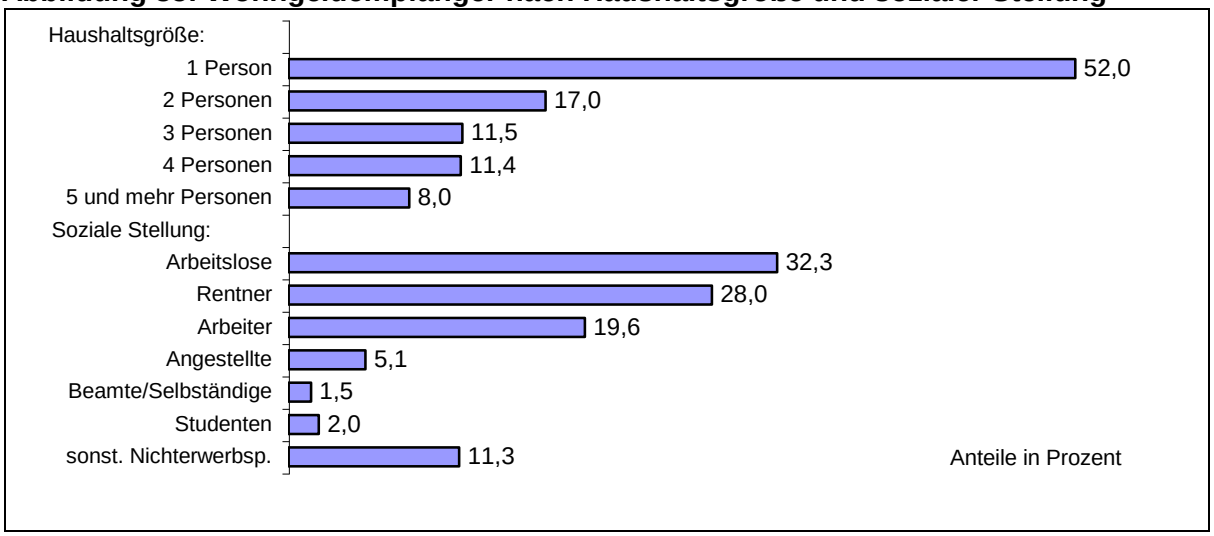
So wird beispielweise für einen Alleinstehenden die Miete nicht berücksichtigt, wenn sie monatlich 285 Euro übersteigt, bei Wohnraum, der zwischen dem 1.1.1966 und 31.12.1991 bezugsfertig geworden ist. Für Wohnraum, der ab dem 1.1.1992 bezugsfertig geworden ist, liegt der Höchstbetrag für die zuschussfähige Miete bei 325 Euro. Für einen Zweipersonenhaushalt liegen die entsprechenden Höchstbeträge bei 355 Euro (bezugsfertig vor dem 1.1.1992) bzw. 395 Euro (bezugsfertig nach dem 1.1.1992).

In Nürnberg gab es im Dezember 2002 10 375 Empfänger von Allgemeinem Wohngeld. Im Vorjahr lag die Zahl der Empfängerhaushalte bei 9 183, während es im Jahr 2000 6 754 wa-

ren. Das durchschnittliche monatlich bewilligte Wohngeld betrug 102,04 €. In den Jahren 2001 und 2000 waren es 99,70 € bzw. 68 € (Stadt Nürnberg, 2002c).

Empfänger von Allgemeinem Wohngeld in Nürnberg im Dezember 2002 waren überwiegend Einpersonenhaushalte (52 %). Zweipersonenhaushalte machten 17 % der Empfängerhaushalte aus und Drei- und Vierpersonenhaushalte jeweils etwa 11 %.

Abbildung 35: Wohngeldempfänger nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohngeldstatistik

Differenziert nach der sozialen Stellung des Antragsberechtigten bilden Arbeitslose mit 32,3 % die größte Gruppe. Die zweitgrößte Gruppe stellen die Rentnerhaushalte mit 28 % (darunter sind 78,5 % Alleinstehende) vor den Arbeiterhaushalten mit 19,6 % und den sonstigen Nichterwerbspersonen (Sozialhilfeempfänger ohne Anspruch auf pauschaliertes Wohngeld, Empfänger von Leistungen nach dem Ayslbewerberleistungsgesetz, Unterhaltsempfänger u.a.) mit 11,3 % dar. Hier lässt sich eine Veränderung zum Vorjahr erkennen. 2001 waren noch die Rentnerhaushalte, wie in den Vorjahren mit 32,8 % am stärksten vertreten (2000: 27,7 %; 1997: 29,3 %; 1995: 33,5 %). Die Arbeitslosen bildeten dagegen in den Vorjahren die zweitgrößte Gruppe (2001: 25,5 %; 2000: 21,5 %).

Betrachtet man den Empfängerkreis nach der Alterstruktur, lassen sich in den 90er Jahren Verschiebungen feststellen. Insbesondere die Altersgruppen der 35-44 und der 45-54jährigen verzeichnen einen deutlichen Anstieg. Demgegenüber fiel der Anteil der über 64jährigen Empfänger (Stadt Nürnberg, 1999). Im Dezember 2002 war die Alterstruktur weitgehend mit jener von 1999 vergleichbar. Allerdings ist der Anteil der 35-44jährigen noch weiter auf 25,9 % angestiegen und der Anteil der über 75jährigen weiter auf 9,2 % gesunken.
Die durchschnittliche anzusetzende Miete bzw. Belastung betrug im Dezember 2002 304,23 €. Bei einem durchschnittlichen bereinigten Einkommen von 731,38 € bedeutet dies eine Mietbelastungsquote von 41,6 %. Erhöht man das bereinigte Einkommen um das durchschnittliche monatlich bewilligte Wohngeld von 102,04 €, reduziert sich die Mietbelastungsquote auf 36,5 %. Für Westdeutschland lag die Mietbelastungsquote von Wohngeldempfängern im Jahr 2000 bei 48 % bzw. 36,9 % unter Berücksichtigung des Wohngeldes (Statistisches Bundesamt, 2002, S. 508). Im Vergleich dazu lag die durchschnittliche Mietbelastungsquote aller Haushalte in Westdeutschland im Jahr 2000 bei 25,4 %. Haushalte mit Wohngeldbezug weisen demnach weit überdurchschnittliche Mietbelastungsquoten auf.

2.6 Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit

Durch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen haben sich der Arbeitsmarkt und die Anforderungen an die Arbeitnehmer im Hinblick auf Flexibilität und Veränderungen der Lebensbiographie in den letzten Jahren stark gewandelt. Die Zahl der Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, befindet sich seit langem auf einem äußerst hohen Niveau. Damit sind Kommunen von Entwicklungen betroffen, die sie in der Regel nur bedingt steuern können.

Dabei bildet die Beteiligung am Arbeitsmarkt ein wesentliches Element der Integration in die Gesellschaft. Durch Arbeitslosigkeit bleiben Fähigkeiten und Fertigkeiten von Menschen ungenutzt und können nicht zur Erhöhung des individuellen und allgemeinen Wohlstandes beitragen. Stattdessen werden immer mehr Menschen von staatlichen Leistungen abhängig.
Da Einkommen aus Erwerbstätigkeit für den größten Teil der Bevölkerung noch immer die wichtigste Finanzierungsquelle des Lebensunterhaltes darstellt, gilt Arbeitslosigkeit als Hauptursache für Armut. So zeigt sich auch, dass die Betroffenheit von relativer Armut (gemessen an der 50 %-Armutsschwelle) bei Arbeitslosenhaushalten wesentlich höher liegt als bei allen Haushalten. Im Jahr 1998 waren in den alten Bundesländern 32,1 % der Arbeitslosenhaushalte gegenüber 9,5 % aller Haushalte von relativer Armut betroffen (Hanesch et al. 2000: 238). In Nürnberg lagen die Werte 2001 (vgl. Kapitel 2.4) bei 11,5 % für alle Haushalte und 35,6 % für Haushalte mit einem arbeitslosen Haushaltsvorstand. Arbeitslosigkeit hat daher erhebliche Konsequenzen für die Arbeitslosen und ihre Angehörigen, zunächst auf die finanzielle Situation, aber auch hinsichtlich sozialer Kontakte oder des Gesundheitszustandes (Stadt Berlin, 2002: 68).

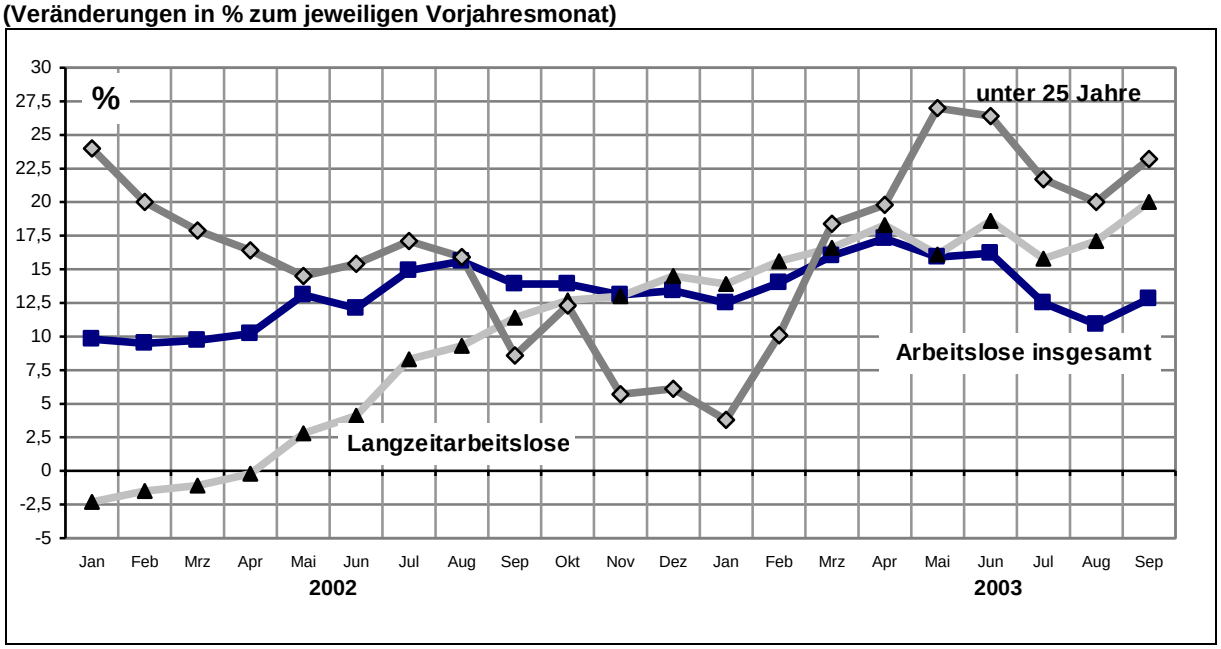
Starker Anstieg der Arbeitslosigkeit bei Langzeitarbeitslosen und jungen Menschen

Im Hauptamtsbereich[21] des Arbeitsamtes Nürnberg waren 32 162 Personen im September 2003 arbeitslos gemeldet (davon im Stadtgebiet: 29 526). Dies war der höchste Septemberstand seit 1997. Gegenüber dem Vorjahresmonat ist ein Zuwachs um 3 650 Arbeitslose zu verzeichnen. Die Quote (arbeitslos Gemeldete bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) betrug im September 2003 10,6 % (Vorjahr 9,4 %).

Wie Abbildung 36 zeigt, sind insbesondere die Zahlen der Langzeitarbeitslosen und der Arbeitslosen unter 25 Jahre seit Anfang 2002 stark angestiegen. Im September 2003 waren 9 572 Menschen länger als ein Jahr arbeitslos. Dies waren fast 1 600 oder 20 % mehr als ein Jahr zuvor. Stark betroffen von der Arbeitslosigkeit und von fehlenden Ausbildungsplätzen sind die jungen Menschen. Hier ist insbesondere seit Beginn des Jahres 2003 ein drastischer Anstieg der arbeitslos gemeldeten Menschen zu beklagen. Insgesamt waren am Ende des 3. Quartals in Nürnberg 3 574 junge Menschen, darunter 654 unter 20 Jahre, als arbeitslos registriert.

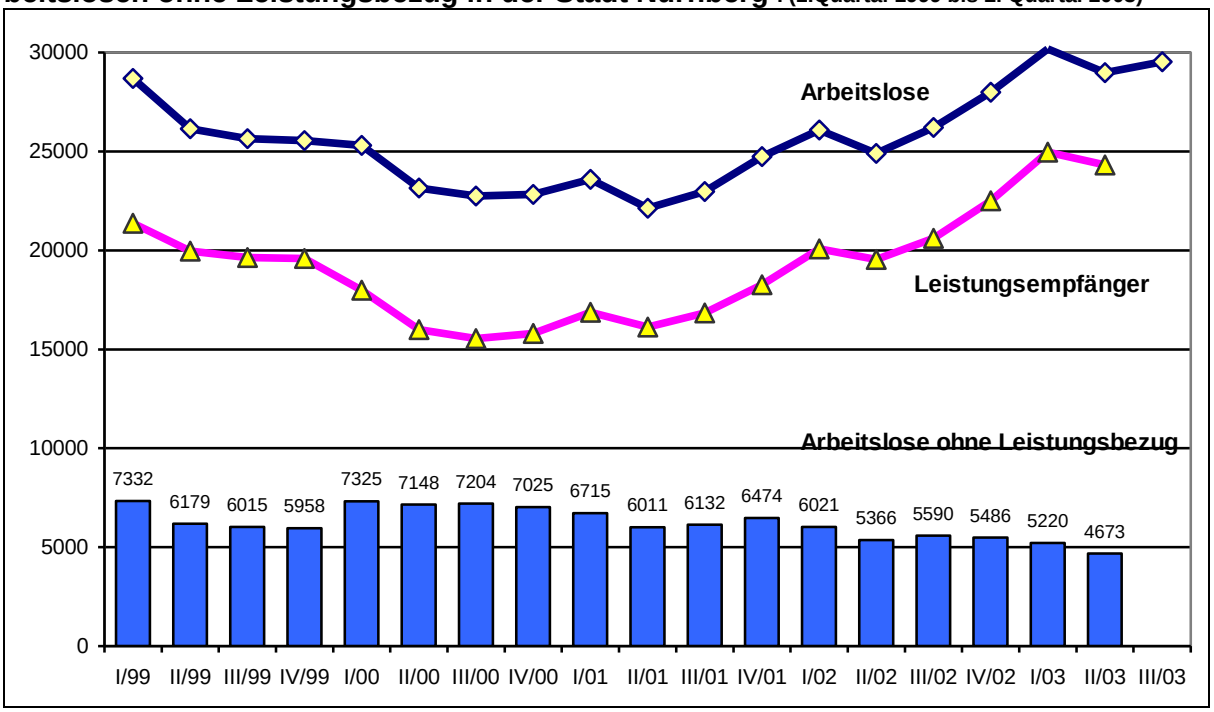
[21] Dieser Bereich umfasst das Gebiet der Stadt Nürnberg mit neun Umlandgemeinden (Altdorf, Burgthann, Feucht, Schwarzenbruck, Winkelhaid, Eckental, Kalchreuth, Heroldsberg und Wendelstein). Von der Einwohnerschaft dieses Bereiches entfielen (zum 31.12.2001) 84% auf die Stadt Nürnberg (Stadt Nürnberg, 2002a: 88).

Abbildung 36: Die Entwicklung der Arbeitslosen, der Langzeitarbeitslosen und der Arbeitslosen unter 25 Jahre seit Januar 2002 in Nürnberg
(Veränderungen in % zum jeweiligen Vorjahresmonat)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Abbildung 37: Entwicklung der Arbeitslosen, der Leistungsempfänger sowie der Arbeitslosen ohne Leistungsbezug in der Stadt Nürnberg . (1.Quartal 1999 bis 2. Quartal 2003)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Hoher Anteil von Arbeitslosenhilfeempfängern unter den Arbeitslosen

Von den 28 984 Arbeitslosen, die im Juni 2003 in der Stadt Nürnberg gemeldet waren, erhielten 24 311 Personen Geldleistungen vom Arbeitsamt. 4 673 Arbeitslose hatten keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Eingliederungshilfe. Wie die Abbildung 37 zeigt, ist der Anteil der Leistungsempfänger an allen Arbeitslosen in den letzten Jahren deutlich angestiegen. 84 % der Arbeitslosen erhalten Arbeitslosenunterstützung, vor drei

Jahren betrug die Quote nur 70 %. Allerdings ist der Anteil der Empfänger von Arbeitslosenhilfe, die nur bei Bedürftigkeit gewährt wird und aus Steuermitteln, nicht Beiträgen finanziert wird, in den letzten Jahren überproportional gestiegen und betrug, bezogen auf alle Arbeitslosen, im Juni 2003 36 %. Diese Entwicklung führte zwangsläufig zu einer stärkeren Belastung bei den Sozialhilfeleistungen der Stadt Nürnberg: über 53 % der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger sind arbeitslos gemeldet (vgl. Kap. 2.4 Sozialhilfe und Armut).

Risiko der Arbeitslosigkeit für Arbeiter und Ausländer höher

Strukturuntersuchungen zeigen, dass ein erhöhtes Risiko der Arbeitslosigkeit für Arbeitnehmer aus Arbeiterberufen und für Erwerbstätige nichtdeutscher Nationalität besteht. Der Arbeiteranteil an den Arbeitslosen liegt gesamtstädtisch bei 60 % und ist damit doppelt so hoch wie seinem Anteil an den Erwerbstätigen entspricht. In den Nürnberger Bezirken mit sehr hoher Arbeitslosigkeit (12 % und mehr, bezogen auf die 15 bis 64jährigen Einwohner) kommen sogar etwa 70 % der Arbeitslosen aus Arbeiterberufen. Noch deutlicher ist der räumliche Zusammenhang zwischen Stadtgebieten mit hoher Arbeitslosigkeit und hohen Ausländeranteilen unter den Arbeitslosen. 18 % der Erwerbstätigen in Nürnberg sind nichtdeutscher Nationalität, unter den registrierten Arbeitslosen ist der Anteil der Ausländer dagegen fast doppelt so hoch.

Tabelle 25: Ausgewählte Strukturmerkmale der Arbeitslosen in Nürnberg (Bereich Hauptamt) 1993, 1997, 2002 (jeweils 30.09.)

Merkmal	2002		1997		1993	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Arbeitslose insgesamt	28.512	100,0	32.322	100,0	21.770	100,0
Arbeiter/-in	16.380	57,4	19.523	60,4	13.845	63,6
Angestellte	12.132	42,6	12.799	39,6	7.925	36,4
Ausländer	9.175	32,2	9.493	29,4	5.263	24,2
Berufsausbildung						
ohne abgeschl. Berufsausb.	14.441	50,6	17.260	53,4	11.294	51,9
betriebliche Ausbildung	9.939	34,9	11.010	34,1	7.490	34,4
Berufsfach-, Fachschule	1.537	5,4	1.653	5,1	1.231	5,7
Fachhoch-, Hochschule	2.595	9,1	2.399	7,4	1.755	8,1
Angestrebte Stellung im Beruf						
Facharbeiter/-in	4.786	16,8	4.699	14,5	3.386	15,6
Nicht-Facharbeiter/-in	12.274	43,0	15.125	46,8	10.653	48,9
Angestellte mit geh. Tätigkeit	6.035	21,2	7.669	23,7	5.283	24,3
Angestellte mit einf. Tätigkeit	5.417	19,0	4.829	14,9	2.448	11,2

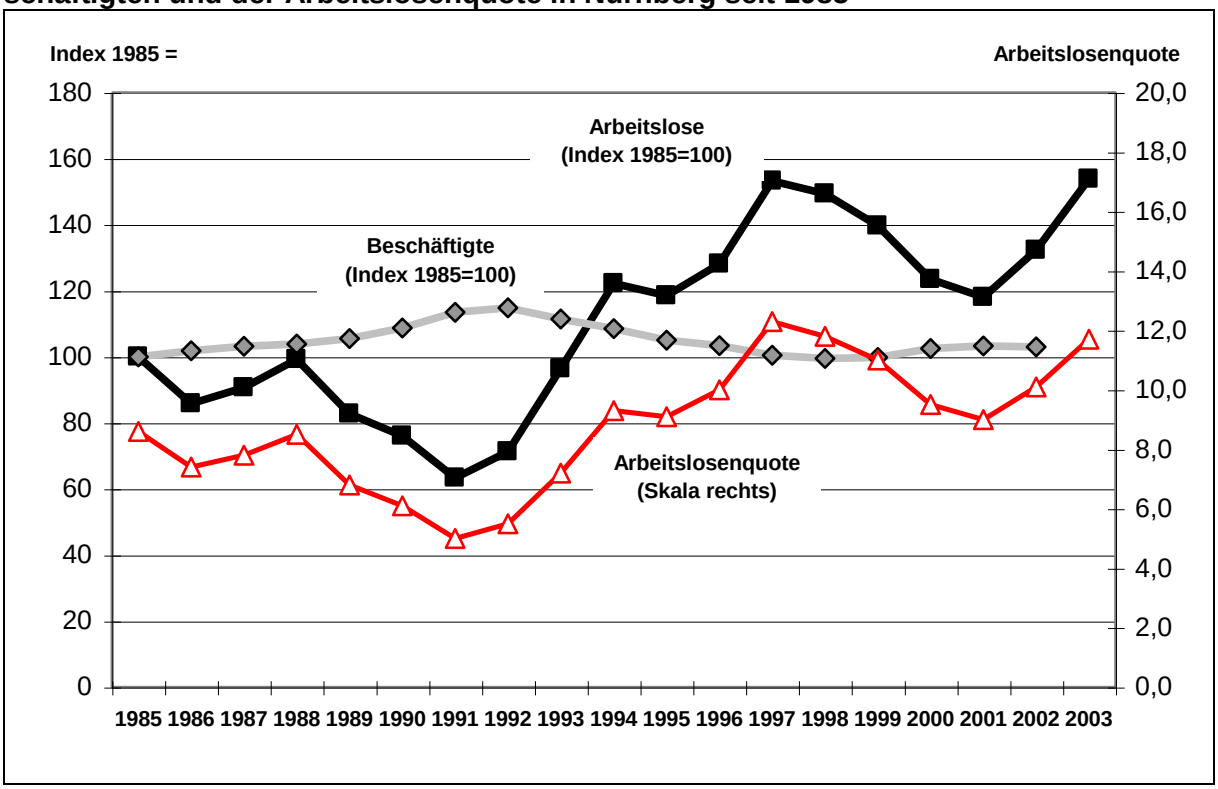
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Strukturwandel in Nürnberg führt zu Anpassungsproblemen auf dem Arbeitsmarkt

Nicht nur die gesamtwirtschaftlichen Schwierigkeiten belasten den Nürnberger Arbeitsmarkt; hinzukommen Anpassungsprobleme für viele Arbeitnehmer, die im anhaltenden Strukturwandel der Nürnberger Wirtschaft begründet liegen. Die ehemals dominierenden Branchen des Produzierenden Gewerbes sind seit 1980 von knapp 130 000 abhängig Beschäftigten auf 75 000 im Jahre 2002 zusammengeschmolzen. Im gleichen Zeitraum ist der tertiäre Sektor der Dienstleistungen und des Handels um fast 50 000 Arbeitsplätze angewachsen, so dass die Beschäftigungsverluste im Produzierenden Bereich nahezu ausgeglichen wurden (zur langfristigen Entwicklung vgl. Abbildung 38). Hinter dieser ausgeglichenen Gesamtbilanz verbergen sich jedoch große Anpassungsprobleme im Qualifikations- und Arbeitskräftebedarf, die sich, verglichen mit der Beschäftigtenentwicklung, in einem überproportionalen Anstieg der Arbeitslosenzahlen niedergeschlagen haben (Abbildung 38).

Die Probleme liegen vor allem in einem hohen Bestand an Arbeitslosen in Nürnberg, die den erhöhten Anforderungen, die sich aus der Entwicklung von innovativen und technologieorientierten Branchen ergeben, nicht gerecht werden. Über 50 % der Arbeitslosen in Nürnberg haben keine abgeschlossene Berufsausbildung, eine Negativquote, die sich in den letzten 10 Jahren kaum verändert hat (vgl. Tabelle 25). Unter den Arbeitsamtsbezirken in Bayern weist Nürnberg in dieser Hinsicht die mit Abstand schlechtesten Voraussetzungen auf (Durchschnitt in Bayern, Stand Sept. 2002: 37,8 % der Arbeitslosen ohne Berufsausbildung; München: 36,3 %, Augsburg: 40,6 %; Regensburg:37,9 %, Würzburg: 31,9 %). Diese qualifikationsbedingte Strukturschwäche wird noch durch die Tatsache belegt, dass fast zwei Drittel der Arbeitslosen eine Beschäftigung auf Nicht-Facharbeiter-Niveau (43 %) bzw. als Angestellte mit einfachen Tätigkeitsanforderungen anstreben.

Abbildung 38: Die Entwicklung der Arbeitslosen, der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Arbeitslosenquote in Nürnberg seit 1985

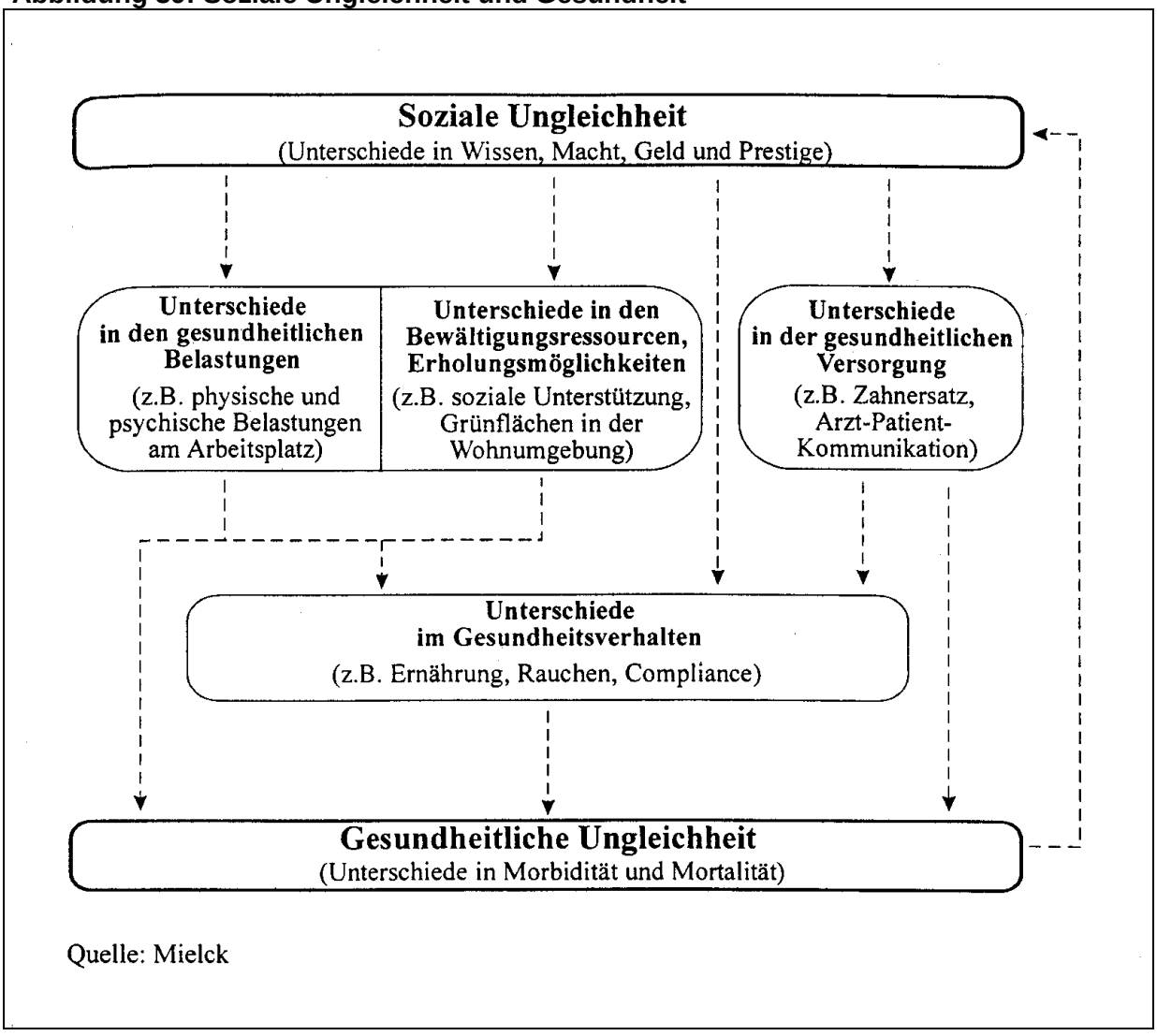


Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

2.7 Armut und Gesundheit

Soziale Ungleichheit, d. h. Unterschiede in Wissen, Macht, Geld und Prestige führen direkt oder indirekt über Unterschiede im Gesundheitsverhalten zu Unterschieden in der Morbidität und Mortalität der Bevölkerung. Dieser Zusammenhang wird durch viele nationale und internationale empirische Studien bestätigt. Die Ursachen hierfür liegen in den Unterschieden in der gesundheitlichen Belastung insbesondere am Arbeitsplatz, den dem einzelnen zur Verfügung stehenden Bewältigungsressourcen und Erholungsmöglichkeiten (wie soziale Unterstützung und Wohnumfeld) sowie bei der gesundheitlichen Versorgung (z.B. bei Zahnersatz, der Arzt-Patient-Kommunikation aber auch Zugangsbarrieren wie z. B. für Wohnungslose, Suchtkranke). Diese Zusammenhänge werden in der folgenden Abbildung[22] dargestellt.

Abbildung 39: Soziale Ungleichheit und Gesundheit



Umgekehrt kann natürlich auch der psychische oder körperliche Gesundheitszustand einer Person Rückwirkungen auf den sozialen Status haben, sei es über Einschränkungen in der Arbeitsfähigkeit oder auch durch die mit einer Krankheit verbundenen Kosten. Überspitzt gesagt führt Armut nicht nur zu einem höheren Krankheitsrisiko und damit möglicherweise früheren Tod, sondern die mit Krankheit verbundenen Einschränkungen und Kosten können ebenso auch zu einer Verarmung der Betroffenen z. B. durch Frühverrentung führen. So ist

[22] A. Mielck: Soziale Ungleichheit und Gesundheit, Bern 2000, S. 173

beispielsweise zu vermuten, dass die mehrfach beschriebene hohe Herzinfarktmortalität in Nürnberg mit von der besonderen sozialen Struktur der Stadt verursacht sein dürfte.

Über den Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit liegen zwar eine Vielzahl von empirischen Studien zu Einzelaspekten im In- und Ausland vor, bundesweit gültige Daten, die sich auf den regionalen Bereich herunterbrechen ließen, sind jedoch nicht vorhanden. Und auch im Rahmen des Statistischen Informationssystems liegen für die Stadt Nürnberg nur Mortalitätsdaten (Todesursachenstatistik) vor, die jedoch nicht mit sozio-ökonomischen Daten verknüpft werden können.

Direkt für Nürnberg sind nur einige wenige Aussagen aus einzelnen Studien der letzten Jahre vorhanden. Die beste Datenbasis liefert die Wohnungs- und Haushaltsbefragung 1995[23], bei der der Schwerpunkt bei Fragen zur Gesundheit lag. Leider wurde die Befragung seither nicht wiederholt. Eine Erhebung zur Ernährung und Gesundheit an Nürnberger Hauptschulen[24] aus dem Jahr 1997/98 versucht, durch die Auswahl der untersuchten Schulen eine sozio-ökonomische Differenzierung der Aussagen zu ermöglichen. Ebenfalls nur indirekt über den Schulsprengel lassen sich die Daten der Einschulungsuntersuchungen auf sozio-ökonomische Unterschiede hin interpretieren.

Subjektiver Gesundheitszustand und soziale Ungleichheit

In die in Nürnberg turnusmäßig durchgeführte Wohnungs- und Haushaltserhebung wurden im Jahr 1995 auf die Initiative des Gesundheitsamtes hin einige Zusatzfragen zur Einschätzung des Gesundheitszustandes der befragten Bürger und Bürgerinnen und zur Häufigkeit des Auftretens ausgewählter gesundheitlicher Beschwerden[25] aufgenommen. Es handelte sich um eine Stichprobe von 5.577 Haushalten, von denen letztlich 3 494 Fragebögen vollständig ausgewertet werden konnten.[26]

Das vorliegende Material ermöglicht keinen Zugang zu den Individualdaten. Deshalb können Zusammenhänge zwischen Armut und Gesundheit an dieser Stelle rechnerisch nicht nachgewiesen werden. Es zeigten sich dennoch zumindest für einige der mittel- oder unmittelbaren Einflussgrößen und für bestimmte Bevölkerungsgruppen deutliche Hinweise auf diese Zusammenhänge.

Geht man davon aus, dass Familienstand, Haushaltstyp und Haushaltsgröße einen Einfluss auf den Lebensstandard haben, zeigte sich ein Zusammenhang mit dem gesundheitlichen Befinden: Getrennt lebende, geschiedene oder verwitwete Personen schätzten am häufigsten ihren Gesundheitszustand als weniger gut oder schlecht ein, ebenso Ein-Personen-Haushalte mit einem Erwachsenen im Alter von 65 Jahren oder älter. (vgl. Tabelle 26)

Tabelle 26: Familienstand und Einschätzung des Gesundheitszustandes

Familienstand	sehr gut	gut	zufrieden-stellend	weniger gut	schlecht	weiß nicht/ k. Antwort
ledig	21,2	45,4	23,4	6,2	2,9	0,8
verheiratet	12,2	38	33	11,9	4,2	0,8
getrennt lebend, geschieden, verwitwet	8,2	26,5	35,1	18,9	10,1	1,2

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 1995

[23] Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik: Leben in Nürnberg, Ergebnisse der Wohnungs- und Haushaltserhebung 1995, Nürnberg 1998
[24] Stadt Nürnberg, Gesundheitsamt: Ernährung und Gesundheit an Nürnberger Hauptschulen, Nürnberg 1999b
[25] Es wurde die Häufigkeit des Auftretens von 10 Befindlichkeitsstörungen abgefragt : Kopfschmerzen/Migräne, Konzentrationsprobleme, Magen- und Verdauungsprobleme, Schlafstörungen, Appetitlosigkeit, Rücken- und Kreuzschmerzen, Niedergeschlagenheit, Nervosität und Antriebslosigkeit.
[26] Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, a.a.O. S. 5

Getrennt Lebende, Geschiedene oder Verwitwete hatten bei allen abgefragten Beschwerden auch die größten Anteile häufig Betroffener. Alleinerziehende wiesen bei Nervosität, Niedergeschlagenheit, Appetitlosigkeit, Konzentrationsproblemen, Kopfschmerzen/Migräne, Abgespanntheit/Erschöpfung und Antriebslosigkeit, den jeweils höchsten Anteil häufig Betroffener auf. Obwohl Haushalte mit 5 Personen und mehr ihren Gesundheitszustand relativ häufig als sehr gut einschätzten, hatten sie die höchsten Anteile an Personen, die häufig an Appetitlosigkeit, Magen- und Verdauungsproblemen, Konzentrationsproblemen, Kopfschmerzen/ Migräne, Abgespanntheit/Erschöpfung leiden sowie an Nervosität (vgl. Tabelle 30).

Ausländer schätzten ihren Gesundheitszustand zwar besser ein als Deutsche, hatten aber trotzdem bei den meisten gesundheitlichen Beschwerden (Niedergeschlagenheit, Appetitlosigkeit, Schlafstörungen, Magen-/Verdauungsprobleme, Konzentrationsprobleme, Kopfschmerzen/Migräne, Abgespanntheit/Erschöpfung) den größeren Anteil häufig Betroffener als die Deutschen (vgl. Tabelle 30).

Geht man davon aus, dass der allgemeine und der berufsbildende Schulabschluss den Lebensstandard eines Menschen bzw. seine Lebenschancen beeinflussen, zeigt sich ein eindeutiger Zusammenhang mit dem gesundheitlichen Befinden: Mit dem Grad des Schulabschlusses stieg der Anteil der Personen, die ihren Gesundheitszustand positiv einschätzten (vgl. Tabelle 27).

Tabelle 27: Schulabschluss und Einschätzung des Gesundheitszustandes

Allgemeiner Schulabschluss	sehr gut	gut	zufriedenstellend	weniger gut	schlecht	weiß nicht/ k. Antwort
Volks- und Hauptschule	9,3	31,1	35,8	15,6	7,3	0,8
Mittlere Reife	16,3	43,3	27,1	9,4	3,3	0,5
Abitur, Hochschulreife	20,8	45,7	24,1	6,3	1,9	1,3
Berufsbildender Abschluss	**sehr gut**	**gut**	**zufriedenstellend**	**weniger gut**	**schlecht**	**weiß nicht/ k. Antwort**
Berufsschule	11,9	35,6	33,9	12,5	5,2	0,9
Berufsfach-/ Fachschule	16,1	39,9	30,2	10,3	3	0,4
Fachhochschule/ Hochschule	20,4	47,8	23	6,1	1,5	1,3

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 1995

Befragte mit Volks- und Hauptschulabschluss hatten - mit Ausnahme von Abgespanntheit/Erschöpfung - bei allen der abgefragten Befindlichkeitsstörungen den höchsten Anteil häufig davon Betroffener. (vgl. Tabelle 30)

Erwerbstätigkeit und die Stellung im Beruf beeinflussen den Lebensstandard direkt: Arbeitslose und Rentner wiesen den größten Anteil weniger guter bis schlechter Einschätzungen ihres Gesundheitszustandes auf. (vgl. Tabelle 28)

Tabelle 28: Erwerb und Einschätzung des Gesundheitszustandes

Erwerbstätigkeit	sehr gut	gut	zufrieden-stellend	weniger gut	schlecht	weiß nicht/ k. Antwort
Teilzeit bis 35 Std	11,9	48,5	25,9	9,0	3,5	1,2
Vollzeit über 35 Std	19,0	44,5	26,8	7,0	1,9	0,8
arbeitslos z.Z.	12,4	27,3	24,8	23,1	11,6	0,8
Schüler/-in, Student/-in, Wehr-u. Zivildienstl.	23,9	51,3	17,9	5,1	1,7	-
Hausfrau/-mann, Sonst.	11,8	38,7	32,7	13,1	3,7	-
Rentner/ Pensionäre	5,6	21,7	40,8	19,9	10,8	1,2
Berufliche Stellung	sehr gut	gut	zufrieden-stellend	weniger gut	schlecht	weiß nicht/ k. Antwort
Selbständig, ltd./wiss. Angestellte, höhere Beamte	22,0	47,6	22,9	5,1	1,0	1,5
Mittl. und einfache Angestellte, Beamte	18,1	45,9	26	6,9	2,3	0,9
Facharbeiter/-in, Meister/-in, Vorarbeiter/-in	14,2	45,8	28,9	9,5	1,2	0,3
Un-, angelernte Arbeiter/-in	8,9	37,5	31	14,9	7,1	0,6

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 1995

Arbeitslose hatten mit Ausnahme von Abgespanntheit/Erschöpfung bei allen abgefragten gesundheitlichen Beschwerden die größten Anteile häufig Betroffener. An- und ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen wiesen ebenfalls den größten Anteil weniger guter und schlechter Einschätzungen des Gesundheitszustandes auf sowie bei allen Beschwerden die größten Anteile häufig Betroffener. (vgl. Tabelle 28 und 30)

Zwischen dem Haushaltsnettoeinkommen und der Zufriedenheit mit dem Gesundheitszustand zeigte sich ebenfalls ein eindeutiger Zusammenhang: Die Haushalte mit einem Einkommen von unter 500 € hatten die größten Anteile von Personen, die ihren Gesundheitszustand als schlecht bzw. weniger gut bezeichneten. Mit steigendem Einkommen nahm die Zufriedenheit mit dem gesundheitlichen Befinden zu (vgl. Tabelle 29).

Tabelle 29: Einkommen und Einschätzung des Gesundheitszustandes

Haushaltsnettoeinkommen	sehr gut	gut	zufrieden-stellend	weniger gut	schlecht	weiß nicht/ k. Antwort
bis 500 €	5,6	34,4	26,7	20,0	12,2	1,1
500 bis u. 1.000 €	10,1	29,6	28,8	19,9	10,5	1,1
1.000 bis u. 1.550 €	11,8	35,9	34,5	12,1	3,9	0,0
1.550 bis u. 2.050 €	10,1	38,5	34,5	12,1	3,9	0,9
2.050 bis u. 2.550 €	16,7	44,6	28,5	7,2	2,6	0,5
2.550 € und mehr	22,8	42,8	25,6	7,3	1,2	0,2
Art des Haupteinkommens	sehr gut	gut	zufrieden-stellend	weniger gut	schlecht	weiß nicht/ k. Antwort
Arbeitseinkommen	17,1	44,8	26,8	8,1	2,5	0,8
Renteneinkommen	6,2	23,9	39,3	19,9	9,5	1,0
Transfereinkommen	14,8	31,6	25,8	16,1	11	0,6

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 1995

Mit Ausnahme von Abgespanntheit/Erschöpfung und Antriebslosigkeit hatten Haushalte mit einem Nettoeinkommen von unter 500 € bei allen gesundheitlichen Beschwerden der Erhebung die höchsten Anteile häufig Betroffener. Bis unter die Einkommensgrenze von 1000 € war dies bei allen abgefragten Beschwerden der Fall (vgl. Tabelle 30) .

Auch die **Art des Haupteinkommens** beeinflusst stark das gesundheitliche Befinden: Bezieher von Renten- und Transfereinkommen hatten die größten Anteile von Personen, die mit ihrem Gesundheitszustand unzufrieden waren. Am zufriedensten waren Haushalte, die ihr Einkommen aus der eigenen Arbeit erwirtschaften. Allerdings wiesen Bezieher von Transfereinkommen auch einen relativ hohen Anteil sehr guter Beurteilungen ihres Gesundheitszustandes auf. Sie hatten bei allen Beschwerden den höchsten Anteil von häufig betroffenen Personen mit Ausnahme von Kreuz- und Rückenschmerzen (vgl. Tabelle 29 und 30).

Die Tabelle 30 fasst noch einmal diejenigen Personengruppen zusammen, die bei fünf und mehr der abgefragten gesundheitlichen Beschwerden den jeweils höchsten Anteil häufig Betroffener aufwiesen. Es zeigt sich deutlich ein Zusammenhang zwischen der Häufigkeit im Auftreten bestimmter gesundheitlicher Beschwerden und bestimmten sozialen Merkmalen, die mittel- oder unmittelbaren Einfluss auf das Wohlstandniveau eines Haushaltes ausüben.

Tabelle 30: Gesundheitliche Beschwerden in bestimmten Bevölkerungsgruppen

Beschwerden	Un-/ angelernte Arbeiter /-innen	Getrennt Lebende, Geschiedene, Verwitwete	Alleinerziehende	Ausländer, -innen	Volks- u. Hauptschulabschluss	Arbeitslose	Nettoeinkommen unter 500 €	Bezieher von Transfereinkommen
Kopfschmerzen /Migräne	+	+	+	+	+	+	+	+
Konzentrationsprobleme	+	+	+	+	+	+	+	+
Abgespanntheit /Erschöpfung	+	+	+	+				+
Magen-/Verdauungsprobleme	+	+		+	+	+	+	+
Schlafstörungen	+	+		+	+	+	+	+
Appetitlosigkeit	+	+	+	+	+	+	+	+
Rücken-/Kreuzschmerzen	+	+			+	+	+	
Niedergeschlagenheit	+	+	+	+	+	+	+	+
Nervosität	+	+	+		+	+	+	+
Antriebslosigkeit	+	+	+		+	+		+

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 1995

Das sog. Äquivalenzeinkommen ermöglicht eine realistischere Beurteilung des Wohlstandsniveaus eines Haushaltes als das Nettoeinkommen, da es die Haushaltsgröße mit berücksichtigt. Dadurch soll die Möglichkeit, in einem größeren Haushalt wirtschaftlicher leben zu können als in einem kleineren, berücksichtigt werden.[27] Das Wohlstandsniveau eines Haushalts bestimmt die Versorgungslage und auch den Zugang zu den Chancen, gesundheitsförderlich zu leben, wesentlich mit.

In Nürnberg betrug das Äquivalenzeinkommen für einen Ein-Personen-Haushalt im Jahr 1995 1.027 €. 50 % (514 €) dieses Einkommens gelten als die Schwelle zur relativen Armut. Bei einem Einkommen unter 40 % des Äquivalenzeinkommens spricht man von strenger Armut. Bei 60 % des Äquivalenzeinkommens (616 €) ist bereits die Schwelle zum armutsnahen Niedrigeinkommen erreicht. 200 % (2.054 €) des Äquivalenzeinkommens dagegen ist der Schwellenwert für Reichtum.[28]

Unter den Reichen war der Grad der Zufriedenheit mit der Gesundheit am höchsten: Insgesamt 64,5 % beurteilten ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut. Mehr als die Hälfte von ihnen (57,6 %) verhielt sich gesundheitsförderlich, indem sie angab, mindestens einmal pro Woche Sport zu betreiben. (vgl. Tabelle 31 und 32)

Die Reichen litten am seltensten unter gesundheitlichen Beschwerden: Unter ihnen war der Anteil derjenigen Personen, die häufig an den abgefragten gesundheitlichen Störungen litten, am geringsten. Dies traf für alle abgefragten Beschwerden zu. Umgekehrt gaben die Reichen am häufigsten an, nie von den abgefragten Beschwerden betroffen zu sein (mit Ausnahme der Abgespanntheit).

Tabelle 31: Wohlstandsniveau und Einschätzung des Gesundheitszustandes

Einkommen in % des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens	sehr gut	gut	zufriedenstellend	weniger gut	schlecht	weiß nicht/ k. Antwort
weniger als 40 %	9,9	35,6	25,7	16,8	11,5	0,5
weniger als 50 %	12,4	35,3	27,1	15,9	8,9	0,4
weniger als 60 %	10,9	38,6	30,6	13,1	6,4	0,4
mehr als 200 %	23,7	40,8	27,0	6,6	2,0	

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 1995

Tabelle 32: Wohlstandsniveau und die Häufigkeit der Ausübung von Sport

Einkommen in % des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens	täglich	mehrmals pro Woche	einmal pro Woche	seltener	nie
weniger als 40 %	4,7	15,2	14,1	24,1	41,9
weniger als 50 %	5,4	14,7	14,7	24,8	40,3
weniger als 60 %	4,9	14,4	16,4	26,7	37,6
mehr als 200 %	7,9	29,8	19,9	27,2	15,2

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 1995

Bei bestimmten gesundheitlichen Beschwerden wurde ein Zusammenhang zwischen der Häufigkeit des Auftretens mit der Höhe des Einkommens, gemessen am durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen, deutlich: Der Anteil der häufig von Magenbeschwerden, Schlafstörungen und Antriebslosigkeit Betroffenen nahm kontinuierlich zu mit einem sinkendem Anteil des Haushaltseinkommens am durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen. Umgekehrt sank

[27] vgl. Kapitel 2.3
[28] Dieser Wert erhält für jedes weitere Haushaltsmitglied eine Gewichtung (vgl. Kap.2.3)

der Anteil nie von Konzentrationsproblemen, Magenbeschwerden, Schlafstörungen, von Appetit- und Antriebslosigkeit Betroffener fortlaufend mit zunehmendem Einkommen. (vgl. Tabelle 33) Auch der Anteil derjenigen Befragten die nie Sport betrieben, war bei den Haushalten, die über weniger als 40 % des Äquivalenzeinkommens verfügen, d.h. in strenger Armut leben, am höchsten (41,9 %) (vgl. Tabelle 32).

Tabelle 33: Wohlstandsniveau und die Häufigkeit gesundheitlicher Beschwerden

Einkommen in % des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens	Magenbeschwerden			Schlafstörung		
	häufig	manchmal	nie	häufig	manchmal	nie
weniger als 40 %	12,0	26,2	61,7	19,4	30,1	50,5
weniger als 50 %	11,6	26,0	62,4	17,0	32,0	51,0
weniger als 60 %	10,4	25,6	64,0	14,6	30,8	54,6
mehr als 200 %	4,8	21,8	73,5	6,0	26,2	67,8

Einkommen in % des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens	Antriebslosigkeit			Konzentrationsprobleme		
	häufig	manchmal	nie	häufig	manchmal	nie
weniger als 40 %	9,4	40,3	50,3	11,4	39,1	49,5
weniger als 50 %	9,3	39,7	51,0	11,6	39,2	49,2
weniger als 60 %	7,1	39,2	53,7	9,6	39,2	51,2
mehr als 200 %	6,8	30,6	62,6	3,4	36,7	59,9

Einkommen in % des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens	Appetitlosigkeit		
	häufig	häufig	manchmal
weniger als 40 %	7,8	11,4	39,1
weniger als 50 %	7,7	11,6	39,2
weniger als 60 %	4,9	9,6	39,2
mehr als 200 %		3,4	36,7

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 1995

Soziale Ungleichheit und Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen

Die vom Lehrstuhl für Soziologie der Universität Erlangen-Nürnberg durchgeführte Studie zu Ernährung und Gesundheit an vier Nürnberger Hauptschulen versucht, über die Auswahl der Schulen Unterschiede u. a. auch in der sozialen und ethnischen Herkunft zu berücksichtigen. So wurden in der Studie eine Hauptschule mit für Nürnberg gehobener Sozialstruktur in einem Gebiet mit aufgelockerter Bebauung, eine Hauptschule in einem Wohngebiet mit mittlerer Sozialstruktur, eine Schule mit hohem Ausländeranteil und eine Schule mit hohem Aussiedler- und Ausländeranteil ausgewählt.[29] Das Einzugsgebiet der beiden letztgenannten Schulen weist außerdem einen besonders hohen Arbeitslosenanteil auf. D. h. es wurde zwar der Einfluss der sozialen Lage auf einzelne Fragen untersucht, nicht jedoch der Einfluss von Armut. Die Erhebung bezog sich ausschließlich auf die Schülerinnen und Schüler der 5. und 8. Klassen.

Die Studie erbrachte folgendes Ergebnis: „An den zwei Schulen mit sozialstrukturell schlechter zusammengesetzter Schülerschaft finden sich überproportional viele Übergewichtige

[29] Stadt Nürnberg, Gesundheitsamt 1999b, Ernährung und Gesundheit an Nürnberger Hauptschulen, 1999, S. 5

(28,8 und 14,9 % gegenüber 11,9 und 12,3 % an den beiden anderen Schulen), an den zwei Schulen mit sozialstrukturell besser zusammengesetzter Schülerschaft überproportional viel untergewichtige Befragte – und umgekehrt"(8,2 bzw. 7,1 % gegenüber 2,8 und 2,7 % in den sozialstrukturell schlechter zusammengesetzten Schulen)[30]. Auch bei dem Zustand der Zähne zeigten sich insbesondere im Hinblick auf eine kieferorthopädische Behandlung ebenfalls deutliche soziale Unterschiede: „Eine kieferorthopädische Behandlungsnotwendigkeit wird bei Jugendlichen aus schlechterer sozialer Lage häufiger angegeben als bei Jugendlichen aus besseren sozialen Lagen; bei letzteren ist eine solche Behandlung, sofern überhaupt notwendig, bereits relativ häufig in Angriff genommen oder gar schon abgeschlossen worden." Auch bei Plaque und Gingivitis zeigen sich deutliche soziale Unterschiede: 39,5 % der Schüler aus der Unterschicht gegenüber 33,7 % aus der oberen Mittelschicht weisen Plaque, 16,0 % gegenüber 13,2 % weisen Gingivitis auf.[31] Alle anderen Aussagen der Untersuchung liegen entweder nicht nach Schulstandort bzw. Schichtzugehörigkeit differenziert vor oder es zeigten sich keine Unterschiede hinsichtlich der sozialen Lage.

Die Schuleingangsuntersuchung war bis zum Schuljahr 2002/3 die einzige Volluntersuchung eines nahezu gesamten Kinderjahrgangs zu dessen Gesundheitszustand. Bei der Einschulung 2003 wurden nur noch die Kinder vollständig untersucht, die keine U 9 vorweisen können. Im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung wurde zuletzt die Schuleingangsuntersuchung 1999[32] vollständig und systematisch ausgewertet. Zwar wurden in der Schuleingangsuntersuchung keine sozialstrukturellen Merkmale der Eltern erfasst, über den Schulsprengel ist jedoch eine kleinräumliche Analyse der Ergebnisse möglich. Im Analogieschluss lassen sich über die Sozialstruktur des Sprengels wiederum Rückschlüsse auf die soziale Zusammensetzung der Familien der Schülerschaft ziehen. D. h. es ist zu vermuten, dass die beobachteten Unterschiede zwischen Schulsprengeln mit vorwiegend sozialstrukturell schlecht situierter Bevölkerung und sozialstrukturell überwiegend gut situierter Bevölkerung auf soziale Ungleichheit zurückzuführen sind.

Für eine exakte Klassifikation der Schulsprengel fehlt bisher ein Modell der sozialräumlichen Gliederung. Als Ersatz lassen sich hier nur informierte Vermutungen anstellen. Vergleicht man die sozialstrukturell schwachen Schulsprengel der Volksschulen Reutersbrunnenstraße, Wandererstraße, Preißlerstraße, Amberger Straße, Ossietzkystraße, Salzbrunner Straße, Gabelsberger Straße, Schweinauer Hauptstraße, Wiesenstraße und Knauerstraße miteinander, so zeigen sich große Gemeinsamkeiten: Der Anteil der Kinder mit Übergewicht war in ihnen hoch bis sehr hoch, das gleiche gilt für Kinder mit motorischen Defiziten (motorische Koordinationsstörungen) sowie Thoraxverbildungen und Wirbelsäulenverbiegungen. Außerdem war der Anteil der Kinder mit mindestens einer unvollständigen Impfung gegen Polio, Diphtherie und/oder Tetanus in fast allen diesen Schulsprengeln überproportional hoch. In den deutlich sozialstrukturell besser situierten Schulsprengeln Fischbacher Hauptstraße, Moritzbergstraße, Kalchreuther Straße, Heroldsberger Weg und Grimmstraße lagen diese Werte deutlich unter dem Stadtdurchschnitt.[33] D. h. die beobachteten Unterschiede dürften stark sozialstrukturell bedingt sein.

Schlussfolgerungen

Die wenigen für Nürnberg vorhandenen Daten zeigen einen deutlichen Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Gesundheit. Ökonomisch schwache Familien und Einzelpersonen sind höheren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt, nehmen bzw. können die Angebote des Gesundheitssystems nur begrenzt in Anspruch nehmen und besitzen damit ein deutlich höheres Gesundheitsrisiko. Angesichts immer knapper werdender Ressourcen im kommunalen Gesundheitsbereich erhält aber die Konzentration der verbleibenden Ressourcen auf die be-

[30] a.a.O, S. 37
[31] a.a.O., S. 39
[32] Stadt Nürnberg, Gesundheitsamt: Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 1999 mit ausgewählten kleinräumigen und zeitlichen Aspekten, Nürnberg 2000c
[33] siehe a.a.O., S.56

nachteiligten Bevölkerungsgruppen besondere Bedeutung. Um hier gezielt präventiv und kompensatorisch handeln zu können, fehlen die empirischen Daten.

Eine Möglichkeit bestünde darin, im Rahmen der Wohnungs- und Haushaltserhebung regelmäßig, möglichst noch umfangreichere Daten zum Gesundheitszustand der Bevölkerung abzufragen. Ein anderer Weg, wie er beispielsweise in München mit dem Münchner Gesundheitsmonitoring[34] beschritten wurde, besteht in einer separaten Erhebung. Die finanziellen Mittel hierfür stehen jedoch gegenwärtig nicht zur Verfügung.

Mit der Abschaffung der flächendeckenden Einschulungsuntersuchung ging die einzige Möglichkeit, Informationen zum Gesundheitsstatus eines nahezu vollständigen Kinderjahrgangs zu erhalten, verloren. Diese Vollerhebung bot bisher die einzige Möglichkeit, epidemiologische Aussagen zur gesundheitlichen Situation von Kindern in Nürnberg zu treffen; trotz der aufgezeigten, noch nicht gelösten Probleme lassen sich hier dennoch Hinweise auf sozialstrukturell bedingte Unterschiede finden.

[34] Landeshauptstadt München, Referat für Gesundheit und Umwelt: Münchner Gesundheitsmonitoring 1999/2000, München 2002

2.8 Sozialraumanalyse der Stadt Nürnberg

Die Wohnverhältnisse, die demografischen Veränderungen und die sozialen Lebensbedingungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen prägen das Bild und die innere Struktur der Stadtteile in Nürnberg. Die in den vorangegangenen Kapiteln dargestellten Probleme treten in den Stadtteilen in ganz unterschiedlicher Weise auf. Mit Hilfe einer sogenannten „Clusteranalyse“ werden im folgenden die 87 statistischen Bezirke der Stadt zu sozialräumlichen Typen zusammengefasst. Auf diese Weise wird es möglich, die Verschiedenartigkeit der Stadtteile bei Situationsanalysen und späteren Maßnahmenschwerpunkten zu berücksichtigen. Hierbei handelt es sich zunächst um einen Vorschlag zur Typisierung; eine räumlich tiefer gegliederte Analyse, etwa auf der Ebene der Distrikte, würde sicherlich noch zutreffendere Ergebnisse liefern.

Die Clusteranalyse dient dazu, die Stadtgebiete (Bezirke) derart in Gruppen („Cluster“) zu unterteilen, dass die derselben Gruppe zugeordneten Bezirke eine möglichst hohe Ähnlichkeit hinsichtlich der betrachteten Strukturmerkmale aufweisen, während gleichzeitig die Ausprägung der Strukturmerkmale unterschiedlicher Gruppen deutlich verschieden voneinander sind. Es werden also Nachbarschaften gebildet, die in sich möglichst homogen sind, sich aber von anderen Nachbarschaften in einer oder mehrerer Eigenschaften unterscheiden.

In die Analyse sind insgesamt 16 Variablen aus den Bereichen Haushalts- und Bevölkerungsstruktur (Alter, Nationalität, Wohndauer, Haushaltszusammensetzung), Bebauungsstrukturen, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe eingegangen, die allesamt 2002 erhoben wurden. In Anlehnung an Sozialraumanalysen anderer, vergleichbar großer Städte wie Stuttgart oder Köln wurden im einzelnen folgende Variablen verarbeitet:

- Als Indikator für die Altersstruktur eines Bezirks werden zum einen der Anteil der Kinder (0 – 6 Jahre) bzw. der älteren Kinder und Jugendlichen (6 – 15 Jahre) herangezogen. Eine Unterscheidung wird vorgenommen, um die durchschnittliche Alterstruktur der Bewohner besser abgrenzen zu können. Zum anderen ging auch der Anteil der Menschen über 65 Jahre in die Analyse mit ein. Weiterer Indikator für die Zusammensetzung der Bevölkerung im Bezirk ist der Anteil der Haushalte mit Kindern.

- Die Attraktivität des Bezirks wird daran gemessen, wie lange die Menschen bereits im Bezirk leben; es wird davon ausgegangen, dass, je beständiger die Wohndauer in einem Stadtteil insgesamt ist, desto attraktiver ist der Bezirk. Die verwendeten Variablen erfassen sowohl den Anteil der Personen mit einer Wohndauer von unter 5 Jahren, als auch den der Personen mit über 10-jähriger Wohndauer. Weiter geht die Mobilität der Einwohner (= Zu- und Wegzüge addiert je 1000 Einwohner) in die Analyse mit ein. Die prozentuale Veränderung der Bevölkerung von 1995 bis 2002 gibt Auskunft darüber, wie es im Zeitverlauf um die Anziehungskraft des Bezirks bestellt ist. Eine negative Veränderung besagt, dass die Attraktivität ab-, eine positive dass sie zunimmt.

- Um die Sozialstruktur des Bezirks einschätzen zu können, werden die Anteile der Menschen mit ausländischem Pass, der Erwerbslosen, der Alleinerziehenden, der Empfänger von staatlichen Zuwendungen und der Anteil der Einpersonenhaushalte aufgenommen. Hieraus kann das Armutspotenzial innerhalb eines Bezirks abgeschätzt werden.

- Über die Variablen Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser, Wohnfläche in m² je Einwohner und Bebauungsdichte sollte die Struktur des Wohnumfelds des Bezirks beschrieben werden, die sich ebenfalls auf die Zufriedenheit der Bewohner und die Attraktivität eines Bezirks auswirkt.

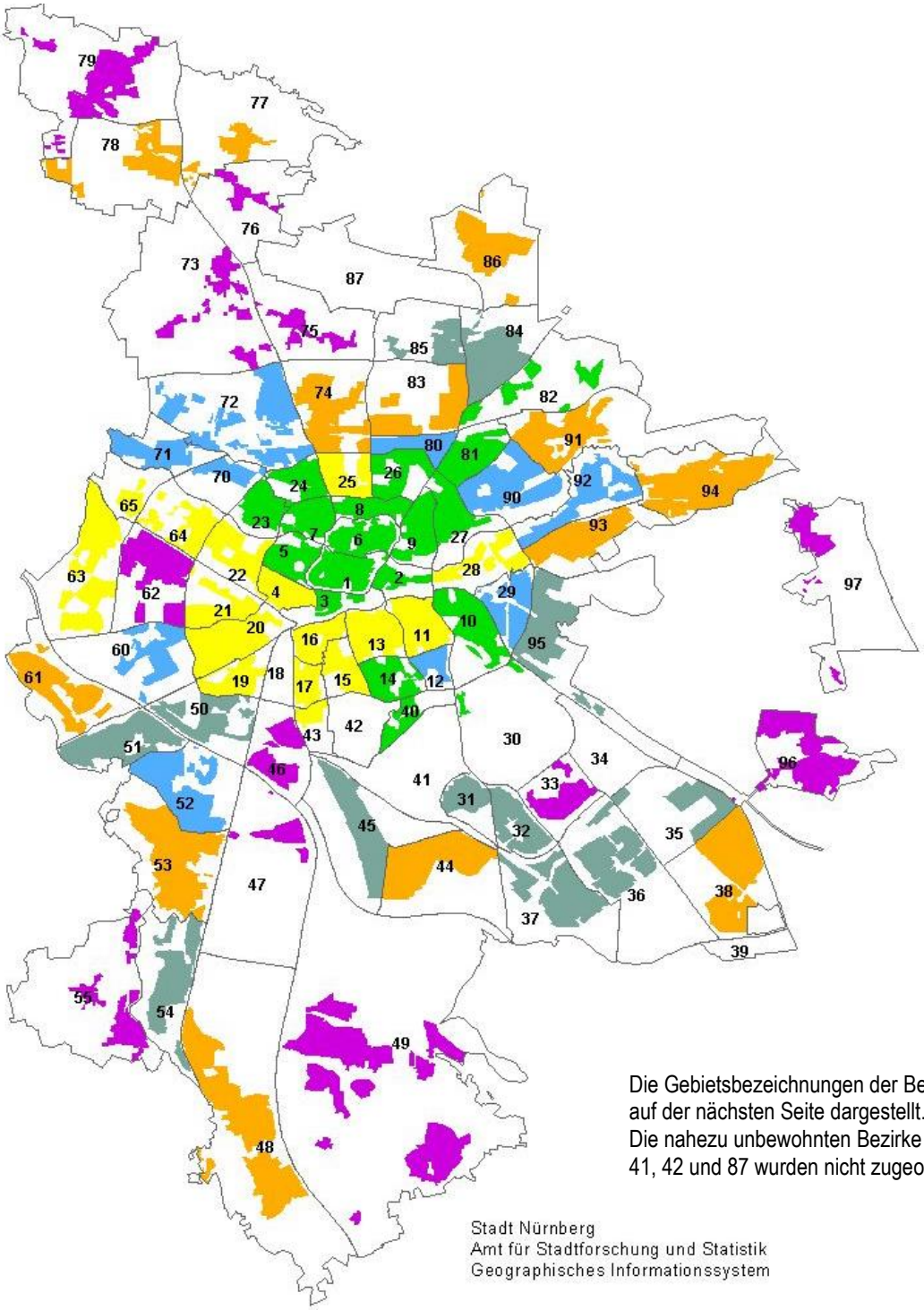
Um ein übersichtliches Bild der jeweiligen Indikatoren innerhalb des sozialräumlichen Typs zu gewährleisten, wird für jede Variable der städtische Durchschnitt ermittelt. Mit der Anzahl der Plus- bzw. Minuszeichen in den Übersichten auf den folgenden Seiten kann dann angegeben werden, wie sich das Merkmal im jeweiligen Typ im Vergleich zum Durchschnitt verhält. Plus bedeutet dabei im Vergleich zum Mittelwert über-, Minus unterdurchschnittlich. Eine 0 deutet an, dass das Merkmal im städtischen Durchschnitt liegt.

In nachfolgender Übersicht wird eine Kurzcharakterisierung der ermittelten sechs Sozialtypen dargestellt; außerdem wird angegeben, wie sich die Bevölkerung der Stadt Nürnberg auf die Gruppen verteilt. Auffällig ist, dass nahezu 50 % der Einwohner (249.209 Personen) den Typen 1 bzw. 2 zuzuordnen waren, also den Räumen, die ein eher erhöhtes Armutspotenzial aufweisen. Die Karte auf der folgenden Seite zeigt die räumliche Verteilung der typisierten Gebiete im Stadtgebiet; daran schließt sich eine detaillierte Beschreibung der Sozialraum-Typen an.

Tabelle 34: Beschreibung der Sozialraumtypen

Beschreibung des sozialräumlichen Typs	Einwohner absolut	Einwohner in %
Typ 1: Hohe Bebauungsdichte mit gemischter Bevölkerungsstruktur, viele Singles, viele Alleinerziehende, leicht erhöhtes Armutspotenzial	117.737	23,5
Typ 2: hohe Bebauungsdichte mit hoher Mobilität, hoher Kinderanteil, hohe Arbeitslosigkeit und Sozialhilfedichte, hohes Armutspotenzial	131.472	26,3
Typ 3: stadtnahe Randgebiete mit hohem Neubauanteil und wachsender Bevölkerung, gemischte Wohn- und Bevölkerungsstrukturen, keine sozialen Auffälligkeiten	55.640	11,1
Typ 4: ältere aufgelockerte Baugebiete, überwiegend deutsche Bevölkerung mit hohem Seniorenanteil, geringes Armutspotenzial	78921	15,8
Typ 5: Stadtrandgebiete mit aufgelockerter Bebauung, z.T. Neubau, wachsende und überwiegend deutsche und eher jüngere Bevölkerung, kein bis geringes Armutspotenzial	46.632	9,3
Typ 6: Stadtrandgebiete mit großzügigen Wohnstrukturen, überwiegend deutsche und ältere Bevökerungsstrukturen, kein Armutspotenzial	69.793	14,0

Abbildung 40: Sozialräumliche Typisierung der Statistischen Bezirke in Nürnberg



Die Gebietsbezeichnungen der Bezirke sind auf der nächsten Seite dargestellt.
Die nahezu unbewohnten Bezirke 18, 34, 39, 41, 42 und 87 wurden nicht zugeordnet

Stadt Nürnberg
Amt für Stadtforschung und Statistik
Geographisches Informationssystem

- hohe Bebauungsdichte mit gemischter Bevölkerungsstruktur, viele Singles, viele Alleinerziehende, leicht erhöhtes Armutspotenzial
- hohe Bebauungsdichte mit hoher Mobilität, hoher Kinderanteil, hohe Arbeitslosigkeit und Sozialhilfedichte, hohes Armutspotenzial
- stadtnahe Randgebiete mit hohem Neubauanteil und wachsender Bevölkerung, gemischte Wohn- und Bevölkerungsstrukturen, keine sozialen Auffälligkeiten
- ältere aufgelockerte Baugebiete, überwiegend deutsche Bevölkerung mit hohem Seniorenanteil, geringes Armutspotenzial
- Stadtrandgebiete mit aufgelockerter Bebauung, z.T. Neubau, wachsende und überwiegend deutsche und eher jüngere Bevölkerung, kein bis geringes Armutspotenzial
- Stadtrandgebiete mit großzügigen Wohnstrukturen, überwiegend deutsche und ältere Bevölkerungsstrukturen, kein Armutspotenzial

Gebietsbezeichnungen der Statistischen Bezirke:

01 Altstadt, St. Lorenz
02 Marienvorstadt
03 Tafelhof
04 Gostenhof
05 Himpfelshof
06 Altstadt, St. Sebald
07 St. Johannis
08 Pirckheimerstraße
09 Wöhrd
10 Ludwigsfeld
11 Glockenhof
12 Guntherstraße
13 Galgenhof
14 Hummelstein
15 Gugelstraße
16 Steinbühl
17 Gibitzenhof
18 Sandreuth
19 Schweinau
20 St. Leonhard
21 Sündersbühl
22 Bärenschanze
23 Sandberg
24 Bielingplatz
25 Uhlandstraße
26 Maxfeld
27 Veilhof
28 Tullnau
29 Gleißhammer
30 Dutzendteich
31 Rangierbahnhof-Siedlung
32 Langwasser NW
33 Langwasser NO
34 Beuthener Straße
35 Altenfurt Nord
36 Langwasser SO
37 Langwasser SW
38 Altenfurt, Moorenbrunn
39 Gewerbepark Nürnberg-Feucht
40 Hasenbuck
41 Rangierbahnhof
42 Katzwanger Straße
43 Dianastraße
44 Trierer Straße
45 Gartenstadt
46 Werderau
47 Maiach
48 Katzwang, Reichelsdorf Ost, Reichelsdorfer Keller
49 Kornburg, Worzeldorf
50 Hohe Marter
51 Röthenbach West
52 Röthenbach Ost
53 Eibach
54 Reichelsdorf
55 Krottenbach, Mühlhof
60 Großreuth bei Schweinau
61 Gebersdorf
62 Gaismannshof
63 Höfen
64 Eberhardshof
65 Muggenhof
70 Westfriedhof
71 Schniegling
72 Wetzendorf
73 Buch
74 Thon
75 Almoshof
76 Kraftshof
77 Neunhof
78 Boxdorf
79 Großgründlach
80 Schleifweg
81 Schoppershof
82 Schafhof
83 Marienberg
84 Ziegelstein
85 Mooshof
86 Buchenbühl
87 Flughafen
90 St. Jobst
91 Erlenstegen
92 Mögeldorf
93 Schmausenbuckstraße
94 Laufamholz
95 Zerzabelshof
96 Fischbach
97 Brunn

Typ 1: Hohe Bebauungsdichte mit gemischter Bevölkerungsstruktur

Charakteristik:
Sehr kinderarme Wohngebiete mit ansonsten gemischter Bevölkerungsstruktur, allerdings bei rückläufigen Einwohnerzahlen, hohe Mobilität und tendenziell geringe Konstanz der Wohndauer. Es besteht ein leicht überdurchschnittliches Armutspotenzial, der Anteil der Nichtdeutschen ist ebenfalls leicht überdurchschnittlich. Die Siedlungsdichte ist relativ hoch, bei einem sehr hohen Anteil an Einpersonenhaushalten und Alleinerziehenden.

Typ 1:	Anteil Kinder (0 – 6 Jahre)	**--**
	Anteil Jugendliche (6 – 15 Jahre)	**---**
	Anteil der über 65-jährigen	**0**
	Anteil der Ausländer	**+**
	Anteil der Bewohner unter 5 Jahre im Bezirk	**+**
	Anteil der Bewohner über 10 Jahre im Bezirk	**-**
	Anteil der Arbeitslosen	**+**
	Anteil der HLU - Empfänger	**+**
	Anteil der Haushalte mit Kindern	**---**
	Anteil der Alleinerziehenden	**+++**
	Anteil der 1 Personen-Haushalte	**+++**
	Anteil der 1 u 2 Familienhäuser	**-**
	Mobilität je 1000 EW	**++**
	Veränderung Einwohnerzahl 1995- 2002	**-**
	Wohnfläche in m² je Einwohner	**+**
	Bebauungsdichte	**++**

Verortung:
Die hier beschriebenen Bezirke sind typisch für Bezirke im Stadtkern. Aber auch im Nordosten der Stadt finden sich Bezirke, auf die diese Typisierung passt.

Bemerkungen:
- Der Anteil der Alleinerziehenden ist stark überdurchschnittlich.
- Dass der Anteil der 65-jährigen nicht überdurchschnittlich ist, rührt zum Teil auch daher, dass viele Studierende in diesen Bezirken wohnen, was auch die hohe Mobilität erklärt. Tendenziell ist die Stammbevölkerung veraltet.
- Starke urbane Verdichtung.
- Insgesamt wohnen 117 737 Personen in Bezirken, die diesem Typ zugeordnet werden können, was 23,5 % der gesamten Stadtbevölkerung entspricht.

Typ 2: Hohe Bebauungsdichte, hohe Sozialhilfedichte

Charakteristik:
Stark kinderreiche Bezirke, mit tendenziell junger Bevölkerungsstruktur und konstanter Bevölkerungsentwicklung, aber bei extrem überdurchschnittlicher Mobilität. Kennzeichnend für diese Gebiete sind überdurchschnittliche Anteile von Nichtdeutschen, hohe Arbeitslosigkeit und eine hohe Sozialhilfedichte. Dieser Typ weist das höchste Armutspotenzial auf. Die Gebiete haben eine hohe Bebauungsdichte, die Wohnflächenausstattung ist eher gering.

Typ2:	Anteil Kinder (0 – 6 Jahre)	**+++**
	Anteil Jugendliche (6 – 15 Jahre)	**+**
	Anteil der über 65-jährigen	**--**
	Anteil der Ausländer	**+++**
	Anteil der Bewohner unter 5 Jahre im Bezirk	**+++**
	Anteil der Bewohner über 10 Jahre im Bezirk	**---**
	Anteil der Arbeitslosen	**+++**
	Anteil der HLU - Empfänger	**+++**
	Anteil der Haushalte mit Kindern	**+**
	Anteil der Alleinerziehenden	**+**
	Anteil der 1 Personen-Haushalte	**+**
	Anteil der 1 u 2 Familienhäuser	**-**
	Mobilität je 1000 EW	**++**
	Veränderung Einwohnerzahl 1995- 2002	**0**
	Wohnfläche in m² je Einwohner	**---**
	Bebauungsdichte	**++**

Verortung:
Bezirke in dieser Gruppe finden sich vor allem in südlichen und westlichen Innenstadtbezirken.

Bemerkungen:
- Das Armutspotenzial dieses Typs ist das höchste der Stadt
- Nur ein geringer Prozentsatz der Bewohner lebt schon länger als 10 Jahre im Bezirk.
- Starke urbane Verdichtung mit der geringsten Wohnfläche je Einwohner .
- Insgesamt wohnen 131 472 Personen in Bezirken, die diesem Typ zugeordnet werden können, was 26,3 % der gesamten Stadtbevölkerung entspricht .

Typ 3: Stadtnahe Randgebiete mit wachsender Bevölkerung

Charakteristik:
Dieser Typ zeichnet sich durch Wohngebiete am Stadtrand mit hohem Neubauanteil und wachsender Bevölkerungsentwicklung aus. Die Bevölkerungs- und Wohnstrukturen sind gemischt mit einem leicht überdurchschnittlichen Anteil kleiner Kinder und einem leicht unterdurchschnittlichen Anteil älterer Kinder. Dieser Typ weist insgesamt keine sozialen Besonderheit und Auffälligkeiten auf.

Typ 3:	Anteil Kinder (0 – 6 Jahre)	**+**
	Anteil Jugendliche (6 – 15 Jahre)	**-**
	Anteil der über 65-jährigen	**0**
	Anteil der Ausländer	**0**
	Anteil der Bewohner unter 5 Jahre im Bezirk	**0**
	Anteil der Bewohner über 10 Jahre im Bezirk	**-**
	Anteil der Arbeitslosen	**-**
	Anteil der HLU - Empfänger	**0**
	Anteil der Haushalte mit Kindern	**0**
	Anteil der Alleinerziehenden	**0**
	Anteil der 1 Personen-Haushalte	**0**
	Anteil der 1 u 2 Familienhäuser	**0**
	Mobilität je 1000 EW	**0**
	Veränderung Einwohnerzahl 1995- 2002	**+++**
	Wohnfläche in m² je Einwohner	**+**
	Bebauungsdichte	**0**

Verortung:
Die Bezirke liegen über die gesamte Stadt verteilt etwas außerhalb der Innenstadt allerdings noch nicht in den Außenbezirken.

Bemerkungen:
- Kennzeichnend für diese Bezirke ist eine überwiegende Durchschnittlichkeit in fast allen Indikatoren.
- Es handelt sich überwiegend um attraktive , stadtnahe Wohnlagen mit einem überproportionalen Anstieg der Einwohnerzahlen in den letzten acht Jahren
- Insgesamt wohnen 55 640 Personen in Bezirken, die diesem Typ zugeordnet werden können, was 11,1 % der gesamten Stadtbevölkerung entspricht .

Typ 4: Aufgelockerte Baugebiete mit hohem Seniorenanteil

Charakteristik:
Relativ gute, aufgelockerte Wohngebiete mit hohem Seniorenanteil und langer Wohndauer. Überwiegend deutsche Bevölkerungsstruktur mit durchschnittlichem bis geringem Armutspotenzial. Rückläufige Bevölkerungsentwicklung, bei etwas unterdurchschnittlicher Siedlungs- und Bebauungsdichte.

Typ 4:	Anteil Kinder (0 – 6 Jahre)	**-**
	Anteil Jugendliche (6 – 15 Jahre)	**0**
	Anteil der über 65-jährigen	**+++**
	Anteil der Ausländer	**-**
	Anteil der Bewohner unter 5 Jahre im Bezirk	**-**
	Anteil der Bewohner über 10 Jahre im Bezirk	**+**
	Anteil der Arbeitslosen	**0**
	Anteil der HLU - Empfänger	**-**
	Anteil der Haushalte mit Kindern	**0**
	Anteil der Alleinerziehenden	**0**
	Anteil der 1 Personen-Haushalte	**-**
	Anteil der 1 u 2 Familienhäuser	**+**
	Mobilität je 1000 EW	**-**
	Veränderung Einwohnerzahl 1995- 2002	**--**
	Wohnfläche in m² je Einwohner	**-**
	Bebauungsdichte	**-**

Verortung:
Bezirke sind zum einen alte Siedlungen im Norden der Stadt, aber auch ehemalige Neubausiedlungen im Südosten, namentlich zum Beispiel Langwasser.

Bemerkungen:
- Die Alters- und Wohnstrukturen dieser Gebiete verweisen auf ehemalige Neubaugebiete, aus deren damals zugezogenen Familien mittlerweile die Kinder wieder ausgezogen sind. Tendenziell veraltern diese Bezirke damit stark, schon jetzt ist der Anteil der über 65-jährigen stark überdurchschnittlich.
- Insgesamt wohnen 78 921 Personen in Bezirken, die diesem Typ zugeordnet werden können, was 15,8 % der gesamten Stadtbevölkerung entspricht.

Typ 5: Stadtrandgebiete mit überwiegend deutscher und jüngerer Bevölkerung

Charakteristik:
Bevorzugte Wohngebiete mit aufgelockerter Bebauung und überwiegend deutscher Bevölkerung, sehr kinderreich und mit junger Bevölkerungsstruktur. Wenig bis kein Armutspotenzial, sehr geringe Mobilität und höhere Konstanz in der Wohndauer, leicht steigende Bevölkerungsentwicklung, geringe Siedlungsdichte und überdurchschnittliche Versorgung mit Wohnraum je Einwohner.

Typ 5:	Anteil Kinder (0 – 6 Jahre)	**+**
	Anteil Jugendliche (6 – 15 Jahre)	**+++**
	Anteil der über 65-jährigen	**-**
	Anteil der Ausländer	**-**
	Anteil der Bewohner unter 5 Jahre im Bezirk	**-**
	Anteil der Bewohner über 10 Jahre im Bezirk	**++**
	Anteil der Arbeitslosen	**--**
	Anteil der HLU - Empfänger	**--**
	Anteil der Haushalte mit Kindern	**+++**
	Anteil der Alleinerziehenden	**---**
	Anteil der 1 Personen-Haushalte	**---**
	Anteil der 1 u 2 Familienhäuser	**++**
	Mobilität je 1000 EW	**-**
	Veränderung Einwohnerzahl 1995- 2002	**++**
	Wohnfläche in m² je Einwohner	**++**
	Bebauungsdichte	**--**

Verortung:
Gebiete liegen nahezu ausschließlich am Stadtrand, zum Teil mit Neubausiedlungen in dörflich-ländlicher Umgebung

Bemerkungen:
- Bezirke mit hohem Anteil von jüngeren Haushalten mit Kindern.
- positive Bevölkerungsentwicklung
- Lockere Bebauung mit hohem Anteil von Ein- und Zweifamilienhäusern
- Insgesamt wohnen 46 632 Personen in Bezirken, die diesem Typ zugeordnet werden können, was 9,3 % der gesamten Stadtbevölkerung entspricht .

Typ 6: Stadtrandgebiete mit überwiegend deutscher und älterer Bevölkerung

Charakteristik:
Attraktive Wohngebiete mit großzügigen Wohnstrukturen und tendenziell älterer Bevölkerung, wenig Kleinkinder. Stark überdurchschnittlicher Anteil der deutschen Bevölkerung, mit konstanter Wohndauer und geringer Mobilität, leicht positive Bevölkerungsentwicklung. Kein Armutspotenzial.

Typ 6:	Anteil Kinder (0 – 6 Jahre)	**--**
	Anteil Jugendliche (6 – 15 Jahre)	**+**
	Anteil der über 65-jährigen	**++**
	Anteil der Ausländer	**---**
	Anteil der Bewohner unter 5 Jahre im Bezirk	**---**
	Anteil der Bewohner über 10 Jahre im Bezirk	**+++**
	Anteil der Arbeitslosen	**---**
	Anteil der HLU - Empfänger	**--**
	Anteil der Haushalte mit Kindern	**+**
	Anteil der Alleinerziehenden	**--**
	Anteil der 1 Personen-Haushalte	**--**
	Anteil der 1 u 2 Familienhäuser	**++**
	Mobilität je 1000 EW	**---**
	Veränderung Einwohnerzahl 1995- 2002	**+**
	Wohnfläche in m² je Einwohner	**+++**
	Bebauungsdichte	**--**

Verortung:
Gebiete liegen nahezu ausschließlich in den gewachsenen Stadtrandsiedlungen.

Bemerkungen:
- Überwiegend großzügige Wohnstrukturen mit viel Ein- und Zweifamilienhäusern, niedrige Bebauungsdichte, auch Landwirtschaft.
- geringer Kleinkinderanteil
- Insgesamt wohnen 69 793 Personen in Bezirken, die diesem Cluster zugeordnet werden können, was 13,9 % der gesamten Stadtbevölkerung entspricht.

2.9 Städtevergleich

Zur besseren Einschätzung der Situation Nürnbergs soll im folgenden ein Vergleich mit anderen deutschen Großstädten vorgenommen werden. Als Vergleichsstädte wurden hauptsächlich Städte vergleichbarer Größe, aber auch die Nachbarstädte Fürth und Erlangen, sowie Köln und die Landeshauptstadt München herangezogen. Insgesamt wurden zehn Städte ausgewählt, darunter auch die beiden ostdeutschen Städte Dresden und Leipzig. Dabei sind bei einem Vergleich auch immer die unterschiedlichen Ausgangssituationen und Funktionen der Städte zu beachten. So ist etwa eine Ruhrgebietsstadt wie Dortmund stark vom Strukturwandel betroffen, oder die ostdeutschen Städte vom Transformationsprozess. Auch die Funktion Landeshauptstadt, die Hannover, Stuttgart und München erfüllen, beeinflusst die Ausgangssituation.

Der folgende Vergleich orientiert sich an der Gliederung des Berichtes, d.h. dass zunächst die Bevölkerungsentwicklung, Alters- und Haushaltsstruktur verglichen werden soll. Da zur Einkommensarmut keine Vergleichszahlen vorliegen, muss hier auf einen Vergleich verzichtet werden. Ein Städtevergleich des Sozialhilfebezugs wurde bereits in Kapitel 2.4 vorgenommen, so dass an dieser Stelle darauf zu verweisen ist. In diesem Abschnitt soll des Weiteren die Wohn- und Arbeitsmarktsituation im Vergleich mit anderen Städten betrachtet werden, sowie schließlich auch auf die Bildungssituation eingegangen werden. Die Datengrundlage des Städtevergleichs bildet dabei der vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung herausgegebene Band „Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden“ (2002).

Tabelle 35: Bevölkerungsentwicklung und -struktur im Städtevergleich

Stadt	Bevölkerungsentwicklung von 1990-2000 in %	Anteil der Ausländer an den Einwohnern in % 31.12.1999	Personen je Haushalt 31.12.1999	Anteil Einpersonenhaushalte in % 31.12.1999	Anteil Einwohner im Alter von 0 – 25 Jahren	Anteil Einwohner im Alter von 65 und mehr Jahren
Bremen	-2,1	12,3	1,90	45,9	24,0	18,0
Dortmund	-1,7	16,3	1,95	41,5	25,0	18,0
Dresden	-8,2	3,6	2,01	42,2	25,6	17,2
Erlangen	-1,6	14,6	1,92	42,8	25,2	16,3
Fürth	6,9	14,9	1,95	44,9	25,9	16,2
Hannover	0,4	15,1	1,73	52,6	23,4	18,1
Köln	1,0	19,7	1,84	49,2	24,3	15,7
Leipzig	-12,4	5,1	1,96	41,0	23,7	17,6
München	-1,5	22,8	1,71	52,1	22,5	15,9
Nürnberg	**-1,1**	**18,1**	**1,79**	**44,0**	**23,3**	**18,2**
Stuttgart	0,7	24,5	1,84	47,9	23,7	16,3

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2002

Ein Vergleich der Bevölkerungsentwicklung in den 90er Jahren zeigt, dass insbesondere die ostdeutschen Städte starke Bevölkerungsverluste zu verzeichnen haben. Von den westdeutschen Vergleichsstädten waren Bremen und Dortmund am stärksten von einem Bevölkerungsrückgang betroffen, während etwa Köln und Stuttgart sowie Fürth Bevölkerungszuwächse aufweisen. Die durchschnittlichen Haushaltsgrößen der betrachteten Städte schwanken zwischen 1,71 für München und 2,01 für Dresden. Nürnberg hat mit 1,79 ebenfalls eine relativ geringe durchschnittliche Haushaltsgröße. Der Anteil von Einpersonenhaushalten liegt mit 44 % im Vergleich der untersuchten Städte etwa im Durchschnitt. Deutlich höhere Anteile haben Hannover, München und Köln.

Die Haushaltsstruktur wird auch durch die Altersstruktur beeinflusst. Nürnberg hat einen relativ geringen Anteil Kinder und Jugendlicher unter 25 Jahren. Nur München und Hannover

haben niedrigere bzw. ähnlich hohe Anteile. Gleichzeitig ist der Anteil der 65jährigen und Älteren in Nürnberg der höchste der verglichenen Städte. Vergleichbar hohe Anteile weisen nur Hannover, Bremen und Dortmund auf. Der Anteil der Ausländer in Nürnberg liegt niedriger als in den süddeutschen Städten München und Stuttgart, aber über dem der norddeutschen Städte Hannover und Bremen.

Der Anteil der Wohngebäude mit ein und zwei Wohnungen ist vor allem in den ostdeutschen Städten relativ niedrig, aber auch in Stuttgart liegt er unter 50 % aller Wohngebäude. Nürnberg hat neben Bremen einen vergleichsweise hohen Anteil solcher Wohngebäude. Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner liegt in den Vergleichsstädten zwischen 37 und 40 m². Eine vergleichsweise geringe Wohnfläche je Einwohner haben Dortmund, Dresden, Köln und Stuttgart.

Tabelle 36: Wohn- und Arbeitsmarktsituation im Städtevergleich

Stadt	Anteil der Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen an den Wohngebäuden in %	Wohnfläche je Einwohner in m²	Anteil Arbeitsloser an abhäng. Erwerbspers. in %, 30.6.2001	Anteil Langzeitarbeitslose an allen Arbeitslosen 30.6.2001	Anteil Arbeiter an sozialvers.pfl. Beschäftigten	Anteil der Beschäft. mit hoher Qualifikation an allen sozialvers.pfl. Besch.	Anteil Einpendler an den sozialvers.pfl. Besch. am Arbeitsort
Bremen	74,8	39,3	12,5	36,8	41,0	10,1	40,9
Dortmund	58,2	36,4	14,2	45,1	41,9	9,0	38,3
Dresden	48,9	37,9	16,2	37,0	35,0	18,7	34,9
Erlangen	72,8	39,4	6,5	28,1	29,1	22,5	64,9
Fürth	69,2	39,3	8,7	27,6	44,2	7,7	64,3
Hannover	55,4	40,1	13,2	33,2	36,7	11,3	55,0
Köln	58,1	37,0	11,2	36,4	35,2	12,3	44,7
Leipzig	44,0	40,9	19,1	36,7	37,7	15,6	36,7
München	58,1	39,3	5,1	21,8	28,9	17,7	44,0
Nürnberg	**65,1**	**38,2**	**10,2**	**28,3**	**41,4**	**10,0**	**51,0**
Stuttgart	47,8	36,4	6,2	28,7	36,0	17,2	56,6

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2002

Beim Vergleich der Arbeitsmarktsituation zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den ostdeutschen Städten, die die schlechteste wirtschaftliche Situation aufweisen, den Ruhrgebietsstädten, die diese Position bis zur Wiedervereinigung innehatten und den süddeutschen Städten (vgl. auch Ottersbach, 2003, S. 35). Im Bereich des Arbeitsmarktes schneidet Nürnberg mit einer Arbeitslosenquote von 10,2 % (2001, bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen) im Vergleich zu anderen süddeutschen Städten wie München und Stuttgart oder zu den Nachbarstädten Fürth und Erlangen schlecht ab. Im Vergleich zu anderen westdeutschen Städten wie Dortmund, Bremen oder Hannover steht Nürnberg dagegen etwas besser da. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen lag in Nürnberg bei etwa 28 %. Deutlich schlechtere Werte weisen hier Dortmund, Bremen, Köln und die beiden ostdeutschen Städte auf.

Bei der Betrachtung der Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fällt der relativ hohe Arbeiteranteil Nürnbergs auf. Nur Bremen, Dortmund und Fürth haben vergleichbar hohe Anteile. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit hochqualifizierter Berufsausbildung, d.h. mit Fach-/ Hochschulabschluss, der als Indikator für Arbeitsplätze mit relativ hoher Arbeitsplatzsicherheit betrachtet werden kann, ist dagegen in Nürnberg auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Auf dieses Problem und seine Auswirkungen auf den hohen und schwer abzubauenden Bestand an Arbeitslosen in Nürnberg wurde bereits im Kapitel 2.6 zum Thema Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit hingewiesen.

Insgesamt lassen sich, nach Dangschat (1997, S. 92f.) die deutschen Städte hinsichtlich ihrer sozio-ökonomischen Situation in drei Gruppen einteilen: „Modernisierungsverlierer“ (wie Duisburg, Saarbrücken oder Bremen), die u.a. durch das langandauernde Fehlen innovativer Fertigungstechniken und durch unterqualifizierte Beschäftigte gekennzeichnet sind, „Modernisierungsgewinner“ (wie München, Frankfurt oder Stuttgart), für die Polarisierungen auf hohem und steigendem ökonomischen Niveau charakteristisch sind, sowie Städte, die zwischen beide Extreme fallen (z.B. Hamburg, Köln, Düsseldorf oder Nürnberg). Diese Städte weisen „sowohl einen starken Abbau alt-industrieller aber auch traditioneller Dienstleistungsstrukturen als auch stark modernisierte Dienstleistungsbereiche auf (...)“ (Dangschat, 1997, S. 93), wobei sich allerdings Gewinne und Verluste nicht aufwiegen, da die sozialen Gruppen und städtischen Teilräume der Gewinner und Verlierer nicht identisch sind.

Tabelle 37: Bildung und Kommunalfinanzen im Städtevergleich

Stadt	Anteil der Schüler in Gymnasien an den Schülern in % 2000	Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an den Schulabgängern in % 2000	Anteil der Schulabgänger mit Hauptschulabschluss an den Schulabgängern in % 2000	Anteil der Schulabgänger mit Realschulabschluss an den Schulabgängern in % 2000	Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife an den Schulabgängern in % 2000	Einkommensteuer in € je Einwohner	Gewerbesteuer in € je Einwohner 1999
Bremen	21,8	9,2	20,1	39,2	31,2	310	331
Dortmund	21,7	6,9	21,2	41,1	27,4	299	249
Dresden	33,2	10,0	10,0	48,1	31,9	122	188
Erlangen	35,5	9,1	23,0	37,1	30,8	428	274
Fürth	24,7	15,0	38,1	28,2	18,8	349	204
Hannover	19,9	9,4	17,4	35,4	33,6	279	659
Köln	25,5	6,5	21,6	37,5	31,2	359	555
Leipzig	35,0	13,6	9,9	41,9	34,7	112	218
München	31,5	9,0	28,4	34,1	28,5	461	793
Nürnberg	**22,9**	**13,9**	**36,3**	**29,3**	**20,5**	**366**	**473**
Stuttgart	30,9	9,0	25,9	29,5	34,7	388	731

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2002

Die Bildungssituation, die große Bedeutung für spätere Erwerbschancen hat, stellt sich in Nürnberg vergleichsweise schlecht dar. Die Hochschulreife wurde hier im Jahr 2000 nur von 20,5 % der Schulabgänger erreicht, wohingegen ein, im Städtevergleich sehr hoher Anteil von 36,3 % die Schule nur mit Hauptschulabschluss verließ. Weitere 13,9 % der Abgänger haben keinen Hauptschulabschluss.

Abschließend soll noch kurz auf die Kommunalfinanzen der untersuchten Städte eingegangen werden. Die Einkommenssteuereinnahmen je Einwohner liegen für Nürnberg etwa im Durchschnitt der verglichenen Städte. Die Gewerbesteuereinnahmen schwanken sehr stark zwischen den Städten. Nürnberg liegt mit 473 € je Einwohner wieder deutlich schlechter als München und Stuttgart, aber besser als Bremen und Dortmund.

Literatur

Alisch, Monika und Jens S. Dangschat (1998), Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen: Leske+Budrich.

Bäcker, Gerhard (2002), Armut trotz Sozialhilfe? Zum Verhältnis von Einkommensarmut und Hilfe zum Lebensunterhalt. In: Stefan Sell (Hg.), Armut als Herausforderung. Bestandsaufnahmen und Perspektiven der Armutsforschung und Armutsberichterstattung. Berlin: Duncker&Humblot. 287-307.

Bartelheimer, Peter (1997), Risiken für die soziale Stadt. Erster Frankfurter Sozialbericht. Frankfurt a.M.: Eigenverl. des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.

Bartelheimer, Peter (2001), Sozialberichterstattung für die „Soziale Stadt". Methodische Probleme und politische Möglichkeiten. Frankfurt u.a.: Campus.

BBR, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2002), Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Bonn: Eigenverlag.

BBR; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (1999), Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung. Ausgabe 1999. CD-ROM zum Band 3 Berichte des BBR.

Bird, Edward J.; Hilke Kayser; Joachim R. Frick und Gert G. Wagner (1999), The Immigrant Welfare Effect: Take-Up or Eligibility? IZA Discussion Paper No. 66. ftp://ftp.iza.org/dps/dp66.pdf [29.06.2003]

BMA, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001), Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

BMVBW, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (2001a), Wohngeld ab 2002. Ratschläge und Hinweise. Berlin. http://www.bmvbw.de/Anlage6940/Wohngeld-ab-2002-mit-Beispielen.pdf [20.06.2003]

BMVBW, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (2001b), Mietenstufen der Gemeinden (§8 des Wohngeldgesetzes) nach Ländern ab 1. Januar 2002. Berlin. http://www.bmvbw.de/Anlage6952/Liste-der-Mietstufen-der-Gemeinden-ab-1.1.2002-fuer-alte-und-neue-Laender.pdf. [20.06.2003]

Brettschneider, Michael (2002), Probleme der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik. Ergebnisse der jährlichen Problemumfrage von 2001. Difu-Berichte 2/2002: 28-29.

Bühl, Achim und Peter Zöfel (2000), SPSS: Methoden für die Markt- und Meinungsforschung. Reading u.a.: Addison-Wesley-Longman.

Con_sens (2002), Kennzahlenvergleich 2001 - Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) – der 16 großen Großstädte Deutschlands.

Dangschat, Jens (1997), Entwicklung sozialer Problemlagen als Herausforderung für die soziale Stadt. In: Walter Hanesch (Hg.), Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen: Leske+Budrich. 77-108.

Hanesch, Walter (2001), Armut und Integration in den Kommunen. In: DfK, 2001/I, 27-47.

Hanesch, Walter; Peter Krause und Gerhard Bäcker (2000), Armut und Ungleichheit in Deutschland. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Isengard, Bettina (2002), Machbarkeitsstudie zur Erhebung einkommensschwacher und einkommensstarker Haushalte im Sozio-Oekonomischen Panel. DIW-Materialien, 17. http://www.diw.de/deutsch/publikationen/materialien/docs/papers/diw_rn02-06-17.pdf [08.07.2003]

Jesuit, David; Lee Rainwater und Timothy Smeeding (2002), Regional Poverty within the Rich Countries. Luxembourg Income Study Working Paper No. 318, Syracuse: Syracuse University, Maxwell School. http://www.lisproject.org/publications/lispwps/318.pdf.

Kersting, Volker (2000), Kinderarmut im Ruhrgebiet. Fakten eines Armutszeugnisses der Region. Referat auf der Konferenz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 2.2.2000 in Gelsenkirchen. http://homepage.ruhr-uni-bochum.de/Volker.Kersting/download/gew_ruhr_ab040200.zip [07.07.2003]

Klagge, Britta (1998), Armut in westdeutschen Städten. Ursachen und Hintergründe für die Disparitäten städtischer Armutsraten. http://www.globales-lernen.de/Schwerpunkte/Weltbilder/Megastaedte/Material/material08.htm [16.05.03]

Klocke, Andreas (2000), Methoden der Armutsmessung. Einkommens-, Unterversorgungs-, Deprivations- und Sozialhilfekonzept im Vergleich. Zeitschrift für Soziologie, 29: 313-329.

Landeshauptstadt München, Referat für Gesundheit und Umwelt: Münchner Gesundheitsmonitoring 1999/2000, München 2002

Lux-Henseler, Barbara (2001a), Privathaushalte in Nürnberg. Konzept der Haushaltsgenerierung aus dem Melderegister und erste Ergebnisse für 2001. Statistische Nachrichten 3/2001.

Lux-Henseler, Barbara (2001b), Struktur und Entwicklung der Privathaushalte in Nürnberg. Ergebnisse der Haushaltsgenerierung aus dem Melderegister 1994 – 2001. Statistische Nachrichten 4/2001.

Lux-Henseler, Barbara (2001c), Langfristige Bevölkerungsprognose für Nürnberg bis zum Jahr 2050. Statistische Nachrichten 1/2001.

MIELCK, A.: Soziale Ungleichheit und Gesundheit, Bern, 2000

Ottersbach, Markus (2003), Die Marginalisierung städtischer Quartiere in Deutschland als theoretische und praktische Herausforderung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/2003. 32-39.

Riphahn, Regina T. (1998), Immigration Participation in Social Assistance Programs. IZA Discussion Paper No. 15. ftp://ftp.iza.org/dps/dp15.pdf [29.06.2003]

Romaus, Rolf (1999), Wohnen. In: Projektgruppe „Sozialbericht Bayern“, Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern 1998.

Schneekloth, Ulrich (1999), Einkommen. In: Projektgruppe „Sozialbericht Bayern“, Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern 1998.

Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina und Jörg Potthast (1995), Neue Armut. Handlungsansätze der Kommunen. Berlin: Dt. Inst. für Urbanistik.

Stadt Berlin (2002), Armut und soziale Ungleichheit in Berlin. Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz.

Stadt München (2002), Münchner Armutsbericht 2000. Beiträge zur Sozialplanung 162.
Stadt Nürnberg (1993), Zahl der Empfänger von Sozialhilfe steigt weiter. Statistik aktuell. Monatsbericht 11/1993.

Stadt Nürnberg (1997), Die finanzielle Situation der Nürnberger Haushalte. Statistik aktuell. Monatsbericht 2/1997.

Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik: Leben in Nürnberg, Ergebnisse der Wohnungs- und Haushaltserhebung 1995, Nürnberg 1998

Stadt Nürnberg (1999), Entwicklung des Wohngeldes in Nürnberg. Statistische Nachrichten 4/1999.

Stadt Nürnberg, Gesundheitsamt: Ernährung und Gesundheit an Nürnberger Hauptschulen, Nürnberg 1999b

Stadt Nürnberg (2000a), Leben in Nürnberg. Ergebnisse der Wohnungs- und Haushaltserhebung 1996.

Stadt Nürnberg (2000b), Arbeitslosenunterstützung als Teil des sozialen Sicherungssystems – Kleinräumige und gesamtstädtische Strukturdaten in Nürnberg. Statistik aktuell. Monatsbericht 9/2000.

Stadt Nürnberg, Gesundheitsamt: Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 1999 mit ausgewählten kleinräumigen und zeitlichen Aspekten, Nürnberg 2000c

Stadt Nürnberg (2001), Strukturwandel und Beschäftigungsentwicklung in Nürnberg. Statistik aktuell. Monatsbericht 2/2001.

Stadt Nürnberg (2002a), Statistisches Jahrbuch der Stadt Nürnberg.

Stadt Nürnberg (2002b), Leben in Nürnberg. Wohnungs- und Haushaltserhebung 2001. Ergebnisse im Überblick – Grundauszählung.

Stadt Nürnberg (2002c), Wohnungsbericht 2001. Wirtschaftsreferat. Amt für Wohnen und Stadterneuerung.

Stadt Nürnberg (2002d), Jahresrückblick 2002. Statistik aktuell. Monatsbericht 12/2002.

Stadt Nürnberg (2003), Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Nürnberger Stadtteilen. Statistik aktuell. Monatsbericht 3/2003.

Stadt Nürnberg (2003b), Innergebietliche Strukturdaten Nürnberg 2002.

Stadt Nürnberg (2003c), Lebensmittelpunkt Nürnberg und Mobilität. Statistik aktuell. Monatsbericht 2/2003.

Statistisches Bundesamt (2002), Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Stat. Ämter, Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2003), Sozialhilfe im Städtevergleich. Ein Vergleich 76 deutscher Großstädte. http://www.statistik.bayern.de/daten/staedtevergleich.pdf. [20.06.2003]

Teichert, Volker (2001), Indikatoren im Rahmen einer lokalen Agenda 21. TA-Datenbank-Nachrichten, 10: 92-96.
http://www.itas.fzk.de/deu/tadn/tadn011/teic01a.pdf [06.03.2003]

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung 1990 – 2002 und Prognose bis 2020 9
Abbildung 2: Entwicklung der Geburten und Sterbefälle 1990 - 2002 10
Abbildung 3: Entwicklung der Zu- und Wegzüge 1990 - 2002 11
Abbildung 4: Komponenten des Wanderungssaldos 1990 - 2002 11
Abbildung 5: Nichtdeutsche Bevölkerung aus Ländern außerhalb der EU am 31.12.2002 12
Abbildung 6: Nichtdeutsche Bevölkerung aus Ländern der EU am 31.12.2002 12
Abbildung 7: Entwicklung der 0 – 15jährigen 1995 bis 2002 absolut und in Prozent 14
Abbildung 8: Haushalte in Nürnberg nach Haushaltsgrößen im Jahr 2002 in Prozent 15
Abbildung 9: Privathaushalte in Nürnberg 2002 nach Haushaltstypen 16
Abbildung 10: Verteilung der Nürnberger Haushalte auf die Einkommensschwellen des Äquivalenzeinkommens 22
Abbildung 11: Haushalte unter der 50 %-Armutsschwelle nach dem überwiegenden Lebensunterhalt des Haushaltes 27
Abbildung 12: Schulden je Einwohner (Nürnberg im Vergleich mit Großstädten über 500 000 Einwohner) 28
Abbildung 13: Entwicklung der Schulden und der Pro-Kopf-Schulden in Nürnberg im Vergleich mit der Entwicklung der Schulden in Großstädten sowie dem Preisindex 29
Abbildung 14: Entwicklung der HLU-Dichte 1997 - 2002 32
Abbildung 15: Altersstruktur der HLU-Empfänger am 31.12.2002 32
Abbildung 16: HLU-Dichte nach Altersgruppen (HLU-Bezieher pro 1 000 Einwohner der entsprechenden Altersgruppe) am 31.12.2002 33
Abbildung 17: HLU-Empfänger nach Alter und Nationalität am 31.12.2002 34
Abbildung 18: HLU-Dichte nach Nationalität und Alter am 31.12.2002 35
Abbildung 19: Entwicklung der HLU-Dichte 1997 – 2002 bei älteren Menschen nach Nationalität 35
Abbildung 20: HLU-Empfänger im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) nach Erwerbsstatus und Geschlecht am 31.12.2002 36
Abbildung 21: HLU-Empfänger nach Gründen für die Nichterwerbstätigkeit und Geschlecht am 31.12.2002 36
Abbildung 22 : HLU-Bezieher im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) in % aller HLU-Bezieher am 31.12.2002 (17 280 Personen =100 %) 37
Abbildung 23: HLU-Empfänger im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) nach der (Aus-)Bildung am 31.12.2002 38
Abbildung 24: HLU-Empfänger nach Dauer der Arbeitslosigkeit zum 31.12. des jeweiligen Jahres 39
Abbildung 25: Bedarfsgemeinschaften nach Haushaltstyp am 31.12.2002 40
Abbildung 26: HLU-Bedarfsgemeinschaften nach Nationalität des Haushaltsvorstandes am 31.12.2002 40
Abbildung 27: HLU-Dichte der Bedarfsgemeinschaften am 31.12.2002 41
Abbildung 28: Bedarfsgemeinschaften nach der Dauer des HLU-Bezugs am 31.12.2002 42
Abbildung 29: HLU-Bedarfsgemeinschaften nach Einkommensquellen am 31.12.2002 43
Abbildung 30: Entwicklung der geförderten Wohnungen nach Wohnungsart 51
Abbildung 31: Belegungsdichte armer und nichtarmer Haushalte in Nürnberg 2001 53
Abbildung 32: Durchschnittsmieten pro Monat in € nach Haushaltstypen 55
Abbildung 33: Mietbelastungsquoten (Bruttomiete) nach Haushaltstypen 55
Abbildung 34: Mietbelastungsquoten Nürnberger Haushalte 2001 56
Abbildung 35: Wohngeldempfänger nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung 57
Abbildung 36: Die Entwicklung der Arbeitslosen, der Langzeitarbeitslosen und der Arbeitslosen unter 25 Jahre seit Januar 2002 in Nürnberg (Veränderungen in % zum jeweiligen Vorjahresmonat). 59
Abbildung 37: Entwicklung der Arbeitslosen, der Leistungsempfänger sowie der Arbeitslosen ohne Leistungsbezug in der Stadt Nürnberg . (1.Quartal 1999 bis 2. Quartal 2003) 59
Abbildung 38: Die Entwicklung der Arbeitslosen, der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Arbeitslosenquote in Nürnberg seit 1985 61
Abbildung 39: Soziale Ungleichheit und Gesundheit 62
Abbildung 40: Sozialräumliche Typisierung der Statistischen Bezirke in Nürnberg 73

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung der Altersstruktur der Nürnberger Bevölkerung jeweils zum 31.12. 13
Tabelle 2: Nettoeinkommen privater Haushalte in Nürnberg 2001 nach der Haushaltsgröße 19
Tabelle 3: Haushaltsnettoeinkommen pro Monat 20
Tabelle 4: Einkommensschwellen für Nürnberg nach Haushaltstypen 20
Tabelle 5: Armutsquoten in Nürnberg nach Art der Einkommensberechnung 20
Tabelle 6: Einkommensarmut und Niedrigeinkommen in Nürnberg (Referenz: Nürnberg) 21
Tabelle 7: Einkommensarmut und Niedrigeinkommen in Nürnberg (Referenz: Westdeutschland) 21
Tabelle 8: Verteilung der Privathaushalte auf die Einkommensschwellen des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens in Nürnberg 1993 - 2001 22
Tabelle 9: Betroffenheit von Armut und Niedrigeinkommen in Nürnberg nach Haushaltsgrößen und -typen im Jahr 2001 23
Tabelle 10: Betroffenheit von Armut und Niedrigeinkommen in Nürnberg nach Merkmalen des Haushaltsvorstandes im Jahr 2001 25
Tabelle 11: Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zum 31.12. des jeweiligen Jahres 32
Tabelle 12: HLU-Dichte nach Alter und Geschlecht am 31.12.2002 33
Tabelle 13: Bedarfsgemeinschaften von HLU-Empfängern zum 31.12. des jeweiligen Jahres 39
Tabelle 14: Bedarfsgemeinschaften nach der Dauer des HLU-Bezugs sowie nach Nati onalität und Geschlecht des Haushaltsvorstands am 31.12.2002 in % 42
Tabelle 15: Bedarfsgemeinschaften nach der Dauer des HLU-Bezugs und dem Alter des Haushaltsvorstandes am 31.12.2002 43
Tabelle 16: HLU-Bedarfsgemeinschaften nach Art des angerechneten Haupteinkom- mens am 31.12.2002 in % 44
Tabelle 17: HLU-Bedarfsgemeinschaften nach durchschnittlichem monatlichem Bruttobedarf und Nettoanspruch am 31.12.2002 45
Tabelle 18: Ausgewählte Kennzahlen zur HLU im Städtevergleich 47
Tabelle 19: Entwicklung von Sozialhilfe- und Armutsquote in Nürnberg zum 31.12. des jeweiligen Jahres 48
Tabelle 20: Bezug von Sozialhilfe bei Einkommensarmen 49
Tabelle 21: Wohnungsstatus nach Haushaltstypen 50
Tabelle 22: Entwicklung des gebundenen Mietwohnungsbestandes und der wohnungssuchenden Haushalte 51
Tabelle 23: Angebot und Nachfrage bei großen Sozialwohnungen 51
Tabelle 24: Wohnflächen nach Haushaltstypen und Haushaltsnettoeinkommen 52
Tabelle 25: Ausgewählte Strukturmerkmale der Arbeitslosen in Nürnberg (Bereich Hauptamt) 1993, 1997, 2002 (jeweils 30.09.) 60
Tabelle 26: Familienstand und Einschätzung des Gesundheitszustandes 63
Tabelle 27: Schulabschluss und Einschätzung des Gesundheitszustandes 64
Tabelle 28: Erwerb und Einschätzung des Gesundheitszustandes 65
Tabelle 29: Einkommen und Einschätzung des Gesundheitszustandes 65
Tabelle 30: Gesundheitliche Beschwerden in bestimmten Bevölkerungsgruppen 66
Tabelle 31: Wohlstandsniveau und Einschätzung des Gesundheitszustandes 67
Tabelle 32: Wohlstandsniveau und die Häufigkeit der Ausübung von Sport 67
Tabelle 33: Wohlstandsniveau und die Häufigkeit gesundheitlicher Beschwerden 68
Tabelle 34: Beschreibung der Sozialraumtypen 72
Tabelle 35: Bevölkerungsentwicklung und -struktur im Städtevergleich 80
Tabelle 36: Wohn- und Arbeitsmarktsituation im Städtevergleich 81
Tabelle 37: Bildung und Kommunalfinanzen im Städtevergleich 82

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Sozialreferentin ... 1
1. Einleitung und Überblick ... 3
1.1 Vorbemerkung ... 3
1.2 Gender Mainstreaming ... 5
1.3 Vergleichsdaten ... 5
1.4 Kurzfassung der Ergebnisse ... 6
2. Die soziale Lage in Nürnberg: Umfang, Struktur und Entwicklung der Armut in Nürnberg ... 9
2.1 Bevölkerungsstruktur ... 9
Bevölkerung insgesamt ... 9
Bevölkerungsbewegungen ... 10
Wanderungen ... 10
Ausländische Bevölkerung ... 12
Altersverteilung ... 13
2.2 Haushaltsstruktur ... 15
2.3 Einkommen, Vermögen und Überschuldung – Einkommensarmut und Niedrigeinkommen ... 17
Datenbasis ... 17
Ergebnisse der Berechnungen ... 19
Schwellenwerte für Armut und Reichtum ... 20
Sozialstruktur der Haushalte in Armut und mit Niedrigeinkommen im Jahr 2001 ... 22
Öffentliche Armut ... 27
Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen sowie verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ... 29
2.4 Sozialhilfe und Armut ... 31
Altersstruktur ... 32
Nationalität ... 34
Erwerbsstatus ... 36
Arbeitslosigkeit ... 38
Die Situation der Bedarfsgemeinschaften ... 39
Dauer der Hilfegewährung ... 41
Angerechnetes Einkommen bei der Sozialhilfegewährung ... 43
Bruttobedarf und Nettoanspruch ... 44
Zur Situation der Nichtdeutschen in der Sozialhilfe ... 45
Sozialhilfebezug 2001 im Städtevergleich ... 46
Entwicklungsdynamik von Armutsquote und Sozialhilfequote im Vergleich ... 48
2.5 Wohnen und Armut ... 50
Die Entwicklung im Überblick ... 50
Wohnraumversorgung: einkommensarme Haushalte häufiger in überbelegten Wohnungen ... 52
Wohnkosten und Mietbelastungen ... 54
Wohngeld ... 56
2.6 Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit ... 58
Starker Anstieg der Arbeitslosigkeit bei Langzeitarbeitslosen und jungen Menschen ... 58
Hoher Anteil von Arbeitslosenhilfeempfängern unter den Arbeitslosen ... 59
Risiko der Arbeitslosigkeit für Arbeiter und Ausländer höher ... 60
Strukturwandel in Nürnberg führt zu Anpassungsproblemen auf dem Arbeitsmarkt ... 60
2.7 Armut und Gesundheit ... 62
Subjektiver Gesundheitszustand und soziale Ungleichheit ... 63
Soziale Ungleichheit und Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen ... 68
Schlussfolgerungen ... 69
2.8 Sozialraumanalyse der Stadt Nürnberg ... 71
Typ 1: Hohe Bebauungsdichte mit gemischter Bevölkerungsstruktur ... 74
Typ 2: Hohe Bebauungsdichte, hohe Sozialhilfedichte ... 75
Typ 3: Stadtnahe Randgebiete mit wachsender Bevölkerung ... 76
Typ 4: Aufgelockerte Baugebiete mit hohem Seniorenanteil ... 77
Typ 5: Stadtrandgebiete mit überwiegend deutscher und jüngerer Bevölkerung ... 78
Typ 6: Stadtrandgebiete mit überwiegend deutscher und älterer Bevölkerung ... 79
2.9 Städtevergleich ... 80
Literatur ... 83
Abbildungsverzeichnis ... 86
Tabellenverzeichnis ... 87
Inhaltsverzeichnis ... 88